Nr.22,Feb.1983,DM 3,-

atommüll zeitung

GORLEBEN AKTUELL

Hrsg.:Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen

GORLEBEN-DRAGAHN

Wird Lüchow-Dannenberg geopfert ?

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Aus dem Inhalt

++++++++++++++++++ 3 MONATE WIDERSTAND GEGEN GORLEBEN / DRAGAHN ++++++++++++++++

Seite 4. . . . . Chronologie des Widerstands
Seite 9. . . . . Bildbericht zum Kreistag, 21.1.83
Seite 14. . . . . .Interviews zum Dragahn-Widerstand
Seite 18. . . . . .Bildbericht von der Hannover-Aktion
Seite 28. . . . . .Zwischenlager Gorleben
Seite 29. . . . . Endlager Gorleben

++++++++++++++++++ DIE FOLGEN DER WIEDERAUFARBEITUNG ++++++++++++++++++++++++++++

WAA und Atombomben . . . . . Seite 21
Emissionen aus einer militärischen WAA . . . . . Seite 22
Wie die WAA La Hague eine Region verändert. . . . Seite 24
Gorleben-Dragahn Hearing . . . . . Seite 27

++++++++++++++++++ KRIMINALISIERUNG VON AKW -- GEGNERN ++++++++++++++++++++++++++

Seite 31. . . . . 5 Jahre Kriminalisierung im Wendland
Seite 33. . . . . Gorleben-Prozesse
Seite 36. . . . . Brokdorf-Prozesse
Seite 37. . . . . Atomstaat-Skizzen

Was ist spannender: Treckerdemo oder ATOMMÜLLZEITUNG ?

Impressum:

Atommüllzeitung Nr. 21, 11/82
Presserechtl.verantw.: G. Garbers,
Lünerstr. 1b, 2120 Lüneburg
Tel.-Verbindungen:
04131/45290 (Matthias Küntzel) und
04131/34579(Günther Garbers)
Herausgeber: LÜNEBURGER AK
GEGEN ATOMANLAGEN (LAGA)
Auflage: 2.500

Bestellbedingungen:

Einzelverkaufspreis dieser Ausgabe:
3,- DM & Porto
Ab 10 Exemplaren: 2,20 DM & Porto.

Bestellungen bei:

Gunther Harms
Sültenweg 57
2120 Lüneburg

Postcheckkonto
378 14 - 206
"Gorleben Aktuell"
Günther Garbers
PschA Hamburg
(Ebenfalls Spendenkonto)

Der Kampf gegen die WAA Dragahn

Schafft den Durchmarsch?

MIT DEM TRECK NACH HANNOVER 1979

MIT EINER WIEDERAUFARBEITUNGSANLAGE IN DRAGAHN
wird das ursprünglich geplante "Nukleare Entsorgungszentrum" Gorleben über den ganzen Landkreis Lüchow-Dannenberg verteilt, mit all den dazugehörigen Transportbelastungen.

Der zukünftige Atomkreis würde zusammengehalten durch:
- ein Zwischenlager für schwach- und mittelaktiven Müll (im Bau)
- ein Zwischenlager für Castor-Brennelemtbehälter (im Bau)
- ein Zwischenlager für den in Glas gegossenen hochradioaktiven Müll aus der WAA in La Hague
- vielfältige Einrichtungen für das Salzstock-Endlager inklusive einer gigantischen Salzhalde
- die letzlich bis auf 1.400 to Durchsatz ausbaubare WAA Dragahn (für eine 350-to-Anlage werden 200 ha, ein Fünftel der vorhandenen Fläche benötigt)
- das bereits im Landesentwicklungsplan berücksichtigte AKW in Langendorf
- eine geplante Konditionierungsanlage für nichtwiederaufarbeitbaren Atommüll im Raum Clenze
- eine bereits im Bau befindliche Polizeikaserne.

Dazugerechnet werden müssen alle nötigen Straßen, Eisenbahnlinien und Starkstromtrassen. Es steht außer Zweifel, daß von der Naturlandschaft internationalen Rangs und dem landwirtschaftlichen Kreis mit Luftkurorten n i c h t s mehr überbleibt, wenn Albrecht seine Atompläne durchsetzen kann.

MIT EINER WAA IN SCHWANDORF/BAYERN UND DRAGAHN
geht der Zug ab in Richtung Plutoniumwirtschaft.

De fakto wird die BRD zum Atomwaffenstaat - binnen kürzester Frist kann jede WAA in eine Atomwaffenschmiede umgerüstet werden, während sie bis dahin als Anlage für die "friedliche Nutzung der Kernenergie" gegolten hat. Die mit der WAA gekoppelten Schnelle-Brüter-Technologie ist schlichtweg wahnsinnig: sie baut auf das hochgiftige Plutonium als Energierohstoff, das erst nach 25.000 Jahren die Hälfte von seiner Gefährlichkeit eingebüßt hat und macht somit den totalen Überwachungsstaat langfristig zur Norm.

hatte der Widerstand gegen die Plutoniumwirtschaft seinen Höhepunkt erreicht und einen Aufschub bzw. eine Dezentralisierung der WAA-Pläne erzwungen. Gleichzeitig nutzte Albrecht sein Nein zur WAA, um andere Bestandteile des "Entsorungsparks" in Lüchow;Dannenberg politisch durchzusetzen.

Heute, 4 Jahre später, ist es sehr viel schwerer geworden, eine WAA in Lüchow-Dannenberg zu verhindern:
- die Atommafia hat sich in diesem Landkreis bereits eingenistet und nicht nur die Kommunalpolitiker aufgekauft. Die 6 Mill. DM Schmiergelder der DWK für das Zwischenlager fließen bereits in Sporthallen, Jugendzeltplätzen, Museumsausbauten usw.. 11 örtliche Firmen sind am Zwischenlagerbau mitbeteiligt.
- ende 1982 wurde im Bundestag die Fertigstellung des Schnellen Brüter in Kalkar beschlossen.
- die Führung und Landtagsriege der Niedersachsen-SPD - 1979 moch WAA - kritisch eingestellt - hat sich nahezu vorbehaltlos hinter die Dragahn - Pläne Albrechts gestellt.
- die Massenmedien (NDR, "Radio Niedersachsen", Stern etc.) sind - im Unterschied zu 1979 - weitgehend auf Staatsräson getrimmt.
- der Repressionsapparat des Staates ist wesentlich weiterentwickelt und unter einem CSU-Zimmermann voll einsetzbar.
- Die Wirtschaftskrise und die Nachrüstung verdrängen die AKW-Problematik aus dem öffentlichen Bewußtsein.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen wird der neue Anlauf Albrechts nur noch durch ganz entschlossene Aktionen der direkt und indirekt Betroffenen, durch massive Öffentlichkeitsarbeit und Mobilisierung der Öko-Bewegung und durch ein enges Bündnis mit der Friedensbewegung vermasselt werden können.

Solange es sich Albrecht noch leisten kann, die im Landkreis entfesselte Welle der Empörung als "nur Wind an der Oberfläche" abzutun (so am Tag der Kreistagsentscheidung), solange muß noch mehr als ein Zahn zugelegt werden.

Noch besteht Aussicht auf Erfolg. Vorsorglich wird innerhalb der nds. Landesregierung Salzgitter als möglicher Ausweichstandort für eine WAA gehandelt. Und blicken wir zurück:

An bisher 9 Standorten konnte eine WAA verhindert werden: in Niedersachsen neben Gorleben, in Aschendorf-Hümmeling, in Unterlüss und Lichtenmoor; in Hessen: Volkmarsen, Wethen, Merenberg und Wangershausen; in Rheinland-Pfalz: Hambuch-Illerich.

Diese Erfolgskette darf mit Schwandorf und Dragahn nicht abreißen !

Die Dragahn-Chr

1.11.82 Die BI Lüchow–Dannenberg enthüllt überraschend, daß an diesem Tag die Creme der Lüchow–Dannenberger Kommunalpolitik (Kollan, Wojahn, Mechow, Abraham, Meiner, Poggendorf, Grill) mit Ernst Albrecht in dessen Privatdomizil über eine WAA in Dragahn konferiert.

2.11.82 Gegenüber der Presse erklärt der stellvert. SPD–Fraktionsvorsitzende Bruns, *„die SPD–Opposition"* halte eine WAA für *„energiepolitisch sinnvoll"* und im Landkreis Lüchow–Dannenberg zudem für *„wirtschaftspolitisch nützlich"* (Hannoversche Allgemeine Zeitung HAZ). In seiner Kabinettsrunde erklärt Albrecht, *„daß die Bevölkerung von Lüchow–Dannenberg einem Wiederaufarbeitungsprojekt „sehr gelassen" gegenüberstünde. Dies sei nicht zuletzt auf den Erfolg der Aufklärung durch die gemeinsame Informationsstelle des Bundes und des Landes in Lüchow–Dannenberg zurückzuführen."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ); Er wolle vor offizieller Standortbekanntgabe jedoch die Meinung der betroffenen Kommunalpolitiker hören. Das Genehmigungsverfahren für Dragahn und die geplante WAA Schwandorf solle *„parallel betrieben werden, um Zeit und Kosten zu sparen."* Dem nieders. Bundesratsministerium sei der Auftrag erteilt worden, ständigen Kontakt mit der Regierung in München zu halten. Der Fraktionsvorsitzende der nieders. Grünen Mombauer kündigte *„härtesten Widerstand"* gegen das Projekt an.

3.11.82 *„Aus kosten- und Rationalisierungsgründen"* beschließt die DWK die Konzentration auf zwei WAA–Standorte. **Albrecht bezeichnet „Dragahn als einen geeigneten Standort, zumal dort 100 ha Bundesbesitz als militärisches Sperrgebiet ausgewiesen seien."** (HAZ) Bei der WAA handele es sich um die *„wirtschaftlich interessanteste Investition in den kommenden 20 Jahren."* Eine einmal getroffene Entscheidung für Dragahn werden auch bei erheblichen Protesten nicht mehr zurückgezogen: *„Wenn wir grünes Licht geben, dann ist auch grünes Licht."* (HAZ). Der Lüchow–Dannenberger SPD–Abgeordnete Kreuzer, Hitzacker, erklärt eine WAA in Lüchow–Dannenberg für *„nicht annehmbar"*. Eine erste Protestversammlung mit ca. 200 Teilnehmern wird im überfüllten Saal von Plate durchgeführt **CDU– und Pro–BI–Mitglied Leitner gibt die Einrichtung einer „Zentralen Erfassungsstelle " für von AKW–Gegnern verübte „Straftaten" in Lüchow bekannt.**

5.11.82 Protestveranstaltung im Dannenberger Schützenhaus mit 400 Teilnehmern. Der SPD–Ortsverein Dannenberg wendet sich einstimmig und der Vorstand des SPD–Unterbezirks Uelzen/Lüchow–Dannenberg mit einer Gegenstimme (von S. Abraham) gegen Dragahn. Letzterer warnt vor *„neuem Unfrieden ... Die Atmosphäre sachlicher Erörterungen und der Bürgerdialog über das mögliche Endlager Gorleben und die sicherheitsmäßigen Erfordernisse des Zwischenlagers dürften nicht zerstört werden..."* (Elbe–Jeetzel–Zeitung EJZ). **Im Lüchow–Dannenberger Kreistag wird mehrheitlich eine von der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) geforderte Dragahn–Debatte abgelehnt.**

Die DWK stellt den Antrag auf Errichtung einer 350 to WAA (inkls. einer Ausbaustufe zur Erweiterung auf 700 to) und bittet um entsprechende Abänderung ihres alten, seit dem 31.3.1977 in Hannover vorliegenden Antrages.

6.11.82 Die DWK erklärt, die WAA nicht gegen den Willen der Kommunalpolitiker bauen zu wollen, es gäbe 3 – 4 Alternativstandorte in Niedersachsen.

8.11.82 „Leitner unbefugt" (vgl. 3.11.): Nicht seiner „Erfassungsstelle", sondern der Polizei solle man Straftaten von AKW–Gegnern melden, so die Lüneburger Bezirksregierung. Ein *„spontanes und ungeteiltes Nein"* zu Dragahn ließ der örtliche SPD–Bundestagsabgeordnete Möhring vernehmen.

9.11.82 Beschluß der Dannenberger Jusos gegen Dragahn. **Mit riesiger Mehrheit (7 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen) stellt sich die SPD–Landtagsfraktion hinter die Albrecht Pläne.**

10.11.82 Die BI erinnert Albrecht in einem „Offenen Brief" an die alten CDU– und Kreistagsbeschlüsse in Sachen WAA.

13.11.82 „Wi wulln den Schiet nicht hebben" – unter diesem Motto wird eine erste Protestdemonstration der „Bäuerlichen Notgemeinschaft" mit 272 parolengeschmückten Treckern und ca. 2.000 Teilnehmern in Dannenberg durchgeführt.

onologie

15.11.82 Der CDU–Bezirksverband Lüneburg macht sich für die WAA stark. Nach dem SPD–Ortsverein Hitzacker **spricht sich der gesamte Rat des Luftkurortes Hitzacker gegen die WAA aus.**

17.11.82 Albrecht bittet die Gemeinde Karwitz, die Samtgemeinde Dannenberg und den Kreistag um ihr grundsätzliches Einverständnis für den Beginn der Dragahn–Standortuntersuchung.

21.11.82 Mit ca. 50 Teilnehmern findet in Lüneburg die erste Regionalkonferenz Dragahn statt.

22.11.82 Einstimmig wenden sich die SPD–Fraktionen Dannenbergs gegen die WAA.

23.11.82 Ein Dringlichkeitsantrag auf WAA–Debatte wird im Dannenberger Stadtrat mit den Stimmen der CDU und eines SPD'lers (S. Abraham) abgeschmettert. Der ÖTV–Kreisvorstand des Bezirks Nord–Ostniedersachsen tritt mit einer Resolution gegen eine WAA in Dragahn oder anderswo in die Öffentlichkeit. Als *„unverantwortliche Kampagne einiger Splitterorganisationen und Einzelpersonen"* bewertet von Poser, nieders. Regierungssprecher, die Proteste gegen eine WAA.

24.11.82 Der Gemeinderat Karwitz/Dragahn fordert mehr „Information" der nieders. Landesregierung und stimmt der Einrichtung eines DWK–Büros in Karwitz zu.

25.11.82 Gerhardy, „Informationsbeauftragter" der Landesregierung, hält einen Vortrag vor dem Samtgemeinderat in Dannenberg.

26.11.82 Die Grünen verweisen auf eine hydrogeologische Untersuchung des Landes Niedersachen von '72, die der Dragahn–Gegend eine erhebliche Bedeutung für die überregionale Wasserversorgung attestiert.

30.11.82 Der CDU–Kreisverband läßt sich von DWK–Bossen *„fachliche Grundlagen"* vermitteln. Die DWK erklärt Niedersachsen zum meist favorisierten WAA–Standortland, *„der Vorsprung der Bayern (in Sachen WAA) könnte wettgemacht werden ..."*

1.12.82 Die nieders. FDP–Landtagsfraktion will es mit einer Unterstützung der Dragahn–Pläne nicht bewenden lassen, sondern schlägt Gorleben als möglicherweise geeigneteren WAA–Standort vor. Auf einem 2. „Informationsabend" des CDU–Kreisverbandes mit der Atommafia berichtet Dr. Göhring, DWK–Informationsbeauftragter, daß *„die Luft, die aus dem 200 m hohen Schornstein der WAA komme, durch die starke Filterung letztlich reiner sei, als die Luft, die man draussen täglich einatmet."* (EJZ). Der anwesende Vertreter der nieders. Genehmigungsbehörde pflichtet ihm bei. Alle 12 Pastorinnen und Pastoren des Kirchenkreises Dannenberg stellen sich in einer gemeinsamen Erklärung hinter den Widerstand gegen die WAA. Albrecht wird des „unverantwortlichen Umgangs mit der Wahrheit" angeklagt. 3 Mitglieder des Karwitzer Gemeinderats besuchen Albrecht um ihr Nein zu Dragahn persönlich zu übermitteln.

3.12. In Karwitz wird eine von 411 Karwitzer Bürgern (das sind mehr als drei Viertel aller Wahlberechtigten) unterzeichnete Erklärung gegen „Planung, Bau und Betrieb einer WAA" überreicht. Lüchow–Dannenberger Kommunalpolitiker veranstalten zur gleichen Zeit ein „Arbeitsessen" mit dem Chef des Industrie– und Handelstages Schoser. Ihm zufolge wird mit Dragahn *„letztlich über die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten deutschen Wirtschaft mitentschieden."* (FAZ) Laut Kreishandwerksmeister Bohlmann seien 90 % der Obermeister und die Vorstandsmehrheit der Kreishandwerkerschaft für Dragahn. Eine Dragahn–Debatte im nieders. Landtag gipfelt in tobsuchtartigen Ausfällen des Ministerpräsidenten gegen die Erklärung der Dannenberger Pastoren *„Etwas unchristlicheres gibt es nicht ..."*

6.12.82 Der stellvertr. Landesvorsitzende der nieders. CDU und Geschäftsführer der CDU/CSU Bundestagsfraktion Seiters begrüßt bezügl. Dragahn das *„so hohe Maß an Übereinstimmung in der Sache"* Der während der Landtagsdebatte erkennbar gewordene Konsens der etablierten Parteien lasse *„auf Zustimmung von über 90 % der nieders. Wählerschaft schliessen." (FAZ)*

7.12.82 Überrraschend nimmt neben Referenten aus der Atommafia Albrecht am Sonderparteitag der Lüchow–Dannenberger CDU teil. „Die Glaubwürdigkeit des Regierungschefs stand bei der Diskussion im Mittelpunkt." (EJZ) Albrecht: *„Wir werden Schrammen aus dieser Diskussion mitnehmen, die werde ich tragen."* Dragahn politisch durchzusetzen werde *„politisch eine ganze Menge Ärger"* bringen. Die Landesregierung übernehme hierfür die Verantwortung, *„die kommunalen Gremien seien hier überfordert."* (EJZ). Eine Entscheidung konnte nicht getroffen werden.

11.12.82 Zwei Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung von Weitsche erklärt ihre Ablehnung einer WAA. mit 650 Unterschriften sprechen sich die „große Mehrheit der Gemeinden Zernien, einschließlich der Ortsteile Bellahn, Neu–Bellahn, Fließau, Spranz, Keddien, Reddemoißel, Gülden, Riebrau, Breese und Brasche" gegen die WAA aus. (EJZ)

13.12.82 Als parlamentarische Anfrage verkleidet schlägt der SPD–Landtagsabgeordnete Hoch eine juristische Ausschaltung der Gemeinden bei „langwierigen Genehmigungsverfahren für Entsorgungsanlagen bei Kernbrennstoffen" vor. Dies sei über ein Landesraumordnungsgesetz bzw. eine Novellierung des Bundesbaugesetzes zu regeln. Die Gemeinden seien hier überfordert. (EJZ) Neben dem SPD–Ortsverein Schweinemark lehnt auch die Mitgliederversammlung der GEW Lüchow–Dannenberg die WAA ab und erklärt: *„daß es den Erziehern im Landkreis durch das Vorgehen von Politikern und der Atomindustrie fast unmöglich gemacht wird, den Schülern den Sinn und das Wesen einer lebendigen parlamentarischen Demokratie im Unterricht zu vermitteln." (EJZ)*

14.12.82 Der Ortsverein der SPD Lüchow stellt sich gegen die WAA. In Lüchow–Dannenberg verbreitete Postwurfsendungen der nieders. Landesregierung verleumden u.a. die Elbe Jeetzel Zeitung (WAA kritisch eingestellt.)

Der Lüneburger Landessuperintendent stellt sich hinter die von Albrecht attackierten Pastoren.

15.12.82 Graf v. Bernstorff tritt aus der CDU aus. Der Dannenberger SPD–Ortsverein votiert gegen die WAA. Nahezu einstimmig stellen sich die Mitglieder des Dannenberger Kirchenkreistages hinter die Äußerungen ihrer Pastoren.

16.12.82 Dragahn–Debatte im Lüchow–Dannenberger Kreistag. Mittels ihrer absoluten Mehrheit setzt die CDU durch, daß die anwesenden Bundes–, Landes– und DWK–Vertreter die Sitzung mit ihren Referaten einleiten. Im Unterschied zu Gartows Bürgermeister Rathje CDU, der sich gegen die WAA erklärt, wird seitens der SPD–Kreistagsfraktion eine Entscheidung zu diesem Zeitpunkt abgelehnt. Im Dannenberger Samtgemeinderat wird mit absoluter CDU–Mehrheit eine Dragahn–Diskussion verhindert. Stattdessen wird ein „Informationsplan", bestehend aus DWK–Veranstaltungen und Rundreisen zu diversen Atomzentren verabschiedet.

17.12.82 Der Landvolk–Bezirksverband Zernien faßt einen Beschluß gegen die WAA.

19.12.82 Der Parteitag des SPD-Bezirks Hannover (Mit 57.000 Mitgliedern die größte Parteigliederung in Niedersachsen) spricht sich nahezu einstimmig gegen Dragahn aus.

21.12.82 70 der 116 Dannenberger Kirchenvorsteher stellen sich hinter die Dannenberger Pastoren. In einem Gespräch kommen sich Albrecht und die Pastoren in der Glaubwürdigkeitsfrage kein Stück näher. Der Gemeinderat Göhrde wendet sich gegen die WAA. Auf Anregung des CDU–Ortsverbandes Karwitz besuchen 30 Lüchow–Dannenberger die Versuchs – WAA in Karlsruhe (WAK).

27.12.82 Der Vorsitzende des Landvolk–Kreisverbandes Grieve erklärt, man wolle sich *„neutral"* verhalten. Die Bauern sollten nicht *„Demagogen"* auf den Leim gehen sondern sich stattdessen an den vom Landvolk vorgesehenen „Informationsveranstaltungen" zum Kernforschungszentrum Karlsruhe beteiligen.

31.12.82 Unter aktiver Mitwirkung einiger Pastoren führt der Bürgerverein Karwitz mit 150 Teilnehmern einen Fackelzug und eine „besinnliche Stunde" zum Jahreswechsel in Dragahn durch.

4.1.83 Die Bäuerliche Notgemeinschaft fordert den Vorstand des Lüchow-Dannenberger Landvolks auf, auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung ihre „Neutralität" gegenüber einer WAA sachlich zu rechtfertigen. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, werden die Landwirte dazu aufgerufen, vorläufig die Beitragszahlungen an das Landvolk einzustellen. Für den schlimmsten Fall wird die Gründung eines eigenen Bezirksverbandes in Aussicht gestellt.

5.1.83 Über 50 Schriftsteller und Künstler wenden sich mit einem Aufruf „Dragahn soll leben ! Gorleben darf nicht sterben!" an die Öffentlichkeit.

6.1.83 Als *„äußerst bedenklich"* bezeichnet die CDU–Fraktion der Samtgemeinde Dahlenburg die Dragahn Pläne. Auf Initiative des CDU–Kreisvorstandes werden ca. 20 Kommunalpolitiker für zwei Tage nach La Haque / Frankreich geflogen. Die Kosten trägt die DWK. Die BI Umweltschutz eröffnet ein 2. Informationsbüro in Dannenberg, Am Mühlentor 14.

9.1.83 100 AKW–Gegner verabschieden an der Zwischenlager Baustelle 10 Lüchow–Dannenberger (darunter Mitglieder der BI, der Ärztlichen Arbeitsgemeinschaft Atomenergie und Umweltschutz und der Grünen), die als erste Stufe der Januarproteste (Aktion Arche Wendland) einen Fußmarsch nach Hannover unternehmen. Mit Begleitern unterstützt wird diese Aktion von der Bäuerlichen Notgemeinschaft und den Pastoren des Dannenberger Kirchenkreises. Am Abend wird die Gruppe bei Dragahn von 300 Bürgern empfangen.

10.1.83 Wirtschaftsministerin Breuel auf WAA-Werbetour im Landkreis. Wer die WAA ablehne, müsse sich, so Breuel, *„ den Vorwurf gefallen lassen, daß er Lüchow-Dannenberg auf lange Zeit hinaus zur allgemeinen Armut verurteilt."* (EJZ). Herbert Neumann, SPD-Mitglied und Atomfan aus Lüchow, wird anläßlich einer ‚Informationsfahrt' zur WAA Karlsruhe verseucht. Die SPD-Gruppe nahm diesen Vorfall *„eher humorvoll"* auf.(taz) Die Lüneburger Pfarrkonferenz stellt sich hinter die Dannenberger Pastoren.

13.1.83 Die Gemeinde Küsten fasst einen einstimmigen Beschluß gegen Dragahn. Dasselbe machen 5 Westberliner Reisebüros. Eine gemeinsame Sitzung der Samtgemeinde Dannenberg und der Gemeinde Karwitz wird zur WAA-Propagandashow. Vor 300 Zuhörern referieren die DWK, der Leiter der Versuchs-WAA Karlsruhe und das Land Niedersachsen. Nur wenige Zwischenrufe aus dem Publikum.

15.1.83 Die 10 Fußmarschierer aus Lüchow-Dannenberg werden in Hannover von 100 WAA-Gegnern und einem grossen Polizeiaufgebot empfangen. Seitens der Landtagsverwaltung wird ihnen selbst das Betreten der Bannmeile verboten. 10 Kreuze werden vor dem Landtag eingeschlagen und der Grundstein für die Arche Wendland gelegt.

16.1.83 Pastoren, Kommunalpolitiker, Vertreter von Verwaltung, Landwirtschaft, Handel und Industrie und Mitglieder des Vereins „Bürger in Karwitz" beginnen auf Kosten der Landesregierung eine Rundfahrt in die WAA Karlsruhe und das Atomzentrum Hanau.

17.1.83 Die CDU-Mittelstandsvereinigung Lüchow-Dannenbergs ist für Dragahn. Anders die 140-köpfige Landfrauenversammlung, deren ‚Hauptzielscheibe' die Kreistagsabgeordneten Grill (CDU) und Abraham (SPD) abgeben. 36 Kirchenleute aus Hannover solidarisieren sich mit den Dannenberger Pastoren. Ca. 400 WAA-Gegner diskutieren im Dannenberger Schützenhaus über die bevorstehenden Dragahn-Entscheidungen des CDU-Kreisparteitages und des Kreistags.

18.1.83 In Hitzacker wird bekannt, daß von 4.000 Befragten sich zwei Drittel gegen die WAA aussprechen. Entgegen des Votums seiner Mitgliedschaft plädiert der SPD-Vorstand Lüchow für eine WAA in Gorleben.

19.1.83 116 Ärzte und Apotheker aus den Landkreisen Lüneburg, Uelzen und Lüchow-Dannenberg veröffentlichen eine halbseitige Anzeige gegen die WAA in den Tageszeitungen ihrer Landkreise. Lüchow-Dannenbergs Kommunalpolitiker samt Begleitung kehren von der WAA-Butterfahrt zurück.

20.1.83 Der CDU–Kreisparteitag (er repräsentiert ca. 1.000 CDU–Mitglieder) spricht sich mit 110 zu 46 bei drei ungültigen Stimmen für Dragahn aus. CDU–Franktionsvorsitzender Fischer anschließend zum örtlichen Kirchenchef Pastor Tidow: *„Ich möchte sie, bitten, für uns zu beten."* (EJZ)

21.1.83 Der Lüchow–Dannenberger Kreistag spricht sich in geheimer Abstimmung mit 22 zu 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen für die Standortprüfung Dragahn aus. Einige Pro Stimmen der SPD geben den Ausschlag. Massives Polizeiaufgebot schützt die Versammlung, die nach Bekanntgabe des Ergebnisses dennoch in Tumulten untergeht und abgebrochen werden muß. Bei dieser Gelegenheit verlassen DWK–Beauftragter Göhring und Konsorten fluchtartig das Gebäude. Nur einem Bruchteil der Öffentlichkeit wird Zutritt zur Sitzung gewährt, ca. 60 Menschen besetzen deshalb für etliche Stunden das Lüchower Kreishaus. Nach der Räumung provoziert die Polizei eine Schlägerei unter Einsatz von Chemical Mace. In Hannover wird die Arche Wendland errichtet.

22.1.83 92 % der Bevölkerung von Sarenseck und 69,5 % der Bevölkerung von Vordorfsfeld sprechen sich gegen Dragahn aus.

24.1.83 SPD–Landtagsabgeordneter Kreuzer kritisiert die Proteste der WAA–Gegner gegen die Kreistagssitzung: *„Diese Ausschreitungen werden von der Bevölkerung nicht verstanden und dienen nicht deren Interesse."* In einer kleinen Anfrage an die Landesregierung erkundigt er sich nach einem Kriterienkatalog zur Standortauswahl und weist auf das Trinkwasserschutzgebiet bei Dragahn hin, welches nach dem von der Bund–Länder–Kommission verabschiedeten Kriterienkatalog diesen Standort a priori ausschließe.

26.1.83 Der Kreisausschuß des Lüchow–Dannenberger Kreistags verabschiedet einstimmig,d.h. mit den Stimmen der UWG (darunter das langjährige BI–Vorstandsmitglied J. Jannig) eine scharfe Erklärung gegen die BI, der *„Meinungsterror"* und *„Gewalt"* vorgeworfen wird.

27.1.83 Es wird bekannt, daß die Landesregierung unmittelbar nach der Kreistagsentscheidung Überlegungen angestellt hat, wie die Standortprüfung in Dragahn durch Bildung von Sonderausschüssen beschleunigt werden kann. Diese *„Übereifrigkeit"* der Landesregierung sei *„eine Mißachtung des parlamentarischen Systems und ein Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der parlamentarischen Gremien"* so UWG–Sprecher J. Janning unter Bezugnahme auf die noch ausstehenden Ratssitzungen von Dannenberg und Karwitz.

29.1.83 1.000 Betroffene aus Lüchow–Dannenberg, Uelzen und Lüneburg demonstrieren mit auswärtigen Freunden in Hannover gegen die WAA. 1.000 Kreuze werden vor dem Landtag eingeschlagen.

DAS DIREKTMANDAT im Wahlkreis 61 gewann Kurt-Dieter Grill mit einem Ergebnis, daß nicht nur ihn selbst "sehr zufrieden" stellte. Bei der Wahlparty des CDU-Kreisverbandes im Lüchower Ratskeller wurde er stürmisch gefeiert (auf dem Foto mit Kreistagsfraktionssprecher Fischer, links, und dem Kreisvorsitzenden Tarrach).

Eine Studie über "das Wählerverhalten im Kreis Lüchow-Dannenberg und die Ergebnisse von Meinungsumfragen" hat die DWK in "Energiewirtschaftliche Tagesfragen" 10/82 veröffentlicht. Diese Studie und die im April 81 und Januar 82 getätigte Umfrage stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den WAA-Plänen der DWK. Festgestellt wird dort ein *"signifikant anderes "* Wählerverhalten als an den hessischen WAA-Standorten und in Ahaus: dies sei in Lüchow-Dannenberg *"außerordentlich stabil"*, das Protestpotential übersteige nicht 25% und: *" Klare Stellungnahme für die geplanten kerntechnischen Projekte zahlt sich für die Mandatsträger in Stimmenzugewinnen aus."* (S.840)

Tatsächlich staunte 1980 die CDU nicht schlecht, als sie nur vier Monate nach einer besonders dreisten Durchsetzung von Zwischenlagerbeschlüssen durch die Gemeinde Gartow und Gorleben immer noch 52,6 % der Stimmen kassierte. Die "Unabhängige Wählergemeinschaft" (UWG) erhielt lediglich 18 % auf Kreisebene.

War die strikte Ablehnung der WAA eine Vorrausetzung für den CDU-Wahlerfolg (und eine Vorraussetzung für die Zustimmung zum Zwischenlager !), so konnten mit diesem Wahlergebnis die WAA-Pläne erneut aufgenommen werden - jedoch unter vorgehaltener Hand. Es ist kaum denkbar, daß z u f ä l l i g die im niedersächsischen Raumordnungsprogramm von 1980 festgelegte Bestimmung Dragahns zum bevorzugten Wassergewinnungsgebiet just ein Jahr darauf getilgt wurde.

Auch das die Lüchow-Dannenberger Verwaltungsschergen diese Manipulation schweigend tolerierten weist auf eine langfristig entwickelte Kumpanei in Sachen Dragahn hin.

Eine kleine Panne gab es allerdings. Bereits Ende Januar '82 (also kurz vor den für März angesetzten nieders. Landtagswahlen) versicherte DWK-Sprecher Gries gegenüber der Süddeutschen Zeitung, daß 1993 **die WAA Gorleben** in Betrieb gehen würde. Prompt folgte Anfang Februar im hannoverschen Pressedienst "Rundblick" des Albrecht-Intimus Helmut Rieger folgende bemerkenswerte Mahnung:

...verraten

"Das vorsichtige "Ja" der Landesregierung zur Wiederaufarbeitung leidet unter der Einschränkung, daß sie nicht einen mit Kernenergie belasteten Landtagswahlkampf 1982 führen will. Die Taktik der SPD-Opposition muß sich dadurch bestimmen, daß sie ein "Ja" viel viel schwerer durchhalten kann als die CDU. Sie hat nicht nur mit möglicherweisen massiven Widerständen in den eigenen Reihen zu tun, sondern mit einer wahrscheinlich wieder zunehmenden Wahl-Furcht vor grüner Konkurrenz. Das schränkt den Spielraum auch dann ein, wenn es an gutem Willen (!) nicht fehlt.

Das bedeutet: die Zeit bis zur Landtagswahl 1982 sollte zu internen Abklärungen genutzt werden, nicht aber zu öffentlichen Erklärungen und Handlungen. Man braucht einen diskreten Fahrplan, und das Land ist angewiesen auf die DWK, die nicht zur Unzeit in die Trompete tutet (s.o.!).

Die Lerngewinne, die man allseits mit Hilfe von Gorleben machen konnte, sprechen für die Chance, daß ein solcher Fahrplan einzuhalten ist. Klar sollte dabei nur sein, daß er im Ergebnis zu einer Wiederaufarbeitungsanlage in Niedersachsen führen muß..." (nach EJZ, 2.2.82)

Der Lüchow-Dannenberger CDU Landtagskandidat Grill (- in die intimen Geheimnisse seines strahlenden Vorbildes mit Sicherheit eingeweiht -) inszenierte einen verlogenen Wahlkampf unter dem Motto "Keine WAA in Lüchow-Dannenberg" und kam so am 21.3.82 mit glänzenden 54,1 % erneut in den Landtag. Den Grünen blieben auf Kreisebene trotz einer aufwendigen Wahlkampagne um ihren Spitzenkandidaten M. Mombauer ganze 14,1 %. In der Tat also eine *"signifikante"* Stabilität der CDU - ein Votum für eine WAA jedoch zu keinem Zeitpunkt!

Die "zähe, oft glanzlose Kleinarbeit" der DWK

Das auffällig dumpfe Wählerverhalten der Lüchow Dannenberger führt die DWK in ihrer Studie auf *"geschlossene"* und *"tradierte politische Strukturen"* ebenso zurück wie auf ihre Öffentlichkeitsarbeit, die, nur auf einen Landkreis konzentriert, *"mittelfristig (5 Jahre) stabilisierend"* gewirkt habe. Ausschlaggebend hierfür seien *"nicht Großveranstaltungen mit ihrer meist kontraproduktiven Pressebegleitung"* gewesen, sondern erfolgreich gewesen sei *"die Zusammenarbeit mit den politischen Basisorganisationen und in Abstimmung mit dem Meinungsbildern und -führern unter Berücksichtigung personaler Kontinuität"*. (S. 841)

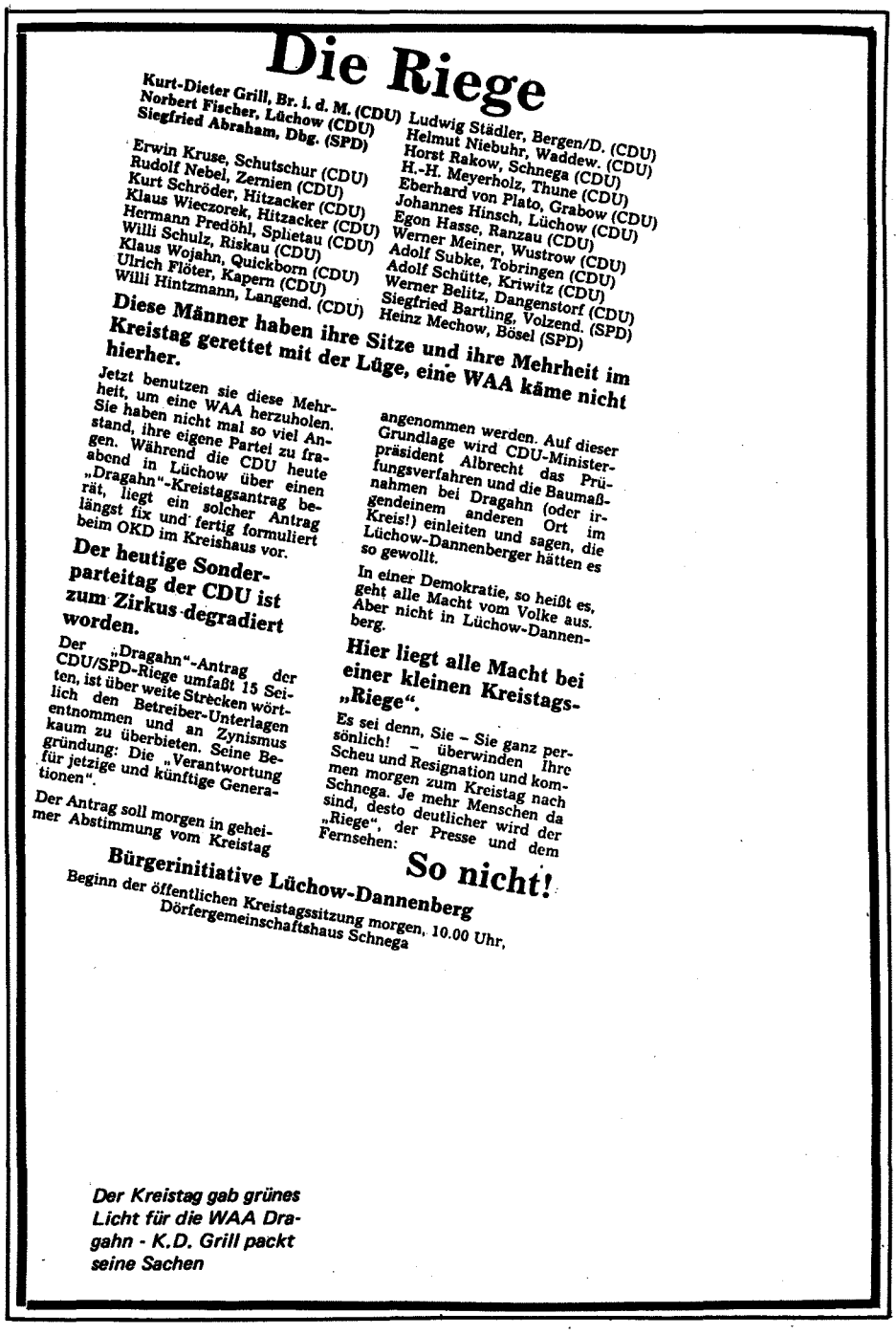
Der Landkreis Lüchow-Dannenberg sei somit *"die Bestätigung dafür, daß im Ringen (!) um Standorte für nuklear-technische Anlagen nicht etwa der rasche, spektukalere Erfolg, die clevere Idee, sondern vielmehr die zähe, oft glanzlose Kleinarbeit Vertrauen schaffen"* können. (ebd.)

Mit diesen etwas gewundenen Formulierungen umschreibt die DWK ihre überaus erfolgreichen Versuche, kommunale „Meinungsbildner" in finanzielle Transaktionen zu verwickeln, neben den Bestechungsversuchen im großen Stil (s.S. 3). So stiftet die DWK hier einige Millionen für das Grundstück eines Ratsherren und setzt sich dort mit großzügiger Mietszahlung im Hause eines anderen fest. Bei ihren zielstrebigen Bemühungen, „Freundschaften" aufzubauen, lassen sich die Herren in Grau auch mal auf ein allwöchentliches Kartenspiel mit Gorlebens Bürgermeister ein. Schier unerschöpflich ist die Spendierhose, wenn es darum geht, die Dörfler über Auslandsfahrten und Audienzen mit „bedeutsamen" Politikern in die Lebenswelt des großen Mannes einzuführen.

Etwas weniger operettenhaft geht's innerhalb der durchweg jungen Führungsriege der Lüchow-Dannenberger Kommunalpolitik zu - diese hat noch eine Karriere vor sich. Ihre geradezu hündische Gefolgschaft gegenüber Albrecht kennt keine Grenzen: freiwillig lassen sie den örtlichen Volkszorn auf sich prallen, devot zeigen sie auch dem großen Herrn aus Hannover ihr Hinterteil, selbst wenn er in selbiges zu treten pflegt. Berichte, wonach die führende Kommunalpolitikerriege anläßlich ihrer letzten heimlichen Dragahn-Vorbesprechung zwar gemeinsam in Albrechts Privatdomizil bei Hannover einkehrte, sodann wie die Kinder vor dem Pastor jedoch nur Einzeln vor die Augen des Herren treten durften, sind durchaus glaubwürdig.

Leider gehört es zu den „geschlossenen Strukturen" Lüchow-Dannenbergs, daß seine zu allem entschlossene Führungsriege auf das holzköpfige Vertrauen des größten Teils der Parteibasis bauen kann: über 70 % des CDU-Kreisparteitags vom 20.1.83 stimmte für die WAA. Albrecht wußte, warum er gerade diesen Zipfel Niedersachsens zum Zentrum seiner Atompläne macht.

... und verkauft ...



Die Riege

Kurt-Dieter Grill, Br. i. d. M. (CDU)
Norbert Fischer, Lüchow (CDU)
Siegfried Abraham, Dbg. (SPD)

Erwin Kruse, Schutschur (CDU)
Rudolf Nebel, Zernien (CDU)
Kurt Schröder, Hitzacker (CDU)
Klaus Wieczorek, Hitzacker (CDU)
Hermann Predöhl, Splietau (CDU)
Willi Schulz, Riskau (CDU)
Klaus Wojahn, Quickborn (CDU)
Ulrich Flöter, Kapern (CDU)
Willi Hintzmann, Langend. (CDU)

Ludwig Städler, Bergen/D. (CDU)
Helmut Niebuhr, Waddew. (CDU)
Horst Rakow, Schnega (CDU)
H.-H. Meyerholz, Thune (CDU)
Eberhard von Plato, Grabow (CDU)
Johannes Hinsch, Lüchow (CDU)
Egon Hasse, Ranzau (CDU)
Werner Meiner, Wustrow (CDU)
Adolf Subke, Tobringen (CDU)
Adolf Schütte, Kriwitz (CDU)
Werner Belitz, Dangenstorf (CDU)
Siegfried Bartling, Volzend. (SPD)
Heinz Mechow, Bösel (SPD)

Diese Männer haben ihre Sitze und ihre Mehrheit im Kreistag gerettet mit der Lüge, eine WAA käme nicht hierher.

Jetzt benutzen sie diese Mehrheit, um eine WAA herzuholen. Sie haben nicht mal so viel Anstand, ihre eigene Partei zu fragen. Während die CDU heute abend in Lüchow über einen „Dragahn"-Kreistagsantrag berät, liegt ein solcher Antrag längst fix und fertig formuliert beim OKD im Kreishaus vor.

Der heutige Sonderparteitag der CDU ist zum Zirkus degradiert worden.

Der „Dragahn"-Antrag der CDU/SPD-Riege umfaßt 15 Seiten, ist über weite Strecken wörtlich den Betreiber-Unterlagen entnommen und an Zynismus kaum zu überbieten. Seine Begründung: Die „Verantwortung für jetzige und künftige Generationen".

Der Antrag soll morgen in geheimer Abstimmung vom Kreistag angenommen werden. Auf dieser Grundlage wird CDU-Ministerpräsident Albrecht das Prüfungsverfahren und die Baumaßnahmen bei Dragahn (oder irgendeinem anderen Ort im Kreis!) einleiten und sagen, die Lüchow-Dannenberger hätten es so gewollt.

In einer Demokratie, so heißt es, geht alle Macht vom Volke aus. Aber nicht in Lüchow-Dannenberg.

Hier liegt alle Macht bei einer kleinen Kreistags-„Riege".

Es sei denn, Sie – Sie ganz persönlich! – überwinden Ihre Scheu und Resignation und kommen morgen zum Kreistag nach Schnega. Je mehr Menschen da sind, desto deutlicher wird der „Riege", der Presse und dem Fernsehen:

So nicht!

Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Beginn der öffentlichen Kreistagssitzung morgen, 10.00 Uhr, Dörfergemeinschaftshaus Schnega

Der Kreistag gab grünes Licht für die WAA Dragahn - K.D. Grill packt seine Sachen

Ein Tag im Leben der Republik

Neues Fremdland

Schon auf der Fahrt ins Neue Fremdland spürten wir das unverkennbare Flair dieser Bananenrepublik: verkleidete Bullizisten in unauffällig geparkten Autos, verstreut über eine Reihe von Dörfern. Angekommen in Schnega erleben wir, was im Fremdland „Öffentlichkeit" genannt wird: eine Stunde vor Sitzungsbeginn darf keiner mehr den Ort des Kreistagsgeschehens betreten. Wenn auch ein Drittel des Saals allein für Bullizei und das kalte Büfett reserviert und per Gesichtskontrolle die Mitglieder der alleinregierenden „christlich-demokratischen" Partei hineingeschleust werden - für normal Sterbliche gilt: „ Die Besatzungstruppen stehen zu vielen Hunderten in und vor dem Haus und zeigen mit Hunden und Knüppeln jedem, wie im Neuen Fremdland die Demokratie funktioniert. Obwohl die Sitzung in den entlegensten Zipfel des Neuen Fremdlands gelegt wurde kommen dennoch Hunderte von Menschen zusammen, die sich noch an die Zeit erinnern, in der es nicht nur einigen Ausgewählten möglich war, bei derartigen Sitzungen anwesend zu sein. Deshalb klopfen sie an die großen Scheiben und begehren Einlaß. Zum Schutz der Kreistagsabgeordneten, die durch den Anblick der Menschen beunruhigt und unsicher oder gar an ihre früheren Anti-WAA-Beschlüsse erinnert werden könnten, kommen Bullizisten und drängeln und knüppeln alle Verunsicherer weg. Ihrer Gefährlichkeit wegen werden diese derweil vom Dach aus gefilmt, abgehört und fotografiert.

Die Demokraten des Fremdlandes überlassen nichts dem Zufall oder gar der freien Entscheidung. Die Formulierung ihrer Antragsbegründung zugunsten der WAA haben sie - sicher ist sicher - über weite Strecken gleich der DWK überlassen. Die Gestaltung ihrer vorangegangener Informationsveranstaltung überließ der Kreistag der DWK und der ihr geneigten Landesregierung.

Auch das wird nicht gereicht haben. Um die vielen erschrockenen und empörten Menschen in ihren Dörfern zu vergessen und schnell noch einige griffige Pro-Argumente einzuüben wurden zahlreiche Kommunalpolitiker auf Kosten der DWK bis 2 Tage vor der Kreistagssitzung auf Bitterfahrt geschickt zur WAA Karlsruhe und nach La Hague.

Zurück im Kreistag verlesen sie nun vor 170 Zuhörern und einigen Dutzend Bullizisten brav ihre neu gelernten Strophen oder schweigen. Auch Tricks werden vorgeführt - z.B. behauptet ein WAA Freund der CDU, er sei jetzt für die WAA weil die kritischen Zuhörer so laut seien. Einen Antrag der SPD auf Wählerbefragung weist die christliche-demokratische Regierungspartei entrüstet zurück.

Sich nach dem Wählerwillen zu richten sei, so der Ober-Fremdländer Grill „in unserem demokratischen System nicht vorgesehen und nicht vertretbar." Ja - das ist Fremdland... !

Doch auch aufrechte Gegner der WAA, die eigentlich gar nicht so recht in das fremdländische Bild passen mögen, äußern sich im Kreistag - vergebens. Mit 22 gegen 18 Stimmen und 2 Enthaltungen werden allein die Bemühungen der DWK honoriert.

Erst nach Bekanntgabe dieses Abstimmungsergebnisses merken wirklich alle, daß sie sich im Neuen Fremdland befinden, es wird geschrien und geweint. Einer springt an den grünen Uniformierten, die als lebende Mauer die Volks-ver-treter vor ihrem Volk schützen, vorbei vor die Tische der christlichen Demokraten und wirft auf sie blutiges Geld.

Er wird im Würggriff weggeschleppt und im benachbarten Erkennungsdienstlichen Behandlungsraum in Empfang genommen mit den Worten: „Da kommt der Erste!".
War er der erste, der aus dem Neuen Fremdland ausbrechen will

MITTELAMERIKANISCHER STAAT **SUCHT:**

CHRISTDEMOKRATISCHE . . .

. . . MINISTERPRÄSIDENTEN
. . . BUNDESTAGSABGEORDNETE
. . . LANDTAGSABGEORDNETE
. . . KOMMUNALPOLITIKER
. . . OBERKREISDIREKTOREN etc.

MIT LANGJÄHRIGER ERFAHRUNG IN DER DURCHSETZUNG VON ATOMPROJEKTEN WIE:
WAA, ATOMKRAFTWERKE, ZWISCHENLAGER, ENDLAGER usw.
GEÜBT IM MANIPULIEREN, BELÜGEN UND BETRÜGEN DER BEVÖLKERUNG, BESPITZELN UND VERLEUMDEN VON ATOMGEGNERN,
OHNE SKRUPEL VOR BRUTALEN POLIZEIEINSÄTZEN GEGEN ALLE, DIE IHRE RECHTE, HEIMAT, GESUNDHEIT, ZUKUNFT ERHALTEN WOLLEN.
WIR SUCHEN GESTANDENE PRAKTIKER, DIE BEREIT SIND, ÄHNLICHE PROJEKTE UNTER VERGLEICHBAREN ARBEITSBEDINGUNGEN DURCHZUSETZEN!
GEBOTEN WIRD:
KOSTENLOSE ÜBERSIEDELUNG ERSTER KLASSE, HOHE GEHÄLTER, ABLÖSUNG ALLER BISHER ENTGEGENGENOMMENEN MEINUNGSBILDENDEN STRUKTURHILFEN FINANZIELLER ART BIS ZU EINER HÖHE VON DM 5 000 000,– DURCH DEN NEUEN ARBEITGEBER.
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen an: Reinhold Wollmann, Bhtl.

Im Kreistag am 21.1.: Die Dragahn-Stimmen werden ausgezählt, der Revolver liegt parat...
Foto: W. Hain

– Quo vadis ?

Kreisausschuß beschließt einstimmig (mit Stimmen der UWG)

Meinungsterror gegen Abgeordnete

„Dragahn"-Entscheidung sollte mit Gewalt verhindert werden

Lüchow. Der Kreisausschuß des Kreistages hat einem Teil der Kernkraftgegner und besonders der Bürgerinitiative Umweltschutz vorgeworfen, in den Wochen vor und während der Kreistagssitzung am vergangenen Freitag in Schnega durch Meinungsterror versucht zu haben, die Entscheidung für Standortuntersuchungen zum Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage bei Dragahn zu verhindern. Durch Anzeigenserien in der EJZ seien einzelne Kreistagsabgeordnete, die für die friedliche Nutzung der Kernenergie eintreten, unter Druck gesetzt und persönlich diffamiert worden. Nächtliche Telefonanrufe und Drohungen seien ebenfalls erfolgt, heißt es in der Erklärung des Kreisausschusses.

Während der „Dragahn"-Beratungen des Kreistages am 16. Dezember in Dannenberg und am 21. Januar in Schnega hätten „militante Kernkraftgegner" durch Geschrei und Zwischenrufe versucht, Kernkraft befürwortende Abgeordnete an der Äußerung ihrer Meinung zu hindern. Als Höhepunkt dieser Kampagne bezeichnet der Kreisausschuß eine am 21. Januar 1983 in der EJZ veröffentlichte Erklärung der Grünen, die – wie der Kreisausschuß feststellt – beinhalte, „daß man im Falle einer positiven Entscheidung des Kreistages mit dem Versuch der Kernkraftgegner rechnen müsse, Minderheitenmeinungen mit Gewalt durchzusetzen". Dieser Versuch sei von dem BI-Mitglied Peter Bauhaus und einem Teil der bei der Kreistagssitzung in Schnega anwesenden Kernkraftgegner gemacht worden, indem Bauhaus Kreistagsabgeordnete mit Blut bespritzte und mit Gegenständen bewarf, während andere von der Tribüne in den Sitzungsraum eindringen und auf die Abgeordneten losgehen wollten. Nur durch das schnelle Eingreifen der Polizei seien Tätlichkeiten verhindert worden.

Angesichts dieser Entwicklung stellt der Kreisausschuß zu den Vorfällen fest: „1. Ein Teil der Kernkraftgegner hat sein ständig wiederholtes Versprechen, nur friedlich gegen kerntechnische Anlagen im Kreis zu demonstrieren, mehrfach gebrochen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, die von der Bürgerinitiative Umweltschutz in den Landkreis geholte militante Kernkraftgegner am 4. 9. 1982 vor dem Zwischenlager in Gorleben auslösten. Der Versuch, Gewalt gegenüber Kreistagsabgeordneten während der Sitzung am 21. 1. 1983 anzuwenden, gehört gleichfalls in die Reihe dieser Wortbrüche. Wer jedoch verspricht, nur friedlich gegen kerntechnische Anlagen zu demonstrieren und sich dann nicht an dieses Versprechen hält, täuscht die Bevölkerung unseres Landkreises. Diese Kernkraftgegner sollten sich zunächst mit diesem Sachverhalt auseinandersetzen, bevor sie anderen Unglaubwürdigkeit vorwerfen. 2. Der Versuch eines Teils der Kernkraftgegner, die Mitglieder der Kommunalparlamente durch diffamierende Anzeigen und Äußerungen bis hin zur Gewaltandrohung unter Druck zu setzen, ist ein Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der parlamentarischen Gremien und ein Angriff auf unser parlamentarisches System. Sollte dieser Weg weiter beschritten werden, so werden bald freie parlamentarische Entscheidungen nicht mehr möglich sein."

EJZ v. 27. 1.1983

Jörg Janning, Fraktionsvorsitzender der UWG-Kreistagsfraktion, zuvor langjähriges Vorstandsmitglied in der BI Lüchow-Dannenberg und im BBU hat sich völlig überraschend mit seinem UWG-Kollegen im Kreisausschuß, H.Schulz, hinter das gesamte, oben dokumentierte Pamphlet gestellt. Er verteidigt dies mit Taktik: Es gehe jetzt um die WAA, da müsse man sich auch auf Kosten der BI im Vorfeld glasklar gegen Gewaltvorwürfe absichern usw... In Wahrheit kommt dieser Schritt einem Frontenwechsel gleich und zeugt zudem (zumindest) von einem hohen Maß an charakterlicher Verkommenheit. Wie vor den Kopf geschlagen war deshalb auch der Rest der UWG–Kreistagsfraktion, die den Alleingang Jannings scharf kritisierte und unverzüglich eine öffentliche Protesterklärung gegen die Kreisausschußresolution verabschiedete.

Wie kein Zweiter hatte Janning über die letzten Jahre hinweg versucht, durch ‚Bürgerdialog', Kompromißbereitschaft und Nachgibigkeit den immer stärker gewordenen Distanzierungsdruck im Landkreis aufzufangen. Dies hat ihm persönlich vielleicht so manches Schulterklopfen von oben eingebracht - in der Sache selbst hat es jedoch die Landkreiszerstörer lediglich zu einem immer noch dreisteren Vorgehen ermutigt. Mit Dragahn haben sich die Auseinandersetzungen schlagartig verschärft. So wird, wer auch nur öffentlich Bedenken gegen die WAA äußert, bereits des ‚Meinungsterrors' bezichtigt etc.pp.In dieser Situation kann man Schonung von der Gegenseite tatsächlich nur erwarten, wenn man sich gefügig machen und gegen die eigenen Leute ausspielen läßt.Zwischen den Stühlen wird allerdings auch ein Jörg Janning hart fallen.

Das die gesamte UWG betreffende Problem liegt jedoch tiefer. Daß man mit Speck nicht nur Mäuse sondern auch Lüchow-Dannenberger Kommunalpolitiker fangen kann,ist seit den Zwischenlagerbeschlüssen von Gartow und Gorleben bekannt. Als diese verabschiedet wurden gab es noch keine Unabhängige Wählergemeinschaft, wohl aber gab es klare Fronten und massive Proteste gegen diese politische Farce. Heute gibt es neue WAA-Pläne, deren Absegnung durch die kommunalen Gremien mit , Demokratie' nur verwechseln kann, wer beide Augen verschließt. Soll hier nicht mit viel äußerlichem Klimbim und weitgehend vorgesicherten Mehrheiten lediglich das formell legitimiert werden, was in Wirklichkeit ganz woanders längst beschlossen wurde?

Und wird nicht diesem ganzen Theater auch durch die ‚korrekte' Mitwirkung der UWG , die ganz sicher das Beste im Sinn hat, erst ein Hauch von Ernsthaftigkeit und höherer Weihe verliehen?

Die viel prinzipiellere Frage, inwieweit eine Gemeindevertretung nur 18 Monate nach der Kommunalwahl überhaupt berechtigt ist, in einer Jahrhundertfrage genau über das Gegenteil dessen zu entscheiden, was für die Wahl der einzelnen Vertreter ausschlaggebend war - diese Frage stellt mittlerweile kaum noch jemand.

Mitmachen heißt die Devise, selbst wenn sich die viel stärkeren Atomparteien einen Teufel um die Demokratie scheren und die Chancen auf eine parlamentarische Verhinderung der WAA auf unter 1% gesunken sind. Die UWG sollte sich überlegen, ob sie nicht allein durch die konstruktive Mitwirkung an d i e s e m WAA-Entscheidungsprozess den Interessen derer schadet, die sie gewählt haben. Sie sollte darüber nachdenken,ob nicht ein Punkt denkbar wird, an dem sie nicht allein zur WAA, sondern auch zu völlig illegitimen Entscheidungsprozessen „Nein" zu sagen hat. (30.1.83)

rechts: unmittelbar zuvor gab der Kreistag grünes Licht für Dragahn
oben: das Dörfergemeinschaftshaus Schnega war zur Polizeizentrale zweckentfremdet
oben links: SPD-Fraktionsvorsitzender Abraham kämpft mit allen taktischen Finessen für die WAA
oben Mitte: UWG-Fraktionsvorsitzender Janning nach der Kreistagsentscheidung
oben rechts: CDU-MdL Grill hetzt und hetzt....

Alle Fotos von W. Hain, Hamburg

Kreistagssitzung vom 21.1.83

Interview mit Peter Bauhaus, BI Lüchow-Dannenberg

Peter Bauhaus, 35 Jahre, wohnhaft in Soven (9km von Dragahn) ist Autor von Filmen und Hörspielen für Kinder. Er lebt seit 1979 im Landkreis Lüchow–Dannenberg und ist Schriftführer im Vorstand der BI Lüchow -Dannenberg.

Atommüllzeitung (AZ): Peter, Du hast in einer individuellen Aktion die Lüchow-Dannenberger Kreistagsabgeordneten nach ihrer Pro-Dragahn-Entscheidung mit blutbeschmiertem Geld beschmissen. Ist es für Dich nicht eine Enttäuschung, beinahe als Einziger von vielen Zuhörern aus dem Rahmen gefallen zu sein?

Peter Bauhaus (P.B.): Eigentlich waren sich sehr, sehr viele darin einig gewesen, daß es gar nicht zu einer Abstimmung kommen durfte. Kurz vorher gab es dann Parolen wo es hieß, einige Abgeordnete stehen auf der Kippe und das darf nicht gefährdet werden. Das Argument - wir würden ja gerne gegen WAA entscheiden, nicht aber unter Druck - ist ja von der CDU sehr gezielt eingesetzt worden. In dieser Situation, wo eine Verständigung sehr schwierig ist, hat man sich dann aufs Abwarten eingelassen und auf den Fall gehofft, daß es eine Entscheidung gegen Dragahn gibt.
Ich denke, daß das Schielen auf diese parlamentarische Lösung uns eigentlich von der persönlichen Initiative nur abhält. Die Leute hier sind natürlich aufgebracht und wütend, aber sie hoffen immer noch, daß sie selbst nicht gefordert werden. Sie hoffen, daß entweder sich die Räte gegen die WAA entscheiden, oder daß Albrecht einsichtig wird und die Sache zurücknimmt. Und wenn es dann nicht klappt, folgt mit großer Wahrscheinlichkeit die Resignation. Deshalb ist es wirklich sehr gefährlich, sich Hoffnungen in diese Richtungen zu machen. Diesmal haben wir trotz der Erfahrungen mit den Zwischenlagerabstimmungen wieder wie die Karnickel dagesessen und auf die Schlange gestarrt. Ich bin sehr gespannt, was in den kommenden Abstimmungen in Dannenberg und Karwitz-Dragahn passieren wird.

AZ: Obwohl, gemessen an ihrer Tragweite, die Kreistagssitzung, auch aufgrund des Polizeiaufgebotes, geradezu diszipliniert verlief, wurde in der lokalen Elbe-Jeetzel-Zeitung (EJZ), die WAA-kritisch eingestellt ist, von "Gewaltaktionen einiger WAA-Gegner" und "Tumulten" berichtet, die "kein Erfolg des Widerstandes sondern verwerfliche Formen des Protestes seien, die eine faire demokratische Auseinandersetzung unmöglich machen." Schon wegen ihrer Breitenwirkung wird die EJZ, wie auch in der Vergangenheit erneut die Maßstäbe setzen, was für die große Masse der gemäßigten WAA-Gegner in Lüchow-Dannenberg im Widertand akzeptabel scheint und was nicht. Was bedeutet das für Euch als Bürgerinitiative?

P.B.: Also ich weiß gar nicht, wo noch eine "faire demokratische Auseinandersetzung" real stattfindet. Jeder der anwesend war, weiß, daß die Kreistagssitzung ein Zirkus war. Wir können uns bezüglich der Qualität des Widerstands nicht nach der EJZ richten. Wenn Dir jemand eine Stange Dynamit in den Hausflur legt und Du trittst rechtzeitig die Lunte aus, dann ist das sicher nicht Sachbeschädigung. Wenn man das jetzt überträgt, dann kommt irgendwann der Punkt, wo der Einzelne sein Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch nehmen muß - bevor sich die Schlinge zuzieht. Auch illegale Aktionen können legitim sein. Wenn sie sympathisch und überzeugend sind, um so besser. Auch innerhalb der BI ist hier ein Diskussionsprozess in Gang gekommen, weil viele einfach gesehen haben, daß mit Resolutionen und Leserbriefen und Aufmärschen letztlich gegen die Rücksichtslosigkeit der Politiker nicht anzukommen ist. Solange wir uns mit dem vermitteln können, was wir wollen, haben wir auch eine Chance, in den Aktionen akzeptiert zu werden.

AZ: Es gibt nicht mehr die Situation, die 1978/79 zum Erblühen zahlreich-Gorleben-Freundeskreise und eines bundesweiten Bewußtseins über die WAA-Gorleben-Problematik geführt hat. Unabhängig vom Handeln Eurer Bürgerinitiative ist es wohl objektiv so daß z.Zt. andere Themen einfach mehr im Vordergrund stehen, z.B. die Wirtschaftskrise oder die Nachrüstung. Wir fragen uns allerdings, inwieweit die BI ernsthaft versucht, diesem Trend, so gut es irgend geht, entgegenzuwirken. Der Eindruck besteht, daß die Konzentration auf den regionalen Widerstand nach wie vor Eure Hauptdevise ist und auf eine "Aufrüttelung", geschweige denn Mobilisierung sogenannter "Auswärtiger", wenig Wert gelegt wird.

P.B.: Ja, ich habe das Gefühl, daß die Leute hier im Landkreis dazu übergegangen sind, demonstrieren zu lassen. Von einigen wenigen hier im Landkreis und von möglichst vielen außerhalb. Und daß sie dann nachher Zensuren verteilt haben: Das war gut - das war schlecht.
Im Moment versuchen wir mit der Hannover-Aktion auch den bislang passiven Leuten hier Gelegenheit zu geben, ihre Wut und Enttäuschung auszudrücken und selbstbewußt zu werden. Nur selbst demonstrieren macht wütend und macht stark. Eine starke Demonstration in Hannover kann die Kraft geben, daß wir hier vor Ort wieder stark werden. Daß wir in der jetzigen Situation noch nicht den Aufruf zur überregionalen Demonstration gemacht haben, liegt auch an den Erfahrungen vom

P. Bauhaus, unmittelbar nach seinem Sprung über die Abgeordnetentische. Er bespritzt Geld mit eigenem — vorher in Ampullen abgefülltem — Blut, schleudert es zu den Abgeordneten und spritzt weiteres Blut auf die Sitzungsprotokolle. Die Münzen symbolisieren die „Gorleben Gelder" an denen das Blut der Opfer eines möglichen Atomkrieges klebt — kann doch das WAA Plutonium leicht in Atombomben verwandelt werden.

Herbst, also an den damaligen "Großdemonstrationen", die zahlenmäßig alle nicht so erfolgreich waren, wie geplant war.

AZ: In Lüchow-Dannenberg stellt sich das Problem, daß gleichzeitig das Endlager vorbereitet, das Zwischenlager gebaut, die WAA-Pläne vorangetrieben und zusätzlich Menschen kriminalisiert werden (Stichwort: Gorleben-Prozesse) Wie werdet Ihr mit dieser Widersprüchlichkeit fertig, worauf konzentriert Ihr Euch?

P.B.: Wir haben schon die Angst im Nacken, daß bei einer Konzentration auf Dragahn die Gegenseite Gelegenheit bekommt, um so zügiger das Zwischenlager durchzudrücken und fertigzustellen. Wir müssen auch als Gruppe sehr gezielt darüber nachdenken, was im Moment am Nötigsten ist und unsere Konzentration erfordert und das wir uns sparen, weils nichts bringt. Im Februar z.B. fangen bei uns die Erdarbeiten für das Endlager an. Das ist z.B. auch ein Grund, weshalb wir uns an der Planung einer möglichen 4. Hannover-Stufe nur sehr eingeschränkt beteiligen können.

AZ: Albrechts "Nein" zur WAA sollte ja seinerzeit ganz klar die Bedingungen für die Durchsetzung der Tiefbohrungen verbessern und - wie sich dann herausstellte - die Akzeptanz für das Zwischenlager schaffen. Nun könnte man im Umkehrschluß annehmen, daß das Auffliegen der Gesamtplanung die Bereitschaft in der Bevölkerung erhöht hat, gegen das End- und Zwischenlager anzugehen, weil eben alles ein Mammut-NEZ (Nukleares Entsorgungszentrum) werden soll.

P.B.: Ich kann nur sagen, ich hoffe das. Wobei sicher aktuell die Frage besteht: Schaffen wir es die WAA abzuwehren? Da ist der Beschiss so offenkundig, daß es, wenn überhaupt, nur an dieser Frage klappen kann. Und dann kann man anfangen, die ganzen NEZ-Bestandteile von der WAA her aufzudröseln.

AZ: Einverstanden. Bis zur Albrecht-Entscheidung über Dragahn wird die WAA sicher das Thema Nr. 1 bleiben müssen. Falls die Albrecht-Entscheidung so erfolgt, wie das geplant und längerfristig eingefädelt wurde, dann müßte man ja wohl sagen, daß Maßnahmen gegen beispielsweise die Anlieferung des Zwischenlagers oder Maßnahmen, die mit der Infrastruktur des Endlagers zu tun haben, der Prüfstein dafür sind, ob am NEZ Lüchow-Dannenberg überhaupt noch gesägt wird.

P.B.: Das ist richtig. Wenn wir aus der aktuellen Situation - Entscheidung in den nächsten Wochen für oder gegen die WAA - raus sind, ist es völlig egal, wo wir dann ansetzen. Der Widerstand muß wirklich der gleiche sein.

AZ: Wie geht es mit dem Widerstand gegen die WAA nach dem positiven Votum des Kreistags weiter?

P.B.: Die Mehrzahl der Bevölkerung schielt erstmal auf die nächsten beiden Gemeindesitzungen (Samtgemeinderat Dannenberg und Gemeinde Karwitz) und erhofft sich von daher immer noch einen Erfolg Aber selbst wenn es da auch in die Hose geht, steht die WAA ja noch längst nicht. Nur ich meine, man kann Volkszorn nicht einfach verordnen oder initiieren. Wenn da nichts kommt, ja, dann frage ich mich wirklich, inwieweit hier noch Kraft genug ist, um den Widerstand zu tragen. Wenn die Bevölkerung hier die Dragahn-Entscheidung ohne sehr starke Gegenwehr schluckt, dann muß man, was die Strategie angeht, sowieso ganz neu anfangen, und da werden manche Rücksichtnahmen nicht mehr nötig sein, weil sie sowieso verschenkt sind.

AZ: Wir danken für das Gespräch.

Interview mit Pastor Maierhofer, Hitzacker

Atommüllzeitung (AZ): Die Dannenberger Pastoren sprechen von einem Mißtrauen, Enttäuschung und Ohnmacht in ihren Gemeinden angesichts der Dragahn Pläne. Können Sie das konkretisieren?

Pastor Maierhofer (P.M.): Ich bin als Pastor zuständig in Hitzacker und zu uns gehört das Dorf Dragahn. Nach der WAA–Entscheidung sind Gemeinde Mitglieder zu mir gekommen und haben gesagt, Herr Pastor, was soll man jetzt noch glauben?

Auf der folgenden Pfarrkonferenz wurde von Menschen berichtet, die weinen, die sagen, wir sind so ohnmächtig, was können wir im Rahmen der Kirche machen. Eine Pastorenbesprechung am gleichen Abend war für mich wie eine Sternstunde in den 13 Jahren, in denen ich hier in Hitzacker Pastor bin. Für uns war klar: wir müssen diejenigen vertreten, die sich da rühren. Und es wird eine viel größere Zahl sein, die sich nicht artikulieren; zu deren Stimme müssen wir uns machen.

So ist es zu der Erklärung gekommen, für die wir von Albrecht entsprechend angegriffen wurden. Nach ihrer Veröffentlichung sprachen mich mehr diejenigen an, die gegen die WAA sind, um mir mitzuteilen, wie glücklich sie darüber sind. Einige Leute haben sich wahnsinnig aufgeregt, weil ich versucht habe, das Problem in den Predigten anzusprechen. Eine Meditation dazu, Weihnachten im Gemeindebrief, haben mir einige sehr verübelt, einer gar will seinen Sohn aus dem Konfirmantenunterricht nehmen.

Von einigen etwas interlektuelleren Leuten hörte ich, es sei nicht meines Amtes würdig, was ich da mache.

AZ: Es haben sicher viele WAA–Gegner gehofft, daß der Kreistag in ihrem Sinne entscheiden würde?

P.M.: Ja, das kann ich mindestens für die Leute sagen, die Muliplikatoren für die Gegner sind. Ich habe gehört, wie noch zwei Stunden vor Beginn der Kreistagssitzung mit großer Freude erzählt wurde, daß es mehr oder weniger klar sei, daß einige CDU–Kreistagsabgeordnete mit „Nein" stimmen würden und es gut ausgehen könne. Ich habe hinterher noch mit einigen gesprochen, die SPD–orientiert sind, die wütend darüber sind, daß einige aus der SPD auch mit „Ja" gestimmt haben, sonst wäre die Entscheidung nicht so zustande gekommen.

Jetzt nach der Kreistagssitzung ist die Ohnmacht wieder so groß, daß 3 Leute gesagt haben, etwas anderes als Untergrund oder Terrorismus sei jetzt gar nicht mehr möglich.

AZ: Kommen wir zur Diskussion in der Kirche auf der Landesebene. Ihr Kirchenkreis hat ja nicht nur den Umgang mit den Wahlversprechungen kritisiert, sondern auch gegen die WAA–Pläne selbst Partei ergriffen und Aktivitäten, z.B. den Marsch nach Hannover, in Worten und Taten unterstützt. Wie stehen Sie zu dem Anliegen anderer Kirchenvertreter, die WAA–Frage aus den Auseinandersetzungen herauszuhalten und gemeinsame Lösungen im Sinne der Landesregierung und der Bevölkerung Lüchow–Dannenbergs zu finden?

P.M.: Das ist nicht mein Weg. Bei dem, was bislang an Pro und Contra WAA da ist, ist das Pro für mich so wenig gesichert, daß nur das Contra bleibt. Ich kann nicht sagen, beides ist für mich gleichwertig, ichmöchte da vermitteln. Daß die Kirche nicht offiziell diesen Weg geht, kann ich akzeptieren. Es macht mich allerdings traurig; lieber wäre es mir, wenn die Kirchenleitung und die Kollegen sich eindeutiger äußern würden. Unsere Pastoren um Lüchow herum zum Beispiel sind einen anderen Weg gegangen. Sie sind nicht an die Öffentlichkeit gegangen, sondern haben das Gesprächmit Herrn Albrecht gesucht, von dem ich meine es ist Wischi–Waschi, es passiert überhaupt nichts. Dies macht es schwieriger gemeinsame Schritte zu unternehmen.

AZ: Die Versuche mit besseren Argumenten, Zeitungsanzeigen etc. einen Umschwung bei den Kommunalpolitikern zu erreichen, sind vorläufig gescheitert. Wie gedenken die opponierenden Pastoren sich in dieser Situation weiter zu engagieren ?

P.M.:Meiner Überzeugung nach hat die Kreistsgsentscheidung psychologische Gründe, sie hängt mit der Trutzhaltung der CDU–Politiker zusammen. Wenn der Widerstand Möglichkeiten fände, die nicht von vornherein reizen und aufreizen, wäre mehr gewonnen. Wir Pastoren haben uns nach der Kreistagssitzung zum Gespräch getroffen– was tun wir in Zukunft– Ergebnisse sind noch nicht spruchreif.Bei weiteren Aktivitäten als Kirche werden wir den Akzent darauf setzen, daß das ein Beitrag zum Frieden–im politischen wie zwischenmenschlichem Sinne ist.

AZ: Gerade weil man sich hier vor der Kreistagssitzung nahezu ausschließlich auf die argumentative Ebene begeben hat, kann ich mir sehr schlecht vorstellen, daß die Kommunalpolitiker tatsächlich davon negativ beeinflußt sein sollten. Wir haben als BI andererseits erlebt, daß dort, wo sehr viel Druck, der auch über das Argumentative hinausging, erzeugt worden ist,Erfolge zu verzeichnen waren. Ich denke da an Wyhl oder Brokdorf, wo zumindest Verzögerungen möglich waren.

P.M.:Das wird eine Phase sein, die jetzt kömmt. Jetzt sind die Leute bereit, massiver zu intervenieren. Da werde ich nur mitmachen können, wenn es gelingt auch das Andere mit zu berücksichtigen.Mit Gewalt werde ich nichts durchsetzen.Ich weiß noch nicht,wie weit der Druck gehen kann, wo ich mit gutem Gewissen sagen kann,da drücke ich mit.Es liegt bei mir daran, daß ich noch zu wenig Erfahrung habe.

AZ : Rechnen Sie mit einer Verschärfung der Auseinandersetzung in der Kirche selbst, eventuell mit Disziplinarmaßnahmen?

P.M. : Es gibt einige Kollegen, die schon andere Erfahrungen haben, die meinen, es wird der Tag kommen, wo es heißen kann,das geht nicht. Da werde ich nach bestem Gewissen entscheiden was ich tue.Es gibt Dinge ,wo ich sagen würde, ich mache es trotzdem.

AZ: Herr Maihofer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Pastor Maierhofer, 51 Jahre, ist seit 13 Jahren Pfarrer der Gemeinde Hitzacker/St. Johannis. Hitzacker liegt 10 km von Dragahn entfernt.

Interview mit H.W. Zachow, Landwirt bei Dragahn

Zur Person:
Hans Werner Zachow ist 27 Jahre alt und Landwirt. Er wohnt 3km von Dragahn entfernt in Fließau. Seit Jahren wehrt er sich aktiv gegen die Atompläne im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Er ist im Vorstand der bäuerlichen Notgemeinschaft und als Abgeordneter der Unabhängigen Wählergemeinschaft im Rat der Gemeinde Zernien und der Samtgemeinde Dannenberg vertreten.

Atommüll Zeitung (A): Was bedeutet die WAA in Dragahn für euch Landwirte?

Zachow (Z): Für uns Landwirte hat das bestimmt enorme Auswirkungen. Daß es z.B. zu Rufschäden kommt - die ständige Angst, es könnte etwas in den Lebensmitteln sein, oder daß Veränderungen durch die große Industrieanlage auf uns zu kommen. Für mich persönlich stellt sich auch die Frage, ob ich den Hof weiter bewirtschaften kann, oder ob ich nicht gleich versuchen sollte, abzuwandern. Auch die älteren Kollegen sehen durch die Anlagen keine Zukunft mehr für die Landwirtschaft. Es macht auch keinen Spaß mehr, Produkte herzustellen, die dann vielleicht verseucht sind.

A: Es wurde schon gesagt, daß die landwirtschaftlichen Produkte, die verseucht sind, von den Betreibern aufgekauft würden.

Z: Es wurde damals gesagt, die Milchprodukte würden gesondert vermarktet werden. Daß greift jeden Landwirt in seiner Berufsehre an, wenn er etwas produziert, was hinterher weggeschmissen wird. Ich bin nicht bereit dazu.

A: Wie stark ist die Bäuerliche Notgemeinschaft?

Z: Die erneute Auseinandersetzung um eine WAA hat die Notgemeinschaft gestärkt. Wir haben an das Landvolk konkrete Forderungen gestellt. Im Vorstand des Landvolkes sind überwiegend CDU'ler, die sich nach der Parteipolitik richten. Wir haben damals erfolglos versucht, Einfluß auf das Landvolk zunehmen und daraufhin die Bäuerliche Notgemeinschaft gegründet. Heute ist die Angst beim Landvolk vor der Notgemeinschaft größer geworden. Wir sind z.B. vom Landvolkpräsident in Hannover eingeladen worden, um mit ihm über unsere Probleme zu sprechen. Der eingesetzte geschäftsführende Vorstand des hiesigen Landvolks verhält sich neutral zu Dragahn. Wir fordern, daß er eine eindeutige Stellungnahme dagegen abgibt, denn der Landvolkverband ist die Interessenvertretung der Bauern, und eine WAA bedroht unsere Existenz. Deswegen haben bisher über 300 Bauern, die nicht alle in der Notgemeinschaft sind, ihre Beiträge storniert (von ca. 2000 landwirtschaftlichen Betrieben). Wir überlegen auch, ob wir aus dem Landvolk austreten und einen eigenen Bezirksverband gründen. Auf Landesebene werden wir vom Landvolkverband ernst genommen, denn sie haben festgestellt, daß in der Notgemeinschaft überwiegend größere Betriebe organisiert sind.
Dem besser verdienenden fällt es leichter, eine klare Stellungnahme abzugeben und zu demonstrieren, sie brauchen keine Angst vor finanziellen Nachteilen durch ihre Aktivitäten zu haben. Das Landvolk hat bei der Verteilung von Geldern eine ganz schöne Macht, denn es muß bei Kreditanträgen eine Stellungnahme abgeben. Dabei können Betriebe von aktiven Bauern benachteiligt werden. Es sind auch schon persönliche Worte gefallen, da haben Berater gesagt, sie (die Bauern) sollten sich doch etwas zurückhalten.

A: Welche Bedeutung hat die Kreistagsentscheidung für euren weiteren Widerstand?

Z: Die Kreistagsentscheidung war für uns ein Schlag ins Gesicht, aber sie ist uns auch ein Ansporn, weitermachen. In dieser Gegend hat sich das ganz deutlich gezeigt, es sind schon Leute gekommen, die eine BI gründen wollen. Viele, die vorher CDU gewählt haben, sagten, beim nächsten Mal wählen wir grün.
Wir wollen zunächst versuchen, durch persönliche Gespräche mit dem Abgeordneten auf die Entscheidungen, die im Samtgemeinderat und in der Gemeinde Karwitz fallen werden, Einfluß zu nehmen. Wir müssen auch zusehen, daß wir auf die Wahl am 6. März Einfluß nehmen und deutlich machen, daß die CDU die WAA hier im Alleingang durchziehen will. Es ist noch offen, ob wir vorher eine größere Trecker-Demonstration im Kreis organisieren, oder später nach Hannover fahren, wenn sich die Gemeinden gegen eine WAA entscheiden und Albrecht das aber trotzdem durchsetzen will.

A: Welche Auswirkungen haben die zurückliegenden Bauernprozesse und die nachfolgenden Schadenersatzforderungen auf euren weiteren Widerstand?

Z: Am Anfang war die Angst groß, nach den Schadenersatzforderungen. Viele sagten auch "jetzt erst recht", weil wir uns gewaltfrei verhalten haben. Es ist unsere Aufgabe, durch die Prozesse deutlich zu machen, daß die Gewalt von der anderen Seite ausgeht. Dadurch sind wir auch bereit, vor Gericht zu gehen.

A: War das jetzt eine Vorwegnahme in Hinblick auf zukünftige Aktionen? Könnt ihr euch ähnliche Aktionen wie die Blockade im Mai 1979 vor der Albrecht-Entscheidung vorstellen?

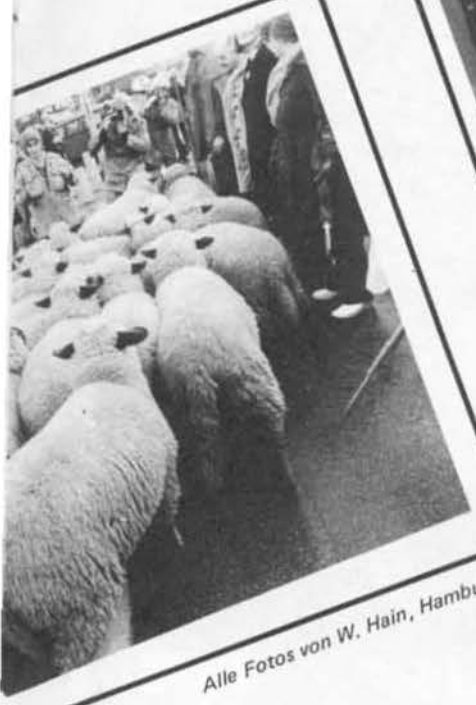
Z: So etwas werden wir uns wieder überlegen, weil es uns jetzt an die Existenz geht. Wir haben nicht mehr viel zu verlieren.

A: Wie ist das Verhältnis der im Widerstand aktiven Bauern zu auswärtigen AKW-Gegnern?

Z: Aufgrund der großen räumlichen Entfernung ist es schwierig, mit Auswärtigen ein gemeinsames Konzept zu entwickeln. Bisher sind wir davon ausgegangen, daß wir als Bevölkerung eine stärkere Auswirkung auf die Leute haben, die Entscheidungen treffen. Wir müssen das jetzt neu überdenken. Für uns ist es aber auch wichtig, daß die Meinung der Bevölkerung gesehen wird. Nach größeren Aktionen kann leicht gesagt werden, daß doch nur Auswärtige da waren und die Bevölkerung eigentlich gar nicht dagegen sei. Aktionen außerhalb des Landkreises können nur mit Auswärtigen, vielleicht auch in Verbindung mit der Friedensbewegung, laufen.

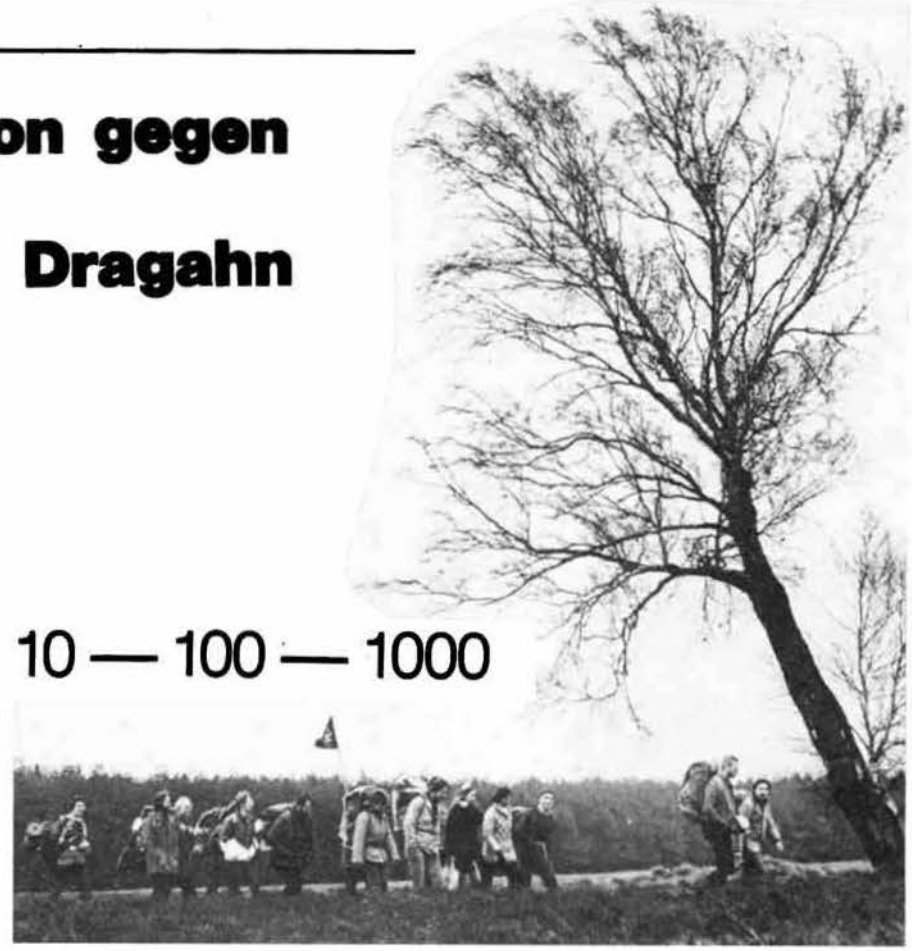
29. Januar 1983:

5000 Betroffene in Hannover



Alle Fotos von W. Hain, Hamburg

Hannover-Aktion gegen Dragahn



Mit einem Fußmarsch von 10 Lüchow- Dannenbergern, denen eine Woche später 100 weitere aus der Region folgten, begann der Prötestmarsch von fünf mal 1000 Betroffenen nach Hannover.

Unter dem Motto „Keine WAA in Dragahn" demonstrierten am 29. 1.1983 ca. 4.000 Atomkraftgegner aus den am direktesten betroffenen Regionen Lüchow-Dannenberg, Uelzen und Lüneburg in Hannover. Unter der Begrüßung von einigen Hundert Atomkraftgegnern aus Hannover und Bremen zog der langgestreckte, phantasievoll gestaltete Zug durch die Straßen. Angeführt von 10 Traktoren (stellvertretend für 100/1.000) folgten Schafe, Pferde, Kaninchen, Gänse und Kühe. Mitgeführte Holzkreuze wurden als Mahnung in eine Wiese nahe des Landtages eingehauen.Ortsschilder zeiten auf, aus welchen Gebieten sich, übrigens auch auffallend viel ältere Menschen beteiligten.

Bei der anschließenden Kundgebung sprachen u. a.:

Pastor Maierhofer aus Hitzacker.

Er stellte sich als einer der Pastoren, die Albrecht unverantwortlichen Umgang mit der Wahrheit vorgeworfen haben, nachdrücklich hinter diese Erklärung und hinter den Widerstand. Er verglich den Einzug der DWK in den Landkreis mit der Machtergreifung vor 50 Jahren. **„Wie werden unsere Nachfahren wohl darüber denken."**

Barbara Zoch (Uelzen)

Sie ermutigte in ihrer Rede, sich nicht durch den Vorwurf der Gewalttätigkeit einschüchtern zu lassen, sondern weiterhin gegen den atomaren Wahnsinn zu kämpfen.

Martin Mombaur (als Grüner im niedersächsischen Landtag)

Er sprach über die Ansicht des Landtages zur Gewalt: *„Wer sich hier vors Mikrofon stellt, übt Gewalt aus. Wer sich an eindeutig gewaltfreien Aktionen beteiligt, übt Gewalt aus.*

K.D. Grill habe behauptet das alle

Außerdem erinnerte Mombaur noch einmal daran, das Albrecht die Befürwortung des Zwischenlagers durch die Kommunalpolitiker mit dem Nein zur WAA erkauft habe - und das heute nicht mehr wahrhaben will: **„Früher hätte sich jemand erschossen , wenn er so unehrlich gewesen wäre!"**

Er schloß mit der Aufforderung, daß noch mehr Menschen mit noch größeren Aktionen auch eine Chance hätte, etwas zu verhindern.

Heinz Kuhlo, Landwirt u. Mitgl. Bäuerliche Notgemeinschaft

Er will seinen Kindern die eigenen schmerzlichen Erfahrungen der Nachkriegszeit ersparen: Er mußte sich eine neue Existenz aufbauen und sieht sie heute wieder bedroht. Er verglich den Widerstand der während der Nazi-Zeit tödlich war mit dem, der heute möglich ist, aber kriminalisiert wird, wobei ein Zwischenruf bei der Kreistagssitzung schon als Gewalt bezeichnet wird. In seinen Schlußworten forderte er alle Teilnehmer auf:„ **Bleibt gute Christen - aber wählt nicht mehr christlich."**

Aus Anlaß der jüngsten Ereignisse (Standortbenennung für eine WAA Dragahn und beschlossene Standortprüfung wollen wir noch einmal auf den Zusammenhang zwischen der zivilen und der militärischen Nutzung der Atomenergie eingehen.

Die Nutzung der Atomenergie ist die erste Energie Technologie, die zunächst für militärische Zwecke entwickelt und erst nachträglich für zivile Zwecke eingesetzt wurde. Die Technik der Wiederaufarbeitung wurde 1944 von den

Amerikanern in Zusammenhang mit dem Manhatten–Projekt entwickelt. Dieses Projekt diente der Entwicklung der ersten Atombomben, die 1945 über Nagasaki und Hiroshima abgeworfen wurden. Die Nagasaki Bombe war eine Plutonium Bombe, zu deren Herstellung zunächst ein Atomreaktor erforderlich war, in dem aus Uran 238 Plutonium erzeugt wurde. Durch ein chemisches Verfahren, die Wiederaufarbeitung, mußte das Plutonium abgetrennt werden. Atomreaktoren und Wiederaufarbeitungsanlagen sind auch die wichtigsten Teile der zivilen Atomtechnologie. Das durch die Wiederaufarbeitung gewonnene Plutonium ist ohne Veränderung direkt zur Herstellung von Atomwaffen geeignet. Für „effektive" Atombomben benötigen die Waffenkonstrukteure allerdings Plutonium, das einen höheren Anteil an Plutonium 239 enthält. In den Waffenlaboratorien von Los Almos und Livermoore wurde eine Lasertechnologie entwickelt, mit deren Hilfe das Plutonium zur Waffenfähigkeit angereichert werden kann, indem man unerwünschte Pu–Isotope (z.B. Pu 240 und Pu 242) entfernt. Bei einer Anhörung vor dem Militärausschuß in den USA bezeugte der Leiter des Laser–Isotopen–Syperations (LIS) Programms von Livermoore, Dr. Emmet, das der LIS Prozeß benutzt werden könnte, um Plutonium von kommerziellen Reaktoren zur Waffenfähigkeit anzureichern.

In der Erklärung des amerikanischen Energieministers Dr. Edwards vom 3.9. 1981 vor dem Energieforschungs–Beratungsgremium seines Hauses wurde noch einmal der Zusammenhang zwischen der zivilen und militärische Nutzung deutlich. *„ Es gibt einige Vorteile der Wiederaufarbeitung. Einer davon ist z.B., daß wir anfangen, etwas mehr Plutonium für unser Waffenprogramm zu benötigen und der beste Weg, den ich sehe, dieses Plutonium zu bekommen, ist es, Ihr Atommüllproblem zu lösen. Wiederaufarbeitetden Müll, zieht das Plutonium heraus und reichert es noch an. Viele von Ihnen wissen mehr davon als ich, aber soweit ich es verstehe, müssen wir das Plutonium auf Waffenqualität anreichern. Es hat in meinen Augen keinen Sinn, daß man, wenn Sie knapp an Plutonium sind, einige Brennstäbe aufarbeitet und das Uran herausnimmt, um es in Leichtwasserreaktoren zu verwenden und damit diese Technologie bestätigen und auf diesem Gebiet vorwärts kommen und wir würden die die Probleme auf einmal lösen. Es hat in meinen Augen einfach eine Menge Sinn auf diesem Weg fortzuschreiten."* (1)

Es wird oft eingewendet, daß es einfachere Wege für einen Staat gäbe, Atombomben herzustellen. Das ist sicher richtig, aber der Weg über das zivile Atomprogramm ist der politisch einfachste Weg. Mit seiner Hilfe kann ein Staat ganz knapp an den Punkt herankommen eigene Atomwaffen zu besitzen, ohne irgendwelche Tätigkeiten geheimhalten zu müssen. Jeder Staat, der Atomreaktoren und eine „zivile" WAA besitzt, kann völlig legal viele Tonnen Plutonium, genug für einige hundert Bomben, sammeln. Es muß weiterhin berücksichtigt werden, daß ein Staat, der eine WAA besitzt, trotz aller Kontrolle durch die Internationale Atomenergiebehörde während des Betriebes der Anlage unbemerkt Plutonium abzweigen kann und auf diesem Weg sogar in den Besitz einer geringen Zahl von Bomben kommen kann.

Das Plutonium kann aber nicht nur von Staaten „abgezweigt" werden, sondern auch von Einzelpersonen. Amory Lovins (Physiker, Berater mehrerer internationaler Organisationen, London) erklärte während des Gorleben–Hearings im März 1979 in Hannover:
„ ... daß die mißbräuchliche Verwendung von nuklearen Material und die Konsequenzen der Versuche, dies zu verhindern, zu den gefährlichsten Risiken des Gorlebenprojektes gehören."
Er erläuterte weiter *„Das Hauptproblem ist, daß unabhängig von jedweder technischen Sicherungsmaßnahme die Menge Plutonium klein ist, die man zum Bau einer Atombombe braucht. Eine Bombe mit der Sprengkraft etwa der Nagasaki–Bombe könnte aus einigen wenigen Kilogramm Plutonium Metall – in einem Stück in der Größe eines Tennisballs – hergestellt werden ... Selbst eine nicht sehr wirksame Kernexplosion könnte großen physischen und politischen Schaden anrichten und vielen Menschen das Leben kosten – besonders dann, wenn sie innerhalb der Gorlebenanlage selbst gezündet würde."*(2)

Im Hinblick auf diesen, oft vergessenen, Aspekt der „zivilen" Nutzung der Atomenergie ist es lebenswichtig, die Pläne der Atomindustrie zu verhindern.

(1) zit. nach Atommüll– Bomben, IFEU–Bericht Nr. 19, 1982, S. 105 f.
(2) Hatzfeld, Hirsch, Kollert (Hrsg.), Der Gorleben Report, Ffm. 1979, S. 99 ff.

siehe auch Atommüllzeitung Nr. 19

Radioaktive Emissionen aus einer militärischen WAA

Die Savannah River Plant (SRP) liegt am Fluß Savannah im US–Bundesstaat Süd–Carolina, an der Grenze zu Georgia. Der atomare Komplex mit dem harmlos klingenden Namen ist seit fast 30 Jahren eine der Schlüsselanlagen für die amerikanische Atomwaffenproduktion: seit1954 produziert hier der Konzern E.I. du Pont Nemours and Company im Auftrag des Energieminsiteriums DOE (1) Plutonium, Tritium und andere radioaktive Isotope für das „nationale Verteidigungsprogramm". Die in SRP produzierten Materialien werden zu anderen DOE–Anlagen in den USA transportiert und dort mit anderen Komponenten zu Einheiten zusammengefaßt, die dann schließlich in der Waffenfertigungsfabrik Plantex Plant (ca. 40 km nördlich von Amarillo/Texas) zu atomaren Sprengköpfen zusammengebaut werden.

Vor der Errichtung von SRP wurden ab 1950 rund 6.000 Menschen umgesiedelt, ganze Dörfer verschwanden im „Interesse des nationalen Wohlergehens" von der Landkarte. Das ca. 800 qkm (!) große Betriebsgelände des integrierten nuklearen Komplexes umfaßt u.a. 5 Schwerwassergekühlte und –moderierte Reaktoren, von denen 2 z.Zt. nicht in Betrieb sind; 2 „chemische Trennungsanlagen", d.h. WAAs, in denen hauptsächlich das Bombenplutonium gewonnen wird; Dutzende von Stahltanks mit je 4 – 5 Millionen Litern hochradioaktivem flüssigen Abfall.

Bis in die Mitte der 70er Jahre wurden die regelmäßigen Berichte der Betreiber geheimgehalten; die jetzt teilweise freigegebenen Veröffentlichungen (einige Daten sind immer noch aus „Sicherheitsgründen" geheim) zeigen, daß die Bevölkerung in der Umgebung von SRP über lange Zeiträume hinweg durch radioaktive Abgaben aus der Fabrik belastet worden ist (2). Das soll im Folgenden an zwei Beispielen aufgezeigt werden.

Erst seit den frühen 70er Jahren wurden Unfälle, die eine radioaktive Kontamination der Umgebung verursachten, über die Medien bekanntgegeben. So hatten z.B. 1961 die Menschen in den Dörfern und Städten rund um SRP keine Kenntnis von einem sog. „Störfall", bei dem innerhalb von 5 Tagen 153 Curie Jod 131 aus einer WAA abgegeben wurden (das ist das 11fache der Jodmenge, die beim Unfall in Harrisburg 1979 frei wurde). Jod 131 mit einer Halbwertszeit von 8 Tagen gelangt hauptsächlich über den Weide–Kuh–Milch–Pfad zum Menschen und wird dort wie „normales Jod" gespeichert. Neben Krebs kann es in großem Ausmaß Unterfunktionen der Schilddrüse verursachen, die besonders bei Säuglingen und Kleinkindern zu verzögertem Wachstum und geistiger Unterentwicklung führen können. Angebliche Ursache des Unfalls war das „unbeabsichtigte" Auflösen von Brennelementen mit kurzer Kühlzeit. Die Milch von Kühen der Umgebung enthielt daraufhin durchschnittlich 888 pico–Curie

pro Liter, die maximale Konzentration betrug 5.450 pCi/l. (Um diese horrenden Werte einordnen zu können, ein Vergleich: 1976 war die durchschnittliche Jod–131–Konzentration der Milch geringer als 1,5 pCi/l.) Kinder, die diese verseuchte Milch tranken, erhielten – nach den Berechnungen der angestellten Wissenschaftler – eine Schilddrüsendosis von 1.260 mrem. (Die deutsche Strahlenschutzverordnung schreibt einen Grenzwert von 90 mrem/Jahr vor.)

Aber – so wurde immer wieder mit Befriedigung versichert – die Grenzwerte sind eingehalten worden. Wie absurd und nur den Interessen der Betreiber dienend diese Grenzwerte sind, läßt sich hier besonders gut zeigen: trotz der riesigen Mengen freigesetzten Jods 131 und trotz der – wie immer betont wurde – extrem ungünstigen meteorologischen Bedingungen blieb die Konzentration an Jod 131 in der Luft um den Faktor 100 unter dem für chronische (!) Exposition der Bevölkerung außerhalb von atomaren Anlagen festgesetzten Grenzwertes; dieser basiert auf einer Empfehlung der ICRP. Wäre dieser Grenzwert erreicht worden, so hätte die Schilddrüsendosis für Kinder bis zu 120 rem betragen können. Wie gesagt: weder wurde der Verkauf der Milch verboten noch die Bevölkerung gewarnt, diese zu trinken. In den fünfziger Jahren waren übrigens die „Routineabgaben" von radioaktivem Jod noch sehr viel höher: 1957 wurden 292 Curie, 1956 sogar 1.576 Curie abgegeben. Angaben über die Konzentration in Milch liegen nicht vor.

Plutonium 239 mit einer Halbwertszeit von 24.000 Jahren ist einer der giftigsten Stoffe, die man heute kennt. Allein aus den Schornsteinen der WAAs wurden von 1955 bis 1979 mindestens 3 Curie dieses krebsauslösenden alpha–Strahlers abgegeben (die Werte sind nicht gemessen, sondern von den Betreibern berechnet).

Wegen der großen Radiotoxizität begannen die Wissenschaftler vom Savannah River Labor in den frühen 70er Jahren mit der Untersuchung des Verhaltens und der Verteilung von Plutonium in bodenbezogenen Ökosystemen. Das Ergebnis war eindeutig: der Gehalt an Plutonium in Luft, Erdboden, Pflanzen und Tieren sinkt mit zunehmender Entfernung von der Anlage. Die höchste Konzentration im Erdboden innerhalb des Betriebsgeländes betrug 163,8 femto–Curie pro Gramm Boden; in 40 km Abstand vom Zentrum der Anlage wurden immer noch 1,3 bis 8,6 fCi/g gemessen.

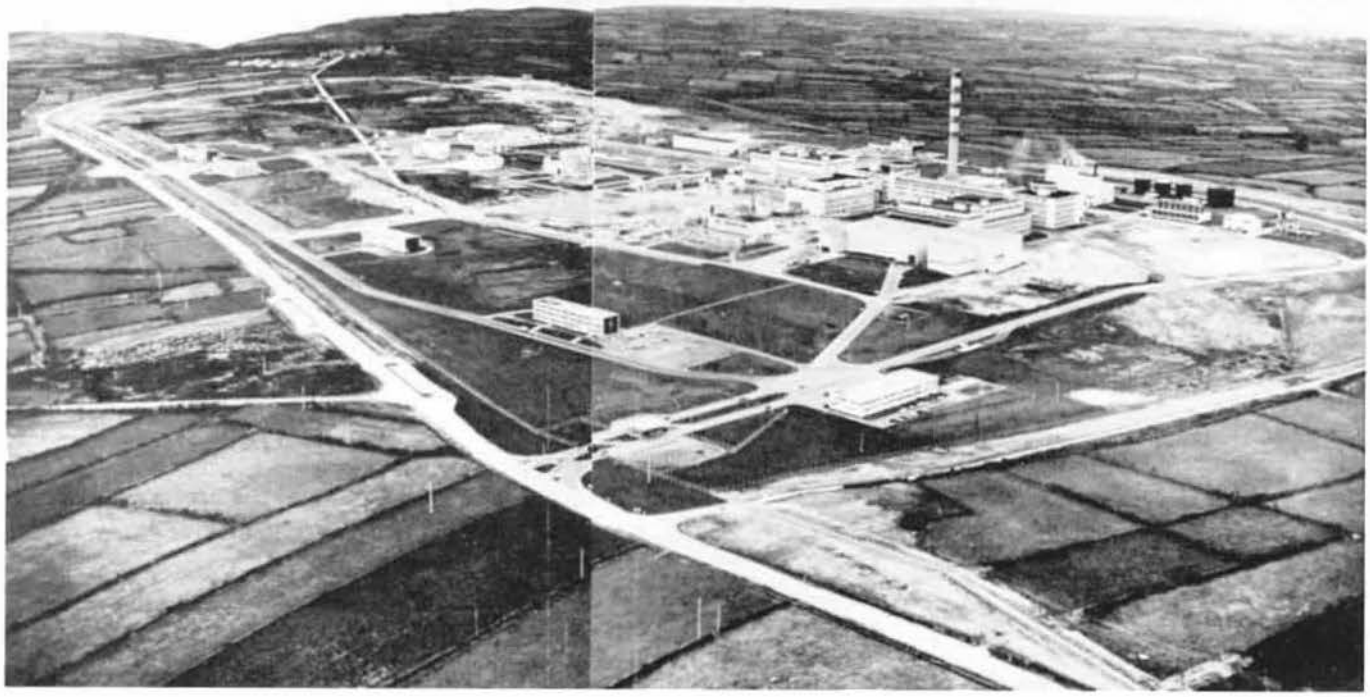
Aufschlußreiche Ergebnisse über das Ausmaß der Verseuchung lieferten auch Untersuchungen über das sog. „resuspendierbare Material", d.h. Stoffe, die auf der Erdoberfläche liegen und – z.B. durch Wind – wieder aufgewirbelt und erneut in der Luft verteilt werden können. Die Konzentrationen betrugen 0,3 bis 23,8 fCi/g. In der Nähe der Stadt Augusta mit 200.000 Einwohnern z.B. war die Konzentration 9,2 fCi/g, d.h. 31 mal so hoch wie der niedrigste gemessene Wert (der sicherlich keinen „Hintergrund–Wert" darstellt; in unkontaminierten Bereichen dürfte die Konzentration noch geringer sein.). Nach Berechnungen von C.J. Johnson sind ungefähr 2.500 qkm Land mit Plutonium aus SRP verseucht (ohne die 800 qkm des Betriebsgeländes). Diese Mengen an Plutonium in solch großer Entfernung von der Fabrik lassen ausserdem vermuten, daß noch viele andere Radionuklide – sei es in feiner Partikelform oder als Gas – mit den Abgaswolken aus den Schornsteinen von SRP weit über das Land verbreitet worden sind. Der Nachweis, daß sie aus SRP stammen, dürfte allerdings in den meisten Fällen schwierig bis unmöglich sein, da zum einen die USA übersät sind mit atomaren Anlagen jeglicher Art, und zum anderen viele Nuklide aus dem radioaktiven Fallout der (bis 1963) oberirdischen Atombombentests stammen.

Obwohl es prinzipielle Unterschiede zwischen der Wiederaufarbeitung von militärischem Brennstoff und solchem aus Reaktoren zur Stromproduktion gibt, belegen die Daten über radioaktive Abgaben aus SRP und die Ergebnisse von Umgebungsuntersuchungen die mit der Wiederaufarbeitung verbundnenen Risiken und Gefahren für die Menschen.

Ulrike Dettmer,
Gruppe Ökologie Hannover

(1) Das Department of Energy ist die Nachfolgeorganisation der Atomic Energy Commission AEC und der Energy Research and Development Administration ERDA. Über die Rolle von AEC, ERDA und DOE bei der historischen Entwicklung der Kernenergienutzung sowie über den militärischen Nuklearkomplex in den USA s. G. Sauer: Internationale Erfahrungen mit der Wiederaufarbeitung von Kernnbrennstoffen; in : Bericht Wiederaufarbeitung Band 1, Marburg 1982, S. 82 ff.

(2) Im Auftrag einer amerikanischen Umweltorganisation haben U. Dettmer von der Gruppe Ökologie, Hannover und B. Franke vom IFEU, Heidelberg, eine Studie über radioaktive Emmissionen aus der SRP erstellt. Titel: Analysis of radiological monitoring in the vicinity of the Savannah River Plant 1955 – 1979. Der Bericht soll im Frühsommer dieses Jahres, überarbeitet und auf Probleme der WAA in SRP konzentriert, von der GÖK herausgegeben werden.



La situation actuelle —

Alltag in La Hague

Die Gegend um La Haque wird in immer stärkerem Ausmaß zu einer nuklearen Industriewüste. Die Verdoppelung der Fabrikanlagen für Eingangslager und Wiederaufarbeitung machen das Cap zur größten Baustelle Europas. Das Gebiet hat kaum noch wohnliche Qualität. Zusammenhängende Regionen werden durch immer neue Landkäufe auseinandergerissen. Arbeitsmöglichkeiten für Landwirte und Fischer schrumpfen, immer mehr verlassen die Gegend. Ihre Produkte lassen sich durch die Strahlenbelastung nicht mehr verkaufen.

Die Betreiberin der WAA La Haque, COGEMA, hat die Preise dermaßen in die Höhe getrieben, daß sich kein Bauer mehr zusammenhängende Ländereien leisten kann. Darüberhinaus ist die Gegend so verkehrsreich geworden, daß für die wichtigsten Straßen ein Fahrverbot für Traktoren verhängt wurde: Atomindustrie hat Vorfahrt, ist ja auch viel wichtiger fürs Leben. Das Weidegebiet für Schafe und Kühe wird durch Straßen zerschnitten, so daß Tunnel und Brücken für die Herden gebaut werden mußten. Letzte Verkehrszählungen erbrachten für die Wochentage einen Schnitt von 2.100 Fahrzeugen pro Stunde, davon alle 2 Minuten ein Laster!

Nicht nur nördlich von Cherbourg breitet sich die Atomindustrie aus: der Verladebahnhof für Brennelemente, die per Schiff, auf Straße oder Schiene angeliefert werden, „La Saline", ist zu klein geworden. Seit dem Sommer ist eine neue Umladestelle bei Valogne eingerichtet worden, 20 km südlich von Cherbourg, auf einem Gelände, das zehnmal größer ist! Was geschieht nun mit dem alten Bahnhof? Ein Zaun wurde drumherum gezogen, ein Wächer hingesetzt. Totes Gelände. Alle Versuche einer „Resozialisierung" schlugen fehl. Die Stadt Cherbourg, die frühere Eigentümerin, wollte den Boden zurückkaufen, um ein Freizeitgelände darauf zu errichten – als Ergänzung zu dem naheliegenden Campingplatz und als Bereicherung für die direkt anwohnende Bevölkerung. Als Sicherheitsmaßnahme wollte die Stadt das gesamte Erdreich drei Meter tief abtragen lassen, es war ja bekannt, daß bei den Naßtransporten so mancher Liter radioaktiv verseuchten Wassers dort niedergegangen war. Wenn COGEMA auch an dem Verladebetrieb nichts Gefährliches für die Anwohner gefunden hatte, die Genehmigung für Rückkauf und Freizeitgelände, wollte sie doch nicht erteilen, Und nicht einmal der Antrag eines Holzbetriebes, der dort seine Lagerbestände an Holz unterbringen wollte, wurde genehmigt: Regenspritzwasser könnte das Holz nachhaltig verseuchen ... Der Bürgermeister des Örtchens wurde aufmerksam und ließ die Umgebung im 200 Meter Umkreis (Wohnhäuser, Gärten, öffentliche Fußwege und Straßen) untersuchen: es wurde derselbe Verseuchungsgrad wie auf dem Gelände festgestellt. Was geschieht nun? Nichts!

Die Sicherheits- und Unfallschutzpolitik der Betreiber läuft trotz aller Erfahrungen nach wie vor nach dem Motto „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß". Nach einem der größeren Unfälle in der letzten Zeit, der radioaktive Teilchen bis nach Cherbourg wehte, wurde die Entseuchung nachts vorgenommen. Mit Feuerwehrschläuchen wurde der Parkplatz von einem Supermarkt abge-

spritzt – das Wasser lief natürlich in die Kanalisation – ein sicherers Entsorgungsprinzip! **15 der dort geparkten Wagen wurden aus dem Verkehr gezogen und als mittelaktiver Müll eingestampft.** Ein Wohnhaus in Digueville wurde mit neuen Teppichen, Gardinen usw. ausgestattet, die alten waren verseucht und mussten verbrannt werden. Niemand weiß, was aus dem Anstreicher geworden ist, der beim Brand an einem unterirdischen Lagerraum im Januar 1981 direkt am Unfallort arbeitete und eine solche Überdosis erhielt, daß er sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. **Er wurde nach Paris verlegt, seine Angehörigen zogen nach.** Nur ein Bruder blieb wohnen. Aber seit er plötzlich einen neuen Wagen fuhr, gibt er keinerlei Auskünfte mehr von sich ...

Und wie sieht es mit der Gesundheit generell aus? Es ist eine Zunahme von Schilddrüsenkrankheiten zu verzeichnen, die durch den zu hohen Jodgehalt in der Umwelt hervorgerufen wird. Die bei Erwachsenen auftretenden Dysfunktionen werden, wenn sie Kinder bekommen, weitergegeben. Auch die Lungenkrebsquote steigt. Der Nachweis, daß der Betrieb der WAA diesen Anstieg verursacht, ist jedoch, wie überall, nur schwer zu führen. Zwar hat die dortige BI bislang pro Jahr einmal einen Karton voll verschiedenster Produkte, Pflanzen, Moose, Gemüse, Obst, Fisch, Fleisch, Erde, Wasser usw. unter der Hand in einem Pariser Labor untersuchen lassen und die Ergebnisse waren, wie ihnen mitgeteilt wurde, eindeutig – aber eben inoffiziell. Für Mutationen und Totgeburten beim Vieh gilt Ähnliches. Überall gibt es eine bestimmte Rate von fünffüßigen oder doppelköpfigen Lämmern und Kälbern, aber um La Haque ist sie etwas höher als anderswo. Totgeburten nehmen vor allem bei Kälbern zu, die beiden Tierärzte der Region sehen da schon einen direkten Zusammenhang, aber es gibt keine im geforderten Maßstab seriösen Untersuchungen, die den Sachverhalt belegen könnten.

Die direkt unter der Fabrik liegende Grundwasserader ist zwar angeblich noch nicht verseucht. Aber eine lebenswerte Gegend ist das Cap de La Haque gewiß nicht mehr.

Und dennoch ist bei all der Resignation auch der Widerstand nicht unterzukriegen. Die internationalen Kontakte sind im örtlichen Komitee ausgeprägter und auch notwendiger als (bislang)anderswo. Der Zusammenhalt und das Prinzip der Gleichwertigkeit der Gruppenmitglieder ebenso. Jeder hat unterschiedliche Fähigkeiten aber alle kommen grundsätzlich für alle Aufgaben, jede Aktion in Frage: jede/r trägt auf seine/ihre Weise dazu bei. Immer wieder schaffen sie es, Ort und Zeit der Transporte herauszubekommen, unbemerkt auf die Verladekräne zu gelangen oder sich auf die Schienen zu setzen.

Aber die Gangart der Staatsgewalt wird auch hier härter. Jüngstes Beispiel: die Kranbesetzung am 5. Januar mit anschließend geplanter Verladeblockade einer neuen Lieferung japanischen Atommülls zusammen mit Greenpeace. Was geschah? Das Greenpeaceschiff Sirius wurde mit Trängengas bombadiert und von Marinebooten eingekeilt. Die Funkgeräte beschlagnahmt, dadurch waren die Besatzungsmitglieder während der Aktion 24 Stunden ohne Kommunikationsmöglichkeiten mit der Außenwelt festgesetzt. Ein Greenpeacer wurde vorübergehend festgenommen und eineinhalb Stunden lang durch die Polizei ausgehorcht. Ihm droht eine Haftstrafe von bis zu 6 Monaten, ersatzweise bis zu 8.000 FF Bußgeld wegen Verstoßes gegen das Seerecht. Solidaritätsaktionen in Dänemark wurden im Keim erstickt: eine Sitzblockade vor der französischen Botschaft mitten im Zentrum von Kopenhagen wurde nach 15 Minuten durch eine 75–Mann starke Antiterroreinheit der Polizei beseitigt, 7 Greenpeacer wurden verhaftet. Das Sonderkommando wurde von den offenbar sehr verängstigten Botschaftsangestellten angefordert. Eine Aktion im britischen Ausweichhafen für Cherbourg, Barrow, verlief erfolgreich. Ein kleiner Trupp erklomm den Glockenturm des Rathauses und ließ dort, weithin sichtbar, die Regenbogenfahne von Greenpeace wehen.

Wer immer sich jedoch in der Lage sieht, seinen Protest gegen die Ausweitung der Anlagen in La Haque zu Papier zu bringen – denn schließlich geht es ja auch um unsere eigenen, bundesdeutschen Scheinlösungen in Sachen Entsorgung und Wiederaufarbeitung – möge dies tun. Die Briefe sollten gerichtet werden an den Admiral de Pre'fecture, F 50100 Cherbourg

Irene Heitmann,

La Hague Komitee Hamburg

Hinweis

In Kürze erscheint eine vom örtlichen Widerstandskomitee CCPAH verfaßte und von hamburger Französischlehrern übersetzte

La Hague Broschüre

Sie ist zu beziehen über: Freunde der Erde, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

WAA in Salzgitter ?

Salzgitter – Ausweichstandort für Dragahn

Schon lange bevor die WAA in Dragahn in die öffentliche Diskussion gebracht wurde, bemühte sich die DWK um Ausweichstandorte in Niedersachsen. Salzgitter kristallisiert sich dabei aus zwei - erlei Gründen heraus: Sollte eine WAA im Wendland wieder einmal aus politischen Gründen nicht durchsetzbar sein, bietet Salzgitter für ein integriertes Entsorgungszentrum noch immer die beste Alternative. In unmittelbarer Nähe soll das größte Atommüllendlager Westeuropas für leicht–und mittelaktiven Müll entstehen, in rund 15 km Entfernung liegt das Bergwerk Asse 2, in dem ab 1986 hochaktiver Müll eingelagert wird. Zum Zweiten verspricht sich die nieders. Landesregierung, wie Frau Breuel (Wirtschaftsministerin) erklärte, von einer industrialisierten und an Umweltverschmutzung gewöhnten Gegend weniger Widerstand aus der betroffenen Bevölkerung.

Daß es sich hierbei nicht mehr um reine Planspiele handelt, machen folgende Beispiele deutlich:
Schon im August 1982 führten ein CDU–Landtagsabgeordneter aus Salzgitter und der Wirtschaftsdezernent der Stadt mit der DWK ein Gespräch über eine Wiederaufarbeitungsanlage in Salzgitter. Ein ca. 120 ha großes Gelände, als Industriegebiet ausgeschrieben, ist schon vorhanden. Mittlerweile liest man /frau in der Lokalzeitung, daß sich die CDU–Ratsfraktion intensiv mit der Problematik auseinandersetzt. Und das höchste DGB–Gremium in Salzgitter traf sich am 20/21.1. zu einer zweitägigen Besprechung, einziges Thema: WAA. Eingeladen dazu war ein Vertreter des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) und der Gruppe Ökologie Hannover (GÖK). Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautete, war die Zielrichtung von vornherein klar. Der DGB sollte sich zwar objektiv informieren, dabei aber nicht die 2.000 Arbeitsplätze vergessen, die durch eine solche Anlage geschaffen würden. Termingerecht zwei Wochen vor der Tagung leitete der für den Kreis zuständige CDU–Bundestagsabgeordnete Sauer eine regelrechte Kampagne zur Problematik Arbeitslosigkeit in Salzgitter ein. Es folgten in der CDU–hörigen „Salzgitter Zeitung" täglich Artikel zu diesem Thema. Grundtenor: In der ohnehin schon von überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Stadt werde die sich weiter verbreitende Stahlkrise eine Katastrophe herbeiführen, wenn sich nicht schnellstens um technologisch zukunftsweisende Industrieansiedlung, genannt wurde die WAA, bemüht werde.

Matthias Findeisen, Ak gegen Atomenergie Salzgitter

Atomtransporte

Seit der Inbetriebnahme von Atomkraftwerken werden in größerem Umfang radioaktive Materialien über Land und Wasser transportiert. Bislang haben sich Wissenschaftler im Rahmen der Debatte um die Atomenergie hauptsächlich mit dem Problem der Reaktorsicherheit und der Entsorgung befaßt – kaum aber mit den Risiken der Atomtransporte.

Über fast jede Straße, jeden Flughafen, jeden Wasserweg und jedes Bahngleis kann die atomare Fracht befördert werden. Und deshalb können wir diesen Transporten zu jeder Zeit und an fast jedem Ort begegnen. Die Gruppe Ökologie und Greenpeace (Deutschland) geben eine Studie über dieses Thema heraus. Diese Studie ist im Januar 1983 mit dem Titel **Atomtransporte** in Buchform erschienen.

Jürgen Stellpflug und Jost Kremmler haben sich in dieser Studie in erster Linie mit den radioaktiven Stoffen Uranhexafluorid, Plutonium und abgebrannter Kernbrennstoff und ihrer besonderen Gefährlichkeit beim Transport beschäftigt. Besonders ausführlich wird auf das Unfallrisiko beim Transport abgebrannten Kernbrennstoffs eingegangen.

Wenn jeder bedenkt, daß Diebstahl und Sabotage weitere Transportrisiken beinhalten und Uran und Plutonium im Hinblick auf Atombombenbau sehr interessant sein können, ist diese Studie eine Bereicherung zur Diskussion über die Nuzung der Atomenergie in der BRD und anderswo.

Das Buch hat 109 Seiten und kostet 7,80 DM + 1,50 DM Porto und Verpackung. Für Wiederverkäufer beträgt der Preis pro Exemplar bei Abnahme ab 10 Stück 5,– DM zuzüglich Porto. Bestellungen per Postkarte und Vorauszahlung auf das Postscheckkonto 624 33 – 301 beim Postscheckamt Hannover (BLZ 250 100 30) an die Gruppe Ökologie (GÖK).

Gorleben/Dragahn-Hearing in Hannover
25. - 28.3.83

Bei dem Gorleben –Hearing März/April 1979 wurden die Probleme der Wiederaufarbeitung umfassend bilanziert. Die vorgebrachte Kritik war wohlfundiert und unwiderlegbar. Seither blieb die Zeit nicht stehen: Neue Erfahrungen wurden gemacht, und die DWK hat ein neues Anlagenkonzept entwickelt, bei dem nach ihren Aussagen alle Probleme gelöst sind.

Bei näherem Hinsehen scheint dies allerdings mehr als zweifelhaft: Es tauchen viele Fragen auf, z.B.

– Ist ein Transportbehälter-Eingangslager insgesamt tatsächlich soviel sicherer als ein Lagerbecken (1. Hauptrisikostelle im alten Konzept) ?
– Wird die DWK tatsächlich–wie sie es jetzt plant– auf die großen Lagertanks für flüssigen hochaktiven Abfall (2. Hauptrisikostelle im alten Konzept) verzichten und die sofortige Verglasung realisieren können ?
– Hat sich bei der Zwischenlagerung von Plutoniumlösung (3. Hauptrisikostelle im alten Konzept) überhaupt etwas geändert ?
– Wird die Verlängerung der Kühlzeit vor Wiederaufarbeitung von 1 auf 7 Jahre wirklich alle verfahrenstechnischen Probleme lösen ?
– Bringt diese Verlängerung der Kühlzeit nicht auch Nachteile mit sich ?
– Gab es in den letzten 4 Jahren wesentliche Weiterentwicklungen in den vitalen Bereichen Abgasreinigung, Kritikalitätskontrolle, Regelung und Steuerung usw.?
– Können die Betriebserfahrungen seit 1979 in La Hague, Tokai Mura und Karlsruhe als ermutigend bezeichnet werden ?
– Hat die Kostenexplosion im Wiederaufarbeitungssektor mittlerweile aufgehört ?
– Kann man – nachdem 1980 die Giftigkeits–Indizes der wichtigsten langlebigen alpha– Strahler sogar von der betreiberfreundlichen Internationalen Strahlenschutzkommission heraufgesetzt werden mußten – selbst unter für die Betreiber günstigsten Annahmen noch von einem nennenswerten langzeitökologischen Vorteil der Wiederaufarbeitung gegenüber Endlagerung ohne Aufarbeitung sprechen?
– Haben sich die Zusammenhänge zwischen ziviler Wiederaufarbeitung und militärischer Atomtechnologie abgeschwächt oder verstärkt?
– Lassen sich heute noch Argumente für die energiepolitische Notwendigkeit der Wiederaufarbeitung finden ?

Um alle diese und noch viele andere Fragen im Einzelnen zu beantworten, veranstalten „Die Grünen"Niedersachsen, zum 4. Jahrestag des Gorleben–Hearing eine internationale Anhörung zur Entwicklung der Wiederaufarbeitung seit 1979 — das Gorleben /Dragahn Hearing. Die wissenschaftliche Vorbereitung und Durchführung hat die Gruppe ÖkologieHannover übernommen. Das Hearing findet vom 25. bis zum 28. März 1983 in der Universität Hannover statt. Als Experten werden Teilnehmer des Gorleben–Hearing 1979 sowie Wissenschaftler, die zwischenzeitlich wichtige Arbeiten zu den zur Diskussion stehenden Fragen durchgeführt haben, Vorträge halten und an den Diskussionen –für die viel Zeit eingeplant ist – teilnehmen. Auch Vertreter der Befürworterseite werden eingeladen; von diesen liegt allerdings noch keine Antwort vor.

Zugesagt haben bereits Walter Patterson (Amersham, Großbritannien), Gordon Thompson (Cambridge/Mass.,USA), Paul Hofseth (Oslo,Norwegen) und Friedrich Mauthe (Hannover), die bei dem ersten Hearing dabei waren, sowie Vertreter der Naturwissenschaftlergruppe NG-350, Marburg, des Institutes für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg, der Gruppe Ökologie Hannover und andere in letzter Zeit mit dem Thema befaßte ökologisch orientierte Wissenschaftler.

Das Hearing ist offen für jedermann. Selbstverständlich werden auch Ministerpräsident Albbrecht und andere führende Politiker ausdrücklich eingeladen werden, von dieser Möglichkeit ,sich umfassend und gemäß dem neusten Stande zu informieren, Gebrauch zu machen.

Nähere Informationen über das Hearing können bei der Gruppe Ökologie Hannover angefordert werden.

Helmut Hirsch

Zwischenlagerhallen fast fertig

Durch die Nennung von Dragahn als Standort für eine WAA, sind die Tricks und die abenteuerliche Genehmigungspraxis für den Bau des Zwischenlagers aus der Diskussion geraten. Dies darf nicht so bleiben!

Mit dem Zwischenlager will die DWK/BLG ihre erste Bastion zur Atomregion Lüchow-Dannenberg, das Eingangslager für eine WAA errichten. Die Bauarbeiten gehen sehr zügig voran, die Lagerhallen sind fast fertiggestellt. Es wird rund um die Uhr gebaut, obwohl der von der Gemeinde Gorleben aufgestellte Bebauungsplanes überhaupt nicht notwendig war, da das Zwischenlager als "priviligiertes Vorhaben im Außenbereich" (nach § 35 B.BauG.) zu betrachten sei, sie gestehen damit ein, daß von dem Bauvorhaben "nachteilige Wirkung auf die Umgebung ausgeht".

Es ist ein Skandal wie hier Gesetze zurechtgebogen werden, wie vollendete Tatsachen geschaffen werden, obwohl eine sicherheitstechnische Überprüfung durch die atomrechtliche Genehmigungsbehörde, die PTB noch aussteht.

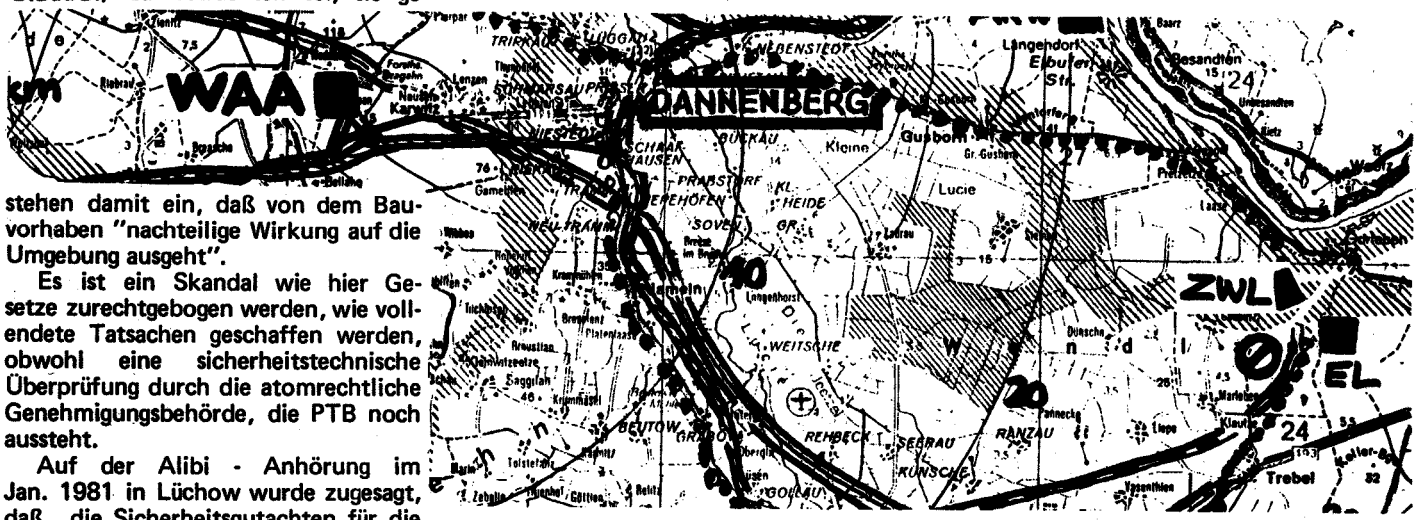
Auf der Alibi - Anhörung im Jan. 1981 in Lüchow wurde zugesagt, daß die Sicherheitsgutachten für die Castor - Behälter, in denen die abgebrannten Brennelemente gelagert werden sollen, bis Mitte 1981 vorliegen werden und für jeden einsehbar sind, seit Ende 1982 liegen die Gutachten nun vor, die PTB hält sie aber noch unter Verschluß. Warum werden die Gutachten nicht wie versprochen öffentlich gemacht? Es gibt da sicher einiges zu verbergen, auch die Verzögerung von 1 1/2 Jahren bei der Erstellung der Gutachten deutet darauf hin, daß hier noch einiges zurechtgebogen werden muß, daß es den Gutachtern sicher schwerfällt stichhaltig zu erläutern daß das unausgereifte Dichtungskonzept der Behälter funktioniert, daß das gesamte Lagerkonzept machbar ist.

Es ist beschämend, wie sich Betreiber und Genehmigungsbehörden über Zusagen und Versprechen hinwegsetzen, und nur daran interessiert sind die gesamten Atommüllanlagen schleunigst hochzuziehen.

DWK - Geheimaussagen von 1977

Vorgetragen von G.Scheuten (DWK - Vorstand) auf der nichtöffentlichen Informationssitzung des Ausschusses für Forschung und Technologie am 25. 5.1977 in Bonn.

„Für uns ist der Bauzeitplan bezüglich des gesamten Entsorgungszentrums weniger wichtig als vor allem die Inbetriebnahme des Lagerbeckens. Sobald wir das Lagerbecken haben, haben wir in zeitlicher Hinsicht genügend Flexibilität, die wir auch nach meiner Auffassung brauchen, um in großer Ruhe und aller Sorgfalt die Wiederaufarbeitungsanlage selbst zu planen, zu bauen, alle Begleitanlagen - auch das Endlager - zu planen und zu bauen, um auch nicht den geringsten Anschein in der Öffentlichkeit zu erwecken, als ob diese Dinge unter Zeitdruck ständen und darunter unter Umständen leiden könnten. Diesen Eindruck muß die Verwaltungsbehörde, muß die Regierung und müssen auch wir, als die wirtschaftlich Interessierten unter allen Umständen vermeiden. Deswegen kommt es nicht so sehr darauf an, wieviel Bauzeit wir für die Wiederaufarbeitungsanlage selbst brauchen; ob das vier, fünf oder sechs Jahre sind, spielt im Grunde genommen keine Rolle. Wichtig ist nur die Inbetriebnahme des Zwischenlagerbeckens. (...)



Dr. Ernst Albrecht
Niedersächsischer Ministerpräsident

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, *(Hannover, den 8.6.79)*

...Wie ich Ihnen am 30. April sagte und im Kernenergierat am 15. Mai79 wiederholt habe, kann eine Baustelle in Gorleben zur Zeit, d.h. solange die überwiegend feindliche Einstellung der Bevölkerung vor Ort und das starke Engagement weiter Bevölkerungskreise in der Bundesrepublik gegen das NEZ gegeben sind, mit vertretbaren polizeilichen Mitteln nicht geschützt werden. (...)

... Hingegen glaubt die Landesregierung, daß zumindest eine gute Chance gegeben ist, die Tiefbohrungen vornehmen zu können, wenn die Wiederaufarbeitungsanlage aus der Planung herausgenommen wird. In der Tat ist es dieser Teil des NEZ, der vor allem die Ängste der Bevölkerung auf sich gezogen hat. Entscheiden für die Richtigkeit dieser Prognose ist allerdings, daß die Bevölkerung uns glaubt, daß das Projekt der Wiederaufarbeitungsanlage nicht weiter verfolgt wird. (...)

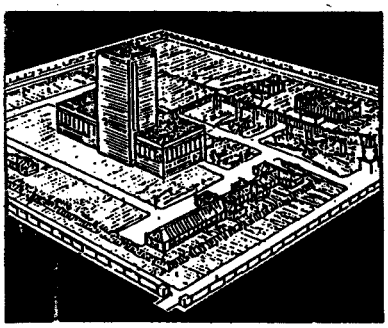
... Ich habe deshalb Vokabeln wie „für den Zeitraum, für den wir zu entscheiden haben", „für diese Generation", „für diese Politiker-Generation" gebraucht, alles Begriffe, die interpretationsfähig sind und über die gesprochen werden kann. Entscheidend ist, daß die Arbeiten zur Vorbereitung eines Endlagers weitergehen, und daß die Entsorgungskoppelung nicht den Betrieb der vorhandenen Kernkraftwerke lahmlegt und den Bau weiterer verhindert. (...)

Mit freundlichen Grüßen
gez. Ernst Albrecht

Heiles Endlager im Salzstock kaputten

Nach Albrechts Entscheidung für den Bau einer WAA in Lüchow-Dannenberg hat sich gezeigt, daß das Überquellen der Landessammelstellen und die gefährdeten Betriebsgenehmigungen für AKWs nicht die einzigsten Gründe waren, warum mit der alleinigen Erkundung des Gorlebener Salzstocks alles auf eine Karte gesetzt wurde.

Für die Betreiber war deshalb von Anfang an klar, der Müll kommt auch in Lüchow-Dannenberg unter die Erde, das Endlager muß geeignet sein. Bis zum Mai '82 hatten die seit '79 durchgeführten 5.300 Flachbohrungen, 3.182 Gesteinsanalysen und die Untersuchung von über 13.000 Metern Salzbohrkernen (1) nur immer die Formel „keine Zweifel an der Eignung" erbracht. Dann dämmerte einem Herrn Ziegler, seines Zeichens Referatsleiter Entsorgung im Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) anläßlich eines Hearings über die Zwischenergebnisse der Untersuchungen, was Eingeweihte und Gegner schon lan-



| ÜBER DEN SCHÄCHTEN während der Erkundungsphase |

ge wußten, die stereotype Formel ist nicht aufrechtzuerhalten, „die Untersuchungen hätten Fragen aufgeworfen, im Klartext schwere Zweifel. Der Salzstock wurde nun offiziell „eignungshöffig", d.h. man war offiziell noch guter Hoffnung. Diese Hoffnung wurde durch das vom BMFT in Auftrag gegebene Gutachten des Kieler Geologen Duphorn Ende Juni '82 zunichte gemacht. Duphorn fand heraus, **daß der Salzstock völlig instabil ist, in den letzten 800.000 Jahren einmal ganz und ein anderes Mal fast bis zur Erdoberfläche durchgebrochen ist, die Auflösung des Salzes in fließenden Grundwasserschichten noch immer in Gange ist, der auf dem Salzstock nötige Gipshut abgetragen worden ist, was erhöhte Gefahr eines Wasserkontaktes mit dem Salzstock bedeutet und Teile des Salzstocks Carnallit enthalten, das sich nach Angaben der Pysikalisch Technischen Bundesanstalt (PTB) bereits bei 80 Grad Celsius auflöst – im Salzstock wird bei der Endlagerung eine Temperatur von mind. 200 Grad Celsius angenommen.**

Die PTB und die Bundesregierung (damals noch Schmidt), so unerwartet aus den eigenen Lager angeschossen, erklärten, daß *„es zur Zeit keinen Grund gebe, die Standortuntersuchung abzubrechen, da ein neuer, sicherheitsmäßiger Sachverhalt nicht erkennbar sei."* Endgültigen Aufschluß könne nur ein „hydrologisches Modell" geben. Grundlage hierfür sei ein Störfallscenario. In diesem Störfallscenarien wird nicht mehr ausgeschlossen, daß Salzlaugen mit den radioaktiven Abfällen in Kontakt kommen und radioaktive Isotope bis in das nutzbare Grundwasser gelangen können. Sollte dies in einem Grubenteil geschehen, das bereits verfüllt ist, so „sind Gegenmaßnahmen kaum möglich"(2) (Siehe das Schicksal des Salzbergwerks Asse.) Die Auffassung, daß der Salzstock weniger stabil ist als anfangs angenommen und nicht abgeschottet gegen Grundwasser ist, geht bereits aus einem Rahmenbetriebsplan der PTB hervor.

Die Erörterung der Einzelheiten des Gutachtens vor der Gorleben-Kommission wurde lange verhindert, ebenso das persönliche Erscheinen von Duphorn.

Die im Herbst '82 durchgeführten Schachtvorbohrungen (von denen die erste wegen zwei Gasausbrüchen vorzeitig eingestellt werden mußte) erbrachten „tadellose Ergebnisse", denn es wurde „das besonders geeignete jüngere Steinsalz gefunden." Nach Meinung von bundesbeamteten Wissenschaftlern wären mehrere Kubikkilometer älteres Steinsalz (Na-2) für die sichere Lagerung nötig, für die Standfestigkeit des Schachtbaus dagegen ist jüngeres Steinsalz (NA-3) geeigneter. Daraufhin behauptete die PTB, sie hätte nicht das Lagersalz, sondern das Bausalz gesucht. Die Schachtvorbohrungen gaben noch weitere Rätsel auf, so wurde eine 30 cm dicke Torfschicht gefunden, die noch zu interpretieren ist, desweiteren fand man breiige Feinsande an einer Stelle, wo später Salzlauge das Bauwerk angreifen wird und am unteren Ende der Bohrung Anhydrit, was für den Schachtba sehr gefährlich ist. Eines fand sich allerdings bis unten nicht – das erhoffte Na-2 – in welchem der Müll auf hundertausende von Jahren lagern soll.

Nachdem man nicht gefunden hat, was man suchte, aber dafür 100 Mio DM investiert hat, soll nun mit dem Abteufen der Schächte begonnen werden. **Die Kosten für die Untertage–Erkundung werden mit über einer Milliarde veranschlagt.** Durchgeführt werden soll die Erkundung von der DBE (Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe), '79 von der PTB gegründet, deren Muttergesellschaft u.a. die Industrieverwertungsgesellschaft ist, der wiederum das Gelände für die geplante WAA Dragahn gehört, so das gewährleistet ist, daß die Sache immer in den gleichen schmutzigen Fingern bleibt. Die Vorbereitungen für die Schachtabteufung sollen nach Planung der PTB noch vor der für Ende Mai angesetzten „Bürgerbelehrung" stattfinden. Das Schachtabteufen ist für 1985 vorgesehen.

Die Schächte werden auf einen Durchmesser von 7,50 m ausgelegt, was identisch ist mit dem Durchmesser des fertigen Endlagers. Gleichzeitig werden die erforderlichen Gebäude erstellt, eine Gefrieranlage, Förderanlagen, Büros, die gleich für später stehen bleiben oder leicht umgerüstet werden. Nach dem Abteufen wird der Schacht mit einem Stahlbetonzylinder und einem Blechmantel versehen, der „speziell für nichtstandfestes, wasserführendes Deckgebirge entwickelt wurde." (3) – d.h. **der Schacht wird erkundet und gleichzeitig ausgebaut!**

Die Gesamtlänge der Bohrungen wird etwa 100 km betragen, dabei werden 1,1 Mio cqm Salz anfallen, das auf einer Halde von 5 ha, mit einer Höhe von 50 m abgelagert werden soll. Die PTB will aber natürlich auch ihren Beitrag zum Umweltschutz liefern, deshalb soll die Halde mit einem Erdwall umgeben werden, der mit heimischen Bäumen und Sträuchern bepflanzt wird.

Für die Erkundungs- bzw. Bauzeit ist ein Zeitraum von ca. 10 Jahren angesetzt worden – erst dann wenn der Schacht sozusagen fertiggestellt ist, möchte die PTB eine endgültige Aussage über seine Eignung machen. Der Schacht soll statt nach Atomrecht, was ein Planfestellungsverfahren mit Anhörung der Bevölkerung bedeuten würde, nach Bergrecht gebaut werden, das macht für die nieders. Landesregierung die langwierigen Dialoge mit dem Bürger überflüssig.

Endlager-Hearing vom 23.10.82 in Hitzacker

Das BMFT machte sich mal wieder um den berühmt-berüchtigten Bürgerdialog im Landkreis Lüchow-Dannenberg „verdient". Nach dem bewährten Bürgerdialog-Motto „Der Mensch steht im Mittelpunkt der Endlager-Sicherheitsanalyse' fand am 23.10.82 in Hitzacker die Fortsetzung der Informationsveranstaltung vom Mai 1981 (Thema: Zwischenergebnis zum Salzstock Gorleben) statt. Dr. A. Ziegler, Tagungsleiter des Hearings in Hitzacker, war von der Mai '81 Veranstaltung in Lüchow wohl so angetan, daß er von einer *„ ... vertrauensbildenden Diskussion für Wissenschaftler und Zuhörer"* sprach.

Diesmal lud das BMFT zu einer Info–Veranstaltung über das Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung" (PSE) ein, um mit Befürwortern und Kritikern des Atommüllendlagers Gorleben über die Frage der Eignung des Salzstocks als Atomklo zu dialogisieren. Wie „vertrauenswürdig" die Betreiberstudie zur Endlagersicherheit bei dem Hitzacker–Hearing war, stellte sich dann auch promt heraus.

Dabei waren schon die Voraussetzungen für die Wissenschaftler auf Seiten der Bürgerinitiativen, verglichen mit denen der Atommafia, denkbar ungleich. Es fehlte an der Vorbereitungszeit, an vollständigen Datenmaterial und an Geld. Trotz dieser ungleichen Voraussetzungen des Bürgerdialügs wurde der Zwischenbericht PSE an seinen entscheidenden Stellen völlig zerpflückt. Im Mittelpunkt standen zwei Themenkomplexe: a) die geologische Struktur und Eignung des Salzstockes b) die radiologischen Folgen eines Störfalls auf den Menschen.

Nachdem die Betreiber früher immer davon ausgegangen sind, daß der Salzstock so sicher sein muß, daß keine Schadstoffe in den Biozyklus gelangen dürfen, rückt die Atomindustrie jetzt von diesem Kriterium völlig ab (die Sicherheitskriterien sind dementsprechend geändert werden und geht jetzt davon aus, daß man voraussetzt, *„ ... daß Radionuklide einen Weg aus dem Endlager in den Biozyklus finden ... In einer Sicherheitsanalyse des Endlagers wird daher lediglich der Frage nachgegangen, wieviel radioaktive Schadstoffe zu welchen Zeiten in den Biozyklus gelangen und welche Wirkungen davon auf den Menschen ausgehen."* (Ziegler in seiner Eröffnungsrede am 23.10.82). Das bedeutet, daß geologische Fragen zweit- oder drittrangig werden und die technische Machbarkeit in den Vordergrund rückt. Der Salzstock wird passend gemacht!

Hier setzte Koreferent Dr. Mauthe an. Für die Bewertung der gewonnenen Daten gebe es keine, dem Salzstock adäquaten Bewertungs- und Eignungskriterien. Die bis 1979 existierenden Kriterienlisten sind offensichtlich aus politischen Gründen zurückgezogen worden, weil nach diesen Kriterien der Salzstock als völlig ungeeignet eingestuft werden muß. Fehlende Daten könne man nicht einfach durch Experimente im Labor und Rechenmodelle ersetzen, denn für die Eignung sei das zukünftige geologische Verhalten des Salzstocks entscheidend, das aber nicht einmal annähernd simuliert werden kann. (siehe TAZ v. 26.10.82).

Koreferent Dr. Appel kritisierte die völlig unzureichenden Bohrergebnisse und die daraus resultierenden groben Vereinfachungen des Aufbaus und der Struktur des Salzstocks.

Kirchner hob in seinem Koreferat hervor, daß der in der PSE-Studie betrachtete Zeitraum von 10.000 Jahren für die Erstellung eines verläßlichen Sicherheitsberichtes viel zu kurz ist, aufgrund der Strahlendosis der endgelagerten Stoffe, müsse man einige 100.000 Jahre, wenn nicht Millionen Jahre, betrachten.

Neben diesen Lücken und Unzulänglichkeiten in der PSE-Studie erschreckte wohl am meisten der laxe Umgang der Betreiber mit naturwissenschaftlicher Systematik und Methodik. Dort, wo in der Studie wichtige Daten über die Geologie des Salzstocks fehlen, werden einfach mathematische Überschlagsrechnungen aufgestellt und vereinfachte Modelle konstruiert. Appel betonte, daß die PSE-Studie die Eigenschaften des Salzstocks viel zu positiv dargestellt hat.

Roland Kollert von der BI Lüchow-Dannenberg bemängelte, daß die herausgefundenen Ergebnisse des Salzstokkes *„ ... gesundgerechnet werden durch Computermodelle, eben solange, bis das erwartete Ergebnis auch erreicht ist."* (TAZ vom 26.10.82)

Insgesamt hat dieser scheinbare Bürgerdialog wieder einmal gezeigt, daß die vom BMFT inzenierten Schauvorstellungen nur Alibifunktion haben und die „wissenschaftlichen Studien" der Betreiber so erstellt und zurechtgemauschelt werden, daß sie immer den gegenwärtigen, von der Atommafia gewünschten Bedingungen entsprechen. Wie ehrlich es die Atommafia mit dem Bürgerdialog meint – wenn es ihr paßt macht sie einen Bürgerdialog, wenn es ihr nicht paßt macht sie keinen – wird an einem kürzlich der BI Lüchow–Dannenberg aus Bonn zugespieltem Ergebnisprotokoll einer Besprechungzur Abstimmung der nuklearen Entsorgungspolitik der CDU/CSU/FDP-Regierung deutlich, wonach von dem für das Frühjahr 1983 vorgesehenen Hearing zur Endlager–Schachtabteufung keine Rede mehr ist. Statt dessen heißt es: *„Es ist vorgesehen, im Frühjahr 1983 die Bevölkerung in einer ca. zweitägigen Informationsveranstaltung über die Ergebnisse der Erkundungsarbeiten zu unterichten. Aufgrund der bisher gewonnenen Ergebnisse besteht kein Anlaß, die Erkundung zusätzlicher Salzstöcke in Angriff zu nehmen."* (EJZ vom 21.1.83)

Eine Salzhalde

Das Atomklo

Bei einem 'Kontaktgespräch' für das Endlagerhearing fielen der BI Lüchow-Dannenberg Papiere in die Hände, nach denen die ersten Arbeiten für den Zeitraum Februar/März ausgeschrieben wurden. Als erstes solle eine Kläranlage, Stromversorgung und die Aufschüttung um die Schächte in Angriff genommen werden. Der Sand hierzu soll aus dem Gartower See kommen.

wird ausgehoben

5 Jahre Kriminalisierung und Einschüchterung in Gorleben

Der seit der Standortbennennung 1977 andauernde Widerstand in Gorleben hat zahlreiche Ermittlungsverfahren und Prozesse nach sich gezogen. Die Gorleben-Prozesse sind trotzdem nicht so ins Bewußtsein der Öffentlichkeit (Anti-AKW-Bewegung) gedrungen wie z.B. die Grohnde- bzw. Brokdorf-Prozesse. Das liegt zum einen sicher daran, daß es bisher keine Gruppe im Landkreis gab, die sich langfristig mit der Kriminalisierung beschäftigt hat. Zum anderen sind die Betroffenen nicht immer an die Öffentlichkeit gegangen.

Im folgenden wollen wir versuchen, einen Überblick über die Angriffe auf AKW-Gegner zu geben. Wir beschränken uns auf einige Aktionen, an denen wir die Angriffe und die Entwicklung der Kriminalisierung exemplarisch aufzeigen wollen. Wir gehen auch nicht weiter auf den Ausbau des Polizei-bzw. Atomstaates im Landkreis ein. Das werden wir in einer der nächsten Ausgaben der Zeitung nachholen.

Mit der Standortbenennung begann der Versuch, kritische Bürger einzuschüchtern und der Kriminalisierung Vorschub zu leisten. Zuerst mußten die auswärtigen, die zugereisten "Chaoten" herhalten. Im Verfassungsschutzbericht des niedersächsischen Innenministeriums (April 1978) ist von *"Linksextremisten aus Hamburg, Bremen und West–Berlin"* die Rede, *"die einen zweiten Wohnsitz in Gorleben"* genommen haben, *"weil sie dort die 'Entscheidungsschlacht' gegen den Bau von Kernenergieanlagen erwarten."* (EJZ. v. 22. 2. 1978)

Im Vorfeld der ersten großen Aktionen wurde das Schöffen- und Jugendschöffengericht Dannenberg zum 1.Jan.1979 zum Amtsgericht Uelzen verlegt. Die Verlegung begründete der damalige Justizminister Schwind mit den bei Demonstrationen gegen den Bau des Nuklearen Entsorgungszentrums bei Gorleben zu erwartenden "unerfreulichen Dingen". Er erklärte:*"Ich halte es für schlecht, wenn sich das Gericht mitten im Pulverfaß befindet."*

Vor den ersten Bohrungen zur Baugrunduntersuchung für das NEZ wurde der Minister erneut aktiv. In der Justizvollzugsanstalt Celle werden 100 Plätze für etwaige "Demonstrationstäter" freigehalten, obwohl alle Justizvollzugsanstalten überfüllt waren. Auch diese Maßnahme wurde mit der erwarteten „Entscheidungsschlacht" um Gorleben begründet.

Nach diesen Vorbereitungen des Staates konnte man/frau eigentlich nur mit dem Schlimmsten rechnen. Wider Erwarten ging die erste größere Auseinandersetzung für die Demonstranten noch gut aus. Nach dem Beginn der Flachbohrungen 1979 wurde das Gelände der landwirtschaftlichen Genossenschaft, auf dem die Bohrfahrzeuge abgestellt waren, von Landwirten und Mitgliedern der BI Lüchow-Dannenberg blockiert. Daraufhin wurden gegen 73 Demonstranten Ermittlungsverfahren wegen Nötigung eingeleitet. Diese Ermittlungsverfahren wurden nach kurzer Zeit mit der Begründung, die Demonstranten wären einem Rechtsirrtum unterlegen und hätten angenommen, daß sie bei ihrer Aktion die Grenze der Strafbarkeit noch nicht überschritten hätten, eingestellt.

Bauernprozesse

Mit den Bauernprozessen sind die gerichtlichen Verfolgungen der bäuerlichen Widerstandsaktionen gemeint. Vom 14. - 16. 5.1979 blockierten die Landwirte mit Traktoren die Ausfahrt des Geländes, auf dem die Bohrfahrzeuge abgestellt waren. Im Zusammenhang mit der Maiblockade wurden gegen 48 Landwirte Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Landwirte wurden z.T. auf ihren Höfen verhört. Ein Landwirt wurde aufgrund seiner Aussage, die er in seiner Dorfkneipe gegenüber einer Kripebeamtin in zivil gemacht hatte, verurteilt

Von den 48 Landwirten wurden 7 wegen Nötigung angeklagt. Fünf sind zu Geldstrafen verurteilt worden, zwei mußten freigesprochen werden. Das Gericht entschied nach dem Motto: **Wer mit seinem Trecker von zu Haus losgefahren ist und sich vor das Depot gestellt hat, hat damit Gewalt ausgeübt.** Eine Nötigung mit Gewalt könne aber nicht hingenommen werden. Weiterhin wurde festgestellt, **daß ein allgemeines verfassungsmäßiges Recht des Bürgers, von sämtlichen öffentlichen Stellen gehört zu werden, nicht existiert und auch nicht wünschenswert sein kann.**

Die verurteilten Landwirte legten Berufung gegen das Urteil ein. Das Landgericht verurteilte sie ebenfalls zu Geldstrafen. Die Landwirte mußten mehr als 6.100,--DM an Geldstrafen und Gerichtskosten bezahlen

Die nächste spektakuläre Aktion führten die Landwirte am 13.11.1979 durch, als sie die Bohrstelle für eine hydrogeologische Bohrung unbrauchbar machten. Sie fuhren mit ca. 15 Treckern und Jauchewagen zur Bohrstelle und ließen dort ca. 30.000 Liter Gülle ab. Es wurden wieder Ermittlungsverfahren eingeleitet. Einige Landwirte, die auch schon wegen der Mai Blockade angeklagt waren, wurden wegen Körperverletzung, Nötigung und Sachbeschädigung erneut angeklagt. Diese Prozesse führten aber zu Freisprüchen, weil sich die Polizeizeugen total widersprachen.

Vielleicht schwerer als das durch das Gericht verhängte Strafmaß wiegen für die Verurteilten die hohen Schadensersatzforderungen, die ihnen aufgebürdet wurden. Die 7 angeklagten Landwirte der Mai Blockade mußten ca. 13.000,--DM Ausfallkosten an die DWK zahlen. Die PTB verlangte gesamtschuldnerisch 7.000,--DM für die durch Gülle unbrauchbar gewordene Bohrung. Inzwischen, kurz nach dem Zwischenlager-Baubeginn, erhielten die Landwirte noch einmal gesamtschuldnerisch eine Schadensersatzforderung in Höhe von über 31.500,--DM der PTB wegen der Mai-Blockade.

Die Urteile und die darauf folgenden Schadenersatzforderungen hatten zeitweilig ihre Wirkung nicht verfehlt, die Landwirte waren nicht bereit, weitere hohe Risiken einzugehen. Dabei muß man/frau allerdings berücksichtigen, daß eine Verurteilung für einen Landbewohner andere Auswirkungen hat, weil das Leben hier nicht so anonym ist.

Tiefbohrungen

Im September 1979 wurden überwiegend durch Blockaden und "Baumbesetzungen" die bauvorbereitnden Maßnahmen zur Errichtung der Tiefbohrstelle 1003 behindert. Aufgrund dieser Aktionen sind über 100 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Die meisten Verfahren wurden ohne weitere Folgen, zum Teil gegen die Zahlung einer Geldbuße, eingestellt. Ein paar AKW-Gegner, die schon häufiger aufgefallen waren, wurden wegen Nötigung, Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt bzw. Rädelsführerschaft angeklagt und z.T. zu Geldstrafen verurteilt. Die PTB stellte an fünf Demonstranten eine Schadensersatzforderung über 300,--DM, die inzwischen bezahlt werden mußte.

1004 - Nachlese

Im Juni 1980 wird nach 33 Tagen Besetzung das Dorf auf der geplanten Tiefbohrstelle 1004 geräumt. 14 Turmbesetzer werden vorläufig festgenommen underkennungsdiestlich behandelt. Der Sender - Radio Freies Wendland - wird auf dem Turm gefunden. Die daraufhin eingeleiteten Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Fernmeldegesetz werden eingestellt. Zwei Jahre später, im August 1982, wurden an 41 Besetzer Leistungsbescheide über jeweils ca. 1.000,-- DM verschickt. Mit dem Geld soll angeblich zumindest ein Teil der Räumungskosten (insgesamt über 2,5 Mill. DM) abgedeckt werden.
Diese Begründung war natürlich nur ein vorgeschobener Grund. Es ist klar, daß die Leistungsbescheide die Betroffenen, meist bekannte Aktivisten der BI Lüchow-Dannenberg, sowie der bundesweiten AKW-Bewegung, unmittelbar vor der Zwischenlageraktion am 4. 9.1982 (Tanz auf dem Vulkan) nachhaltig eingeschüchtert werden sollte.

Nach der Räumung des Dorfes wurde der BI Lüchow-Dannenberg ein Tonbandmitschnit der Polizeinachbereitung und ein Tagebuch, geführt von einem Polizisten während der Besetzung, zugespielt. Daraufhin wurden zwei Polizisten wegen Geheimnisverrat angeklagt. Sie mußten aber freigesprochen werden. Im Lauf der Ermittlungen wurden 1 Anwaltskanzlei, 1 Büro eines Notars und eine Privatwohnung durchsucht.

Zwischenlager

In den Auseinandersetzungen um das Zwischenlager hat die Verfolgung von AkW-Gegnern neue Dimensionen angenommen. Nach Gemeinderatssitzungen gab es drei Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung bzw. versuchte Aktendiebstahls; zwei Verfahren wurden eingestellt. Es kam zu einem Prozeß, der aufgrund formaler Mängel eingestellt wurde, die Staatsanwaltschaft legte aber Berufung ein (wahrscheinlich weil der Betroffene Lehrer im Staatsdienst ist).

Leistungsbescheide in Höhe von jeweils 70,--DM (zur Finanzierung des Polizeieinsatzes) wurden an 31 Leute nach einer Ankettaktion vor dem Zwischenlager geschickt - fünf von ihnen wurden wegen Nötigung angeklagt.

Im Februar 1982 wurden nach einer nächtlichen Aktion am Zwischenlager zwei Wohngemeinschaften im Landkreis Lüchow-Dannenberg mit Polizeigroßeinsätzen durchsucht. Bei einer der WG's wurde als Grund für die Durchsuchung "Das Auffinden von größeren Kneifzangen, Bolzenschneidern usw., die in ihrer Konstruktion und Beschaffenheit nach geeignet sind, Draht zu schneiden", angegeben. Der Einsatz vom Kaliber einer Terroristenfahndung, dient eher der Machtdemonstration und dem Versuch, AKW-Gegner öffentlich zu kriminalisieren. Einer der Hausbewohner wurde zur erkennungsdienstlichen Behandlung und Gegenüberstellung nach Lüchow gebracht. Er ist jetzt wegen schwerem Landesfriedensbruch im Zusammenhang mit den nächtlichen Aktionen, vor dem Landgericht angeklagt.

Auf die erste Instanz (Amtsgericht) wurde verzichtet, was auf ein geplantes hohes Strafmaß hinweist.

Klar an den Terrorurteilen im Brokdorf Prozeß gegen Markus Mohr und Michael Duffke orientiert waren die staatlichen Maßnahmen nach den Zwischenlageraktionen vom 4. Sept. 1982: Da wurde ganz willkürlich irgendwelche Menschen die "wiedererkannt" worden sein sollten für fast 14 Tage in Untersuchungshaft festgehalten. (Vgl. den Komm - Skandal

Nürnberg). Die Umgehung der erstrichterlichen Instanz soll offenbar zum Regelfall werden: 2 Angeklagte vom 4. 9.1982 werden im Februar 1983 erstmalig vor das Landgericht Lüneburg geholt.

Versuch einer Einschätzung

Die Kriminalisierung bzw. die Kriminalisierungsversuche von AKW-Genern haben sicher mehrere Gründe. Zum einen soll auch gerade die Bevölkerung eingeschüchtert und von Widerstandsaktionen abgehalten werden. Das wird besonders bei den Bauernprozessen deutlich. Nach z.T. geringen Geldstrafen und hohen Prozeßkosten mußten bzw. sollen die Bauern noch hohe Schadensersatzforderungen bezahlen.

Unter diesem "Einschüchterungs-Aspekt" muß man/frau auch die Bußgeldandrohungen sehen, die in den erten Jahren des Gorleben—Wiederstandes vorkamen. So wurde z.B. der damaligen BI- Vorsitzenden M. Fritzen 1978 ein Bußgeld in Höhe von 50.000 DM wegen einer Tafel mit der Aufschrift "Wiederaufforstung statt Wiederaufarbeitung" auf dem Spielplatz angedroht; vor der 1004-Besetzung wurde für das Betreten des Geländes ebenfalls ein Bußgeld in Höhe von 50.000 DM angedroht. Die Einwohner von Güstritz sollten bei Nicht-Entfernung von Anti-Atom-Plakaten an ihren Häusern 5.000 DM Bußgeld zahlen.

Zum anderen werden Schadensersatzforderungen, Bußgeldandrohungen und Leistungsbescheide zur Finanzierung von Polizei-Einsätzen gezielt vor geplanten Aktionen eingesetzt. Bis jetzt waren in der Regel die Aktivsten der Anti-Atom-Bewegung davon betroffen, auf sie soll durch solche Forderungen Druck ausgeübt werden, an weiteren Aktionen nicht mehr teilzunehmen.

Das Herausgreifen einzelner Demonstranten bei Aktionen und ihre anschließende Verurteilung soll andere abschrecken. An der Entwicklung der Kriminalisierung in Gorleben kann man/frau deutlich feststellen, daß alle die der Zerstörung des Wendlands nicht tatenlos zusehen wollen in die Resignation getrieben werden sollen.

Legal angeboten werden Umzüge durch den Landkreis oder Einwendungen gegen die Atomanlagen in den offiziellen Genehmigungsverfahren, Maßnahmen also die gerade in Lüchow-Dannenberg nicht viel Wirkung bzw. ihre Wirkungslosigkeit gezeigt haben. Wer diesen Rahmen verläßt - ob mit gewaltfreien Blockaden oder einer Bauzaunzerstörung - soll in seiner Existenz ruiniert (30.000 DM Schadensersatz) oder zum potntiellen Verbrecher gestempelt werden

Nur eine starke Solidarität untereinander, der Verzicht auf hilflose Abgrenzungen und Distanzierungen wird verhindern können, daß wir von der Justiz nicht aufgerieben und allesamt gefügig gemacht werden.

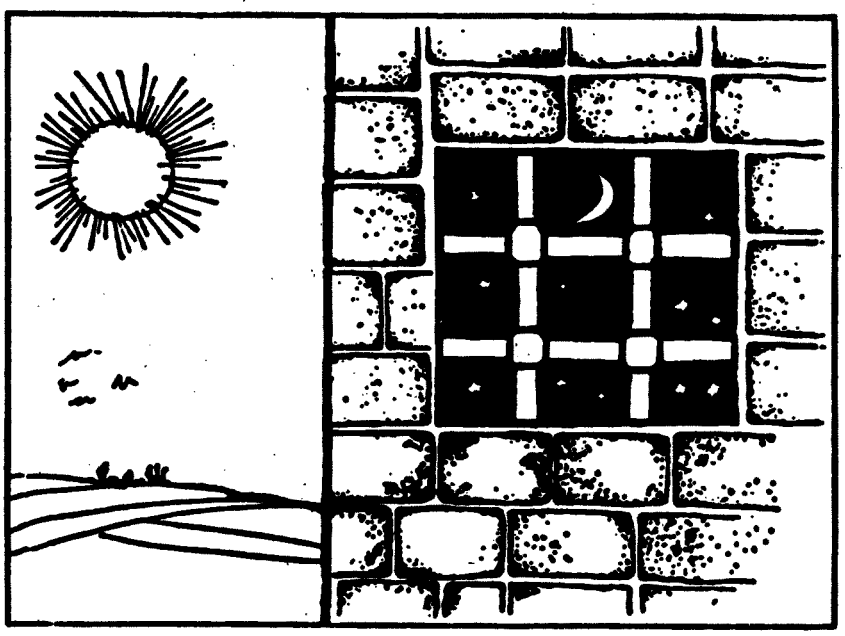
Sie würden uns gerne im Knast begraben

Erinnert ihr euch noch an die Demonstration in Gorleben am 4.9.82 vor dem Zwischenlagerbauplatz und die anschließende Solidaritätsdemo in Uelzen am 5.9.82. Etwa 10.000 Menschen demonstrierten am 4.9. gegen den atomaren Wahnsinn auf unterschiedlichste Weise. Viele hörten sich nur die Kundgebung an, andere blockierten die Straße und abends das Haupttor, andere bauten Barrikaden und andere lieferten sich mit der Polizei einen Waldkampf.

GORLEBEN - PROZESSE IN LÜNEBURG : AM 14. 2. UND AM 16. 2.83, Landgericht

Fast alle gingen als alles vorbei war nach Hause. Bis auf sechs Leute (5 wurden in Gorleben 1 in Uelzen verhaftet), die bis zu zwei Wochen in verschiedenen Knästen in Untersuchungshaft sassen von denen einer sogar in die Psychiatrie gesteckt wurde! Zwei weitere bekamen am Wochenende Haftverschonung mit Auflagen (wöchentlich bei der Polizei melden). Die Haftbefehle wurden mit Flucht und/oder Verdunklungsgefahr begründet. Mehrere Leute mußten mit schweren Verletzungen (Rippenbrüche, Lungenquetschung), durch Wasserwerfer neuen Typs (siehe hierzu Atommüllzeitung Nr. 22 und Atomexpress Nr. 32) und Knüppeleinsätze verursacht, in Krankenhäuser eingeliefert werden. Genauso willkürlich wie die Festnahmen erfolgten, sind die Anklagen, die aufgrund irgendwelcher Polizeizeugenaussagen zusammengeschustert werden.

Von den sechs Leuten, die in U—Haft saßen, haben bisher vier eine Anklageschrift erhalten. Das Verfahren gegen Carmen aus Göttingen ist bereits abgeschlossen. Sie wurde vor dem Ju-



gendschöffengericht zu vier Wochen Jugendarrest verurteilt. Die Staatsanwaltschaft ist in die Berufung gegangen.

Christoph aus Berlin und Richard aus Salzgitter sind als einzige gleich vor dem Landgericht in Lüneburg angeklagt, dies kommt einer Vorverurteilung gleich, denn es fehlt eine Berufungsinstanz und es muß mit einem höheren Strafmaß gerechnet werden. Offiziell wird dies damit begründet, daß die Anklagen von übergeordnetem öffentlichen Interesse sind und deshalb nicht vor dem Amtsgericht verhandelt werden können. Das heißt im Klartext, daß wiedermal zwei Menschen als „Übeltäter" herhalten müssen.

Die Prozesse gegen Christoph und Richard sind auf den 14.2. und 16.2.83 jeweils 8.30 Uhr terminiert. Beiden wird schwerer Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen. Wie nach fast jeder Demo wird die Justiz versuchen, wenige stellvertretend und zur Abschreckung aller zu verknacken. Die politischen Voraussetzungen hierfür wurden durch die bürgerlichen Medien geschaffen. Nicht umsonst betonte die gesamte Presse bei allen Veröffentlichungen, daß die Verhafteten allesamt Auswärtige seien und mensch denke nur an die Presseberichte über die Solidaritätsdemo in Uelzen am 5.9. Von der Frankfurter Rundschau bis zum NDR wurde die Polizeiversion des gesamten Geschehens verbreitet. Da wurde u.a. von Demonstranten berichtet, die auf dem Nachhauseweg noch mal kurz in Uelzen halt machten, um dort zu randalieren und von gewalttätigen Chaoten, die versuchten ihre Gesinnungsgenossen zu befreien. Dadurch herrscht in der Öffentlichkeit ein Bild von den Angeklagten, daß diese sowieso Berufs– und Reisechaoten sind und schon zu recht vor Gerichte gestellt werden. Unterstützt wurde dies noch durch die Distanzierung der BI Lüchow–Dannenberg. Ganz egal wo die Angeklagten verhaftet wurden, werden Staatsanwalt und Richter versuchen, hier die Mär von den auswärtigen, gewalttätigen Chaoten aufzutischen und auf ein hohes Strafmaß aus sein.

Der Justiz geht es in diesen Prozessen keinesfalls darum, den Angeklagten irgendwelche angebliche Straftaten nachzuweisen, sondern es werden Gesinnungsurteile gefällt und die am „besten" möglichst hoch, damit möglichst viele eingeschüchtert werden und sich in Zukunft überlegen, auf Demos zu gehen. Durch diese Verfahren macht sich die Justiz zum Handlanger der Regierenden und der Atombetreiber, den sie allein haben ein Interesse daran, daß der Widerstand gegen Atomanlagen geschwächt wird. Eine Hand wäscht die andere.

Nach den Terrorurteilen im Brokdorf Prozeß gegen Michael Duffke und Markus Mohr (5,5 und 3 Jahre Knast) ist zu vermuten, daß die nieders. Justiz den Vorgaben aus Itzehoe folgen wird, gestärkt durch Albrecht und Möcklinghoff. In der letzten Zeit ist nämlich eine Entwicklung zu hartem Vorgehen mit hohen Knaststrafen gegenüber den versch. Widerstandsbewegungen zu erkennen. In Frankfurt wurde Alexander Schubert (Sprecher der AG Volksbegehren Keine Startbahn West) im Jan. 83 zu zwei Jahren Knast verurteilt. In Göttingen wurde ein Demonstrant wegen der gleichen Anklagen wie Christoph und Richard zu 2,5 Jahren Knast ohne Bewährung verurteilt. Zwei Wochen U–Haft nach der Demo sind eine neue Qualität der Kriminalisierung und auch als eine Vorverurteilung anzusehen. Bei einem Freispruch muß die Staatskasse neben den Gerichtskosten auch eine Haftentschädigung zahlen. Dies war für führende bayer. Politiker ein Grund gegen die Einstellung der Komm–Prozesse zu wettern. Und nach der Demo am Schacht Konrad in Salzgitter wurden wieder 6 Demo–Teilnehmer in U–Haft gehalten. Auch dort werden zwei Leute vor dem Landgericht angeklagt..

Nicht erst seit dem Wechsel in Bonn weht in dieser Republik ein schärferer Wind.

Die Erfahrungen aus anderen Prozessen haben gezeigt, daß eine breite Öffentlichkeit wichtig und notwendig ist (siehe hierzu Interview mit dem Anwalt von Michael Duffke , Gerd Baisch in dieser Zeitung).

Um diese Öffentlichkeit herzustellen, haben sie mehrere Leute aus Lüneburg, Lüchow–Dannenberg, Uelzen, Braunschweig und Salzgitter mehrere Mal getroffen. Die auf diesen Treffen erarbeiteten Vorschläge wurden auf der Regionalkonferenz Gorleben/Dragahn am 9.1.83 vorgestellt und diskutiert. Angefangen bei einer Solidaritätserklärung, die in den Gruppen diskutiert wird. Diese Erklärung soll dann von möglichst vielen Gruppen unterstützt und veröffentlicht werden. Es wurde ein Brief vorgestellt, den die einzelnen Gruppen nach ihren Vorstellungen umändern können und an den Richter schicken. Der Vorschlag wurde erweitert, daß ähnliche Briefe auch an Abgeordnete und Minister mit Durchschlägen an die Medien geschickt werden sollen. Hervorzuheben ist noch, daß die BI Lüchow–Dannenberg eingesehen hat, daß die Distanzierung den Angeklagten schadet und noch eine eigene Solidaritätserklärung auf ihrer Mitgliederversammlung verabschiedet hat.

Diese Erklärungen sollen vor den Prozessen veröffentlicht werden und gleichzeitig als Mobilisierung für eine Solidaritätsdemo in Lüneburg am Samstag, den 12.2.83, 10.30 Uhr, verwendet werden. Außerdem wird noch ein Plakat erstellt, daß vor, während und nach den Prozessen verwendet werden kann.

2 Jahre Gefängnis (auf Bewährung) für Alexander Schubart, Sprecher der Startbahn West Bewegung
Spendet für die Prozeßkosten: Postscheckkonto Ffm 36 2545-608, Sonderkonto

RESOLUTION

Während der nächsten Wochen werden drei Leute vor dem Landgericht in Lüneburg stehen. Sie sind wegen ihres Widerstandes gegen die Atomanlagen in Lüchow–Dannenberg angeklagt. Alle drei sind bei Aktionen aus einer Menge von mehreren hundert Personen willkürlich herausgegriffen bzw. später von Polizeibeamten angeblich wiedererkannt worden, zwei von ihnen beim „Tanz auf dem Vulkan" im September letzten Jahres.

Die Tatsache, daß diese drei gleich vor dem Landgericht und nicht wie sonst üblich vor dem Amts– oder Schöffengericht angeklagt werden und die Vorwürfe unverhältnismäßig hart sind, zeigt, daß hier politische Exempel statuiert werden sollen. Durch diese scharfe Gangart der Justiz sollen alle Gegner von Atomanlagen in Lüchow–Dannenberg eingeschüchter werden. Die Form der Anklage gegen die drei Betroffenen bedeutet vorläufig einen Höhepunkt der zunehmenden Kriminalisierungsversuche von Atomkraftgegnern in unserem Landkreis und der gesamten Bundesrepublik. Wir alle sind betroffen.

Die drei jetzt vor dem Landgericht Angeklagten – Karsten Niemann, Christoph Lange und Richard Stolze – sind Leute, die viele von uns seit Jahren kennen und mit denen wir oft zusammengearbeitet haben. Sie haben unsere volle Unterstüzzung.

Wir fordern die sofortige Einstellung aller Verfahren!

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow–Dannenberg e.V.

Die Resolution wurde von der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 8. Januar1983 in Gülden einstimmig verabschiedet.

Solidaritätsdemonstration

für die Angeklagten aus GORLEBEN/UELZEN vom 4./5.9.82

Wir wollen alle diejenigen mit unserer Demonstration unterstützen, die vor den Richter kommen, weil sei AKW–Gegner sind, denn das sind wir alle und deswegen haben sie uns alle angeklagt. Durch unser massenhaftes Erscheinen bei Solidaritätsdemos und vor allen bei den Prozessen geben wir den Angeklagten Kraft und Stärke, denn sie haben das Gefühl, nicht allein zu sein.

Deswegen kommt alle aus Lüchow–Dannenberg, Uelzen, Lüneburg und alle die dabei waren. Kommt und zeigt mit Farbe, Transparenten, Sprechchören und allem was Euch einfällt, daß ihr Euch mit Christoph, Richard, Michael, Carmen, Carsten ... mitangeklagt fühlt. Die Demonstration findet in Lüneburg statt, weil hier am 14.2. Christoph und am 16.2. Richard um 8.30 Uhr vorm Richter am Landgericht stehen. Ihnen wird vorgeworfen am 4.9. in Gorleben den Landfrieden schwer gebrochen zu haben und Polizisten bei der Festnahme Widerstand geleistet und am Körper verletzt zu haben.

Stell' Dir vor, auch „nur" einer von denen,
die in Gorleben/Uelzen willkürlich festgenommen wurden,
wird zu mehreren Jahren Knast verurteilt.
Stell' Dir vor, die Aktion gegen WAA/Zwischenlager in Dragahn/Gorleben steht an
Stell' Dir vor, Du bist es dann, der verhaftet wird.
Hast Du Angst? Sie ist berechtigt!
Stell' Dir vor, alle die in Gorleben gegen Atomanlagen gekämpft haben,
kämpfen jetzt für die Einstellung aller Straf– und Ermittlungsverfahren.
Stell' Dir vor, die nächste Aktion gegen das Zwischenlager/WAA in Gorleben steht an.
Hast Du Mut? Er ist berechtigt!

„Beugen ... Strecken ... Beugen"

12.2.83 in Lüneburg

Beginn: 10.30 Uhr vorm Stadttheater, Lindenstr.
bei der Kundgebung werden Wasserwerfer-Verletzte,
ein Rechtsanwalt und jemand aus Lüchow-Dan. sprechen

Interview mit Gerhard Baisch,

Verteidiger von Michael Duffke

Atommüllzeitung (AZ): Kannst Du zuerst einmal den Stand der Revison darstellen?

Gerhard Baisch (G.B.): Nach dem Urteil vom 13.5.82 haben wir die schriftliche Begründung, ohne die wir die Revision nicht begründen können, im Juli 1982 erwartet. Fertig war sie am 8.9.1982. Seither schmort sie in Itzehoe bei den Akten. Solange sie Richter Selbmann uns nicht zustellt, geht es mit der Revision nicht weiter. Bis heute sind uns trotz vieler Mahnungen noch nicht einmal die Protokolle der Hauptverhandlung zugeschickt worden. Ein echter Skandal!

AZ: Wie geht es juristisch weiter, wenn der Revision stattgegeben wird? Besteht Deiner Meinung nach die Möglichkeit, daß Markus und Michael freigesprochen werden?

G.B.: Wenn der Bundesgerichtshof das Urteil aufheben sollte, muß der Prozeß ganz oder teilweise vor einem anderen Landgericht in Schleswig–Holstein wiederholt werden. Theoretisch besteht die Möglichkeit, daß Markus und Michael freigesprochen werden – vor so viel naivem Vertrauen in die Justiz kann ich aber nur warnen! Die 5,5 Jahre für Michael Duffke waren vor allem politisch begründet und dazu muß sich jedes andere Gericht verhalten, das mit dieser Sache befaßt wird. Freispruch – das hieße z.B. Haftentschädigung für Michael, zu zahlen vom Lande Schleswig–Holstein.

AZ: Wie schätzt Du die Freilassung von Michael ein? Welche Auswirkungen hat sie auf die Revision?

G.B.: Die Freilassung Michaels war für mich die Folge der Empörung über diesen Prozeß und das Urteil. Nach dem Urteil waren alle AKW–Gegner darin einig, daß dieses Urteil fallen muß. Verteidigt hat es niemand. Auch die kritisch–liberale Öffentlichkeit schalt zumindest das Strafmaß. Die Freilassung war von daher klar ein Zugeständnis an die Bewegung, ein abgetrotztes. Das Gericht mußte zugeben, daß das Urteil politisch gegenwärtig nicht durchsetzbar ist.

Ich sage gegenwärtig, denn das Urteil ist deswegen nicht aufgehoben, der Angriff auf die Anti–AKW–Bewegung nicht zurückgeschlagen. Vielleicht setzt das Gericht jetzt auf Zeitgewinn, auf Ruhe und Vergessen. Ich hoffe, daß Michael und Markus nicht wieder rein müssen, aber das hängt am wenigsten an den Juristen.

AZ.: Wie geht es Michael? Und Markus?

G.B.: Dazu müßt Ihr schon die beiden selber fragen. Für mich war es eine große Erleichterung, als Michael am 8.12.82 frei kam. Die Untersuchungshaft hat ihn hart getroffen. Wir Verteidiger haben uns ziemlich Sorgen gemacht.

AZ: Wie kann das Revisionsverfahren von der Bewegung unterstützt werden?

G.B.: Indem wir das Urteil solange nicht in Vergessenheit geraten lassen, bis es aufgehoben ist. Dazu ist der Haftbefehl gegen Michael immer noch in Kraft. Dafür ist weiterhin das Landgericht Itzehoe verantwortlich.

AZ: Wie beurteilst Du die bisher gelaufenen Aktionen und die Knastarbei und –unterstützung?

G.B.: Die Unterstützung durch Spenden, Briefe und Besuche für Michael und Markus war sehr beeindruckend. Weil dieser Brokdorf Prozeß von der Justiz mit solchem Gewicht versehen ist, war es auch richtig, hier besonders Solidarität zu zeigen. Von unserer Zahl und den Mitteln her heißt das für mich nicht, daß wir andere politische Gefangene vernachlässigen müssen. Bitter war allerdings, daß die Hetze mit dem Graben–Foto sich auch in unseren Reihen verfangen hat. Viele haben sich erst nach dem Urteil zu Wort gemeldet. Für die Zukunft ist wichtig, daß der Kampf gegen Bau und Weiterbau von Atomanlagen vorankommt. Genau genommen ist das die wichtigste Knastarbeit.

AZ: Vielen Dank Gerhard.

Man sehe diese Richter an, man höre diese Menschen sprechen, und man wird finden, daß ganze Literaturen umsonst geschrieben sind, daß unsere Bäume nicht für sie blühen, unser Gelächter nicht für sie lacht, unsere Tränen nicht für sie fließen, Wir sind soweit von ihnen entfernt, wie ein Planet vom anderen, wir haben nichts mit ihnen zu tun.

Kurt Tucholsky

So beginnt die Dokumentation zum Brokdorf Prozeß gegen Michael und Markus, die der Bremer Ermittlungsausschuß hergestellt hat. Sie kann im BBA–Laden, St. Pauli Str. 10/11, 28 Bremen für 5,– DM bestellt werden.

****ATOMEXPRESS****ATOMEXPRESS****ATOMEXPRESS***

Diese Frage steht auch im Mittelpunkt der letzten ATOM EXPRESS - Ausgabe, die kurz vor Weihnachten erschienen ist. In einem ausführlichen Artikel bemüht sich die Redaktion um eine Einschätzung - mit dem Ergebnis, daß sich die Atom-Lobby nach jahrelangem Poker für das Wendland als 2. Standort neben Schwandorf in Bayern entschieden hat.
An der Umsetzung dieser Pläne kann die DWK und die Landesregierung nur noch ein ähnlich entschlossener Widerstand a l l e r AKW-Gegner hindern, wie er 1978 und 1979 schon einmal eine WAA in Gorleben stoppen konnte.
Wie sich die Proteste in der Region nach der Standortbenennung entwickelt haben und in welche Richtung die Auseinandersetzungen nach Meinung der Redaktion entwickelt werden müssen, das sind die weiteren Schwerpunkte innerhalb der Dragahn-Berichterstattung.
Andere Themen der Nummer 32 sind:
1. ein Rückblick auf die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung mit der Dokumentierung aller Ergebnisse und Beschlüsse sowie Einschätzungen zu den wesentlichen Teilaspekten des Widerstandes.
2. eine Diskussion um die Schacht Konrad Demonstration vom 30.10. mit Beiträgen aus der Redaktion und von den Grünen.
3. Berichte über die jüngsten Versuche, Spitzel oder Kriminalbeamte in Bürgerinitiativen einzuschleusen, wie in Braunschweig und Emden geschehen sowie
4. ein Überblick über den "Stand" der Kriminalisierung und Strafverfahren gegen AKW-Gegner: Brokdorf-Prozesse, Gorleben/Uelzen, Schacht Konrad...
Ein Artikel zu möglichen Perspektiven im Widerstand gegen den Schnellen Brüter briefe u.v.a.m. vervollständigen die Ausgabe.

Wer Interesse an einem Probeheft hat, soll 3.- DM in Briefmarken einsenden an:

ATOM EXPRESS, Postfach 45, 34 Göttingen.

Bei der Gelegenheit: Ein Abonnement kostet 20.- DM für sechs Ausgaben bei zweimonatigem Erscheinen.
Ab fünf Exemplaren gibt's für Buchläden, BI's und andere Wiederverkäufer 30 % Rabatt.
Und alte Nummern senden wir Euch, soweit noch vorrätig, zum kaum glaubhaften Dumping-Sonder-Preis von 1.- DM pro Stück incl. Porto zu !

R., Redaktion Atom Express

Atomkraft-Nein-Danke

KALENDER 1983

ist wieder da!

Mit erweiterten inhaltlichen Schwerpunkten und neuer Aufmachung:

- *Umweltverschmutzung*
- *Antimilitarismus*
- *Energiepolitik*
- *Kriminalisierung*
- *Probleme der Dritten Welt*

und natürlich wieder mit umfangreichem Adressenteil, sowie Material- und Filmlisten.

Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 45, 3400 Göttingen

Der Anti-AKW-Kalender 1983 kostet 6 DM; für Bürgerinitiativen und Buchläden 3,- DM

Erschienen im Gegenwind Verlag Marienstr. 10, 3400 Göttingen

—Atomstaatskizzen aus dem Wendland—

Daß der Atomstaat nicht erst ausbricht, wenn Atomanlagen in Betrieb gehen, ist in Lüchow-Dannenberg eiskalt zu spüren. Angst und Einschüchterung machen sich breit. Lange konnte sich die CDU mit dem Argument über die Runden retten, sie habe die schweigende Mehrheit des Landkreises hinter sich. In der Auseinandersetzung um Dragahn wird deutlich, daß sie sich, wenn überhaupt, nur auf eine **zum Schweigen gebrachte** Mehrheit stützen kann.

Gesinnungskontrolle im Wendland:

— Mitarbeiter der Kreisverwaltung haben als Privatpersonen eine Zeitungsanzeige mit der simplen Aussage "Keine WAA in Dragahn oder anderswo" unterzeichnet. Jetzt sehen sie sich massiven Repressionen, offenen und verdeckten, durch ihre Dienstvorgesetzten ausgesetzt.

— In der Elbe-Jeetzel-Zeitung erscheint kaum eine Sammelanzeige mit Unterschriften gegen die WAA, die ohne den Zusatz "und viele, die nicht genannt werden möchten" auskommt.

— Der wegen seiner kritischen Haltung zu Gorleben abgelehnte Kandidat für das Amt des Baudirektors hat jetzt offenbar auch woanders Mühe, einen Job zu bekommen. Auch wenn untergeordnete Stellen in der Verwaltung zu besetzen sind, lautet eine der ersten (unzulässigen) Fragen: Wie stehen Sie zu den Gorleben-Plänen?

— In Dannenberg erzählt man, daß eine Baufirma, die am Bau des Zwischenlagers beteiligt ist, firmenintern schwarze Listen angelegt hat, um zu vermeiden, daß sie aus Versehen einen Kernkraftgegner einstellt. Firmenmitarbeiter werden schriftlich vergattert, sich nicht öffentlich gegen die Atomanlagen zu äußern.

— Für viele Befürworter scheint die Atomkraft-Nein-Danke-Sonne längst so etwas wie ein Judenstern zu sein. Ein unangemessener Vergleich? Gerade heute liegt ein Brief der DWK an alle Haushalte im Kasten, der einen Sonderdruck der WELT enthält. Darin bezeichnet Prof. Dr. Karl Steinbuch die 'grüne Ideologie' als eine 'Ideologie der Made im Speck' und fordert eine 'geistig-moralische Erneuerung' und die 'Auseinandersetzung mit den Maden im Speck'. Bekannte Töne? Die Beschwörer vom 'Volk ohne Energie' haben die Auseinandersetzung mit den 'Volksschädlingen' schon längst begonnen:

— Vor Weihnachten wurde in Dannenberg ein Wachmann der Zwischenlagerbaustelle verurteilt, weil er bei einer Protestaktion am Bauzaun mehrfach gesagt hatte "Euch sollte man alle vergasen!"

— Eine Geschäftsfrau aus Dannenberg, die seit 1977 als engagierte Gorlebengegnerin bekannt ist, will seit kurzem keine Plakate der BI mehr aufhängen, weil ihr ein Teil der Kundschaft mit Boykott gedroht hat. Früher hieß das 'Kauft nicht bei Juden!'

— Auch die "Zentrale Ermittlungsstelle, die Uwe Leitner vom "Aktionskreis Energie" im Landkreis installieren wollte, um als Privatmann Polizeifunktionen zu übernehmen, paßt in das beklemmende Bild.

— Und nicht zuletzt auch die in den nächsten Wochen stattfindenden Prozesse gegen drei Kernkraftgegner, die bei Aktionen willkürlich aus der Menge herausgegriffen wurden, bzw. später von Polizeibeamten angeblich wiedererkannt worden sind. Um den Instanzenweg zu verkürzen, sind sie nicht vor dem Amts- oder Schöffengericht angeklagt, sondern gleich vor dem Landgericht Lüneburg.

— Und, und, und...

Das alles passiert tagtäglich, und in den Köpfen findet die langsame Gewöhnung statt.

Haben sie etwas gewußt — später??

MIT KARABINER, Pistole, Wehrmachtsstahlhelm und in Phantasieuniform - so wurde dieser Radfahrer auf dem Weg zwischen Lüchow und Plate gesehen. Anscheinend gehört der junge Mann zu den Anhängern wehrsportlicher Übungen.

Wehrsportgruppe Grabow: Es handelt sich hierbei um einen Trupp jugendlicher Neonazis, angebl. aus dem Ruhrgebiet, die 2 Jeeps und einen Schützenpanzer haben sollen und beim „Wehrsport" sowohl in Wäldern wie auch in Lüchow beobachtet wurden. Anlaufstelle ist der Alt-NPD'ler Nost aus Grabow. Trotz der nebenstehenden Veröffentlichung der Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 14.7.81 wurde das Treiben dieser Neonazis vom zuständigen Samtgemeindebürgermeister von Plato - CDU, selbst wohnhaft im Dorf Grabow ! - bislang stillschweigend gedeckt.

Dragahn: Die dortige Munitionsverwertungsfabrik Kaus & Steinhausen ist nachgewiesenermaßen über Jahre hinweg eine wesentliche Quelle des Neonazi Lambke gewesen, über die er Waffen, Munition, Sprengstoff und Gift an Land ziehen und in Riesenmengen im Heideboden bei Oechtringen horten konnte. Der Geschäftsführer dieser Firma, gleichzeitig Bürgermeister von Karwitz, Walter Kernbach, gibt sich bedeckt: *„ Ich werde einen Teufel tun und etwas dazu sagen!"* (LZ,9.9.82) Bekannt ist, daß Lembke eine *„Schlüsselrolle in der rechtsextremistische Szene"* spielte (LZ,5.11.81) und nicht nur Manfred Roeder mit Waffen versorgte sondern auch seine Finger beim Münchener Attentat 1980 mit drin hatte. Die Bundesstaatsanwaltschaft jedoch hat ihre „Ermittlungen" kurz vor dem 50. Jahrestag des Machtantritt Hitlers „ergebnislos" eingestellt...

Im Arsenal von Heinz Lembke:

Dragahn-Munition

mha Lüneburg/Dragahn. Die Herkunft der Munition, die im letzten Herbst im Sösinger Forst in den Lagern des Rechtsextremisten Heinz Lembke gefunden wurde, hat das Bundeskriminalamt jetzt teilweise klären können.

Wie ein Sprecher der Generalbundesanwaltschaft der LZ gestern bestätigte, stammen Teile der Munition aus dem Verwertungsbetrieb Kaus & Steinhausen in Dragahn (Kreis Lüchow-Dannenberg). Dieser privaten Firma lieferte die Bundeswehr überlagerte Munition zur Vernichtung. Das Bundeskriminalamt vermutet, daß Mitarbeiter der Firma diese alte Munition wieder aus dem Werk schmuggelten und Lembke übergaben.

(Seite 5)

Wir rufen alle Leser(innen) auf, bei der Trockenlegung dieses Sumpfes mitzuhelfen. Hinweise bitte an die Redaktionsadresse!

Neofaschismus in Lüchow-Dannenberg

Probebohrungen

1984 schon Baubeginn

Bereits 1974 wurde im Landratsamt Schwandorf der Standort Wackersdorf für eine WAA genannt – und öffentlich jahrelang abgestritten – genau der Standort, für den am 28.10. das atomrechtliche Genehmigungsverfahren eröffnet wurde, nachdem das Raumordnungsverfahren in nur 7 Monaten durchgezogen worden war. Inzwischen sind die Probebohrungen bereits in vollem Gang.

Im günstigsten Fall rechnet man mit einer zweijährigen Laufzeit des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens, dann folgt die erste Teilerichtungsgenehmigung – d.h. Oktober 1984 !!!

Infrastrukturmaßnahmen, für die DWK ein Grund für die Auswahl des Mikrostandorte Wackersdorf, sind bereits eingeleitet. In diesem Jahr haben einige Firmen, die neben dem Standort liegen, einen Gleisanschluß erhalten, obwohl sie auch weiterhin ihre Transporte mit LKWs durchführen und es ist jetzt neben dem geplanten Standort mit dem Bau einer grossen Relaisstation begonnen worden. Benötigt wird diese zur automatischen Weichenstellung – eine wichtige Einrichtung, wenn an diesem, bisher einsam gelegenen Bahnhof, Altenschwand, einmal ein „Güter"umschlag in größerem Ausmaß ablaufen soll.

Im Raum Schwandorf ist inzwischen eine Arbeitslosenquote von 13 % erreicht. Der Staatssekretär im Landesentwicklungsministerium, Max Fischer, erwartet im kommenden Winter eine dramatische Entwicklung in Teilen des Grenzlandes mit bis zu 50 % Arbeitslosen (NT 1.12.82). Erst Ende September wurde die BBI in Wackersdorf endgültig stillgelegt – noch vor wenigen Jahren zählte sie 1.400 Beschäftigte. Während im übrigen Landkreis Schwandorf die Abwehrfront gegen die geplante WAA wächst, sind Wackersdorf und das wenige Kilometer entfernte Steinberg wahre Oasen der Einigkeit durch die geballte „Aufklärung" von seiten der Gewerkschaft IG Bergbau und der DWK. Für die Bergleute stellt die WAA das einzige „zukunftsweisende Projekt für künftigen Wohlstand" dar. „Unser Raum wird ausgehungert, um die WAA als Rettungsanker präsentieren zu können", bemerkt sehr treffend ein BI–Mitglied. Die Versprechungen sind 1.800 Arbeitsplätze für den Betrieb der WAA, 200 mehr als für die gleiche Anlage in Dragahn. Die breitangelegten Werbekampagnen der DWK, für die sie jährlich ca. 2 Mio DM bereitstellt, tun ihr übriges; wöchentliche Großanzeigen in den Zeitungen z.B. über Umschulungsmöglichkeiten am Beispiel der WAA Karlsruhe, Fahrten mit Polizisten zur franz. WAA oder nach Karlsruhe, um anschließend die Schlagzeile „Personal in WAA lebt länger als anderswo" in die Zeitungen zu lancieren (MBZ v. 26.11.82). Jüngst gelang es ihr sogar eine „Werbesendung" im bayer. Fernsehen, das unter dem Titel „Wenn das Atomkraftwerk kommt" die Zuschauer mit der künftigen Entwicklung in Schwandorf berieselte – danach ist die WAA vollkommen unumstritten.

für WAA Schwandorf

Strauß betreibt Volksverdummung

Strauß schreibt in einem offenen Brief, der in den Zeitungen in voller Länge abgedruckt wurde, an eine BI: *„Ihre Ausführungen zu den gesundheitlichen Risiken legen den Verdacht nahe, daß Sie mit mißverständlichen Darstellungen versuchen, dem Bürger Angst und Schrecken vor der friedlichen Nutzung der Kernenergie einzujagen ... Das durch den Betrieb einer WAA entstehende Unfallrisiko beträgt einer amerikanischen Untersuchung zufolge höchstens ein Prozent des ohnehin schon sehr kleinen durch den Betrieb eines Kernkraftwerks entstehenden Risikos ... Das Krebsrisiko wird wegen seiner Geringfügigkeit nicht epidemiologisch erfaßbar sein ..."* (MBZ v. 4.11.82)

Erste Stufe des Terrors

Umweltminister Dick rückte die Bürgerinitiativen bereits in die Terroristenecke, bevor im Landkreis überhaupt einmal ein Farbbeutel geflogen ist, geschweige denn sonst etwas.

Auf einer CSU–Veranstaltung ließ er den 1. Vorsitzenden der BI, den Amtsrichter und CSU–Mitglied Fritz Burkhardt, aus den Saal weisen, weil er Zwischenrufe gemacht hatte und nannte das Ganze anschließend die „Erste Stufe des Terrors" (NT 25.9.82). Da werden ja dann noch viele Stufen folgen müssen.

Übrigens: gegen Richter Burkhardt ist jetzt ein Disziplinarverfahren anhänig. Begründung: er haben den Umweltminister zu dieser Beleidigung provoziert!

Seit Beginn der Probebohrungen zeigt der Atomstaat auch im Landkreis Schwandorf sein wahres Gesicht: das Standortgelände wird von Polizeistreifen lückenlos überwacht. Die Personalien von Fußgängern und Fotofreunden werden festgehalten und spazierende Pensionisten sollen sogar aufgefordert worden sein, sich vom Forstamt Passierscheine ausstellen zu lassen. (NZ 7.12.82) Die Probebohrungen, die am 22.11.82 begannen, wurden Weihnachten abgeschlossen. Nach Aussage eines DWK–Menschen aus Hannover sollen bereits für das Frühjahr die ersten Rodungen geplant sein.

begonnen!!

Ende November wurden nun Vertreter der Behörden, Schulen, Industrie und Politik ins Offizierskasino des BGS Schwandorf geladen, *„um falsche Vorstellungen zu korrigieren"* (NT 29.11. 82). Mit einer Multivisionsschau wurde den Gästen ein Eindruck von der Alltagsarbeit dieser Spezialpolizeieinheit vermittelt. *„Auch von der schwierigen und überaus gefährlichen Alltagsarbeit des BGS erfuhr man von den Einsätzen der Schwandorfer Truppe in Brokdorf, an Bohrstellen, beim Ausbau der Startbahn West und bei Einsätzen nicht leichter Art in Gorleben"* (NT v. 29.11.82) Ein geselliges Beisammensein mit Brotzeit schloß sich an. Die erste Platzbesetzung scheint, zumindest vom BGS gut vorbereitet zu werden.

... und Widerstand regt sich doch!

2.000 Menschen beteiligten sich am 22.1. an einer Demonstration aus Anlaß einer Meldung, daß mit dem Bau einer Wetterstation am WAA Gelände begonnen werden soll. Diese Wetterstation soll mit Untersuchungen über die Inversionswetterlagen, deren Häufigkeit vorher immer bestritten wurden da Unterlagen fehlten, nachträglich das Raumordnungsverfahren absichern. Bei einer Demo am Wochenende nach Einleitung des atomrechtlichen Verfahrens in Wackersdorf wurden von den Demoteilnehmern Patenschaften für einzelne Bäume übernommen.

Die bislang größte Demo fand nach der Eröffnung des Raumordnungsverfahrens statt, sie übertraf mit 30.000 Leuten alle Erwartungen. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt jetzt auf der Vorbereitung der rechlichen Möglichkeiten des atomrechtlichen Verfahrens. Die BI hat dazu Arbeitskreise gebildet, die Personen für die Einwendungen mobilisieren, Klagebegründungen schreiben und Geld für die Prozesse sammeln (Rechtshilfefond Stadtsparkasse Schwandorf Konto Nr. 380 180 257).

Die Gefahr vor Ort ist nicht zu übersehen, daß zu ausschließlich auf die rechtlichen Möglichkeiten hin orientiert wird. ein verstärkter Austausch mit den Erfahrungen der BIs um Gorleben/Dragahn ist hier sehr wichtig. Wir sollten dies nicht „unseren" Ministerpräsidenten überlassen, die sich „darüber einig" sind, die Genehmigungsverfahren in den beiden Ländern zu „koordinieren" (MBZ 4.11.82).

Die bayerischen Grünen planen ein Schwandorf—Hearing, das Ende Februar in Regensburg stattfinden wird, ähnliches ist auch für Dragahn im Gespräch. Die SPD in Bayern fordert ebenfalls ein Hearing, wie seinerzeit zu Gorleben, scheiterte mit dieser Initiative aber natürlich an der CSU—Mehrheit.

Anita, NIGA/ Nürnberg

Keine WAA in Hambuch—

Illerich, Frankenberg,

Merenberg?

Die WAA—Pläne für diese Orte sind offiziell — erst einmal— gestorben. Der Widerstand auch? Die Betroffenheit beginnt zu schwinden, der Rückzug in die Privatsphäre beginnt — wie können BIs unter solchen Bedingungen sinnvoll weiterarbeiten? Die BI Merenberg hat Interesse an Kontakten, zu anderen BIs, die ähnliche Erfahrungen und Schwierigkeiten haben und will darüber in der nächsten Ausgabe berichten.

Meldet euch bei: Martin Russ, Birkenstraße 7, 6251 Runkel 5, Tel. 06471/52715

HEARING ZUR WIEDERAUFARBEITUNGSANLAGE IM RAUM SCHWANDORF (OPF) VOM 24.2. – 27.2.1983

Regensburg: Obermünster —Stifts—Gaststätten, Obermünsterplatz, Zentrum, Nähe Bahnhof

Donnerstag, den 24.2.83
„Führen die militärische und zivile Nuzung der Atomenergie zum Atomstaat", Petra Kelly, ehem. Bundesvors. der Grünen, Nürnberg
„Atompolitik in der BRD: Abriß und derzeitige Trends", Dr. Helmut Hirsch, Gruppe Ökologie, Hannover
„Die Wiederaufarbeitungstechnologie", Priv. Doz. Dr. Rammensee, Max Plank Institut für Kernchemie, Mainz
„Die ungelöste Frage der Endlagerung", Dipl. Geol. Jürgen Kreusch, Gruppe Ökologie Hannover
„Umweltpolitik im Widerstreit der Interessen", Prof. Dr. P.C. Mayer Tasch, Uni München
„Futurologie und Ökologie" Prof. Dr. Flechtheim

Freitag, den 25.2.83
„Das Verhalten von Atomwaffen und Atomenergie", Dr. A. Mechtersheimer, Forschungsinstitut f. Friedenspolitik, Starnberg
„Gibt es eine friedliche Atomindustrie", Dr. Peter Weish, Inst. f. Umweltwissenschaften, Wien
„Die Atomwaffe in der militärischen Strategie", Gert Bastian, General a.D. Würzburg

„Soziokulturelle Voraussetzungen für die Abkehr vom Militarismus"
„Der Krieg und das Christentum"
„Atomnutzung und ihr Einfluß auf die 3. Welt" N.N.
„Die Stellung der Kirche zur Frage der Atomnutzung", Pfarrer Dr. Liedtke, Evang. Landeskirche Baden—W.berg
„Verantwortete Zukunft mit oder ohne Atomenergie" N.N.

Schwandorf Oberpfalzhalle

Samstag, den 26.2.83
„Das atomrechtliche Verfahren" W. Baumann, Uni Würzburg; R. Geulen, Rechtsanwalt, Berlin
„Ökologische Belastung der Umgebung bei Normalbetrieb einer WAA" Prof. Dr. Weiss, Uni München
„Die WAA aus meteorologischer Sicht", Ignatz Vergeiner, Meteorologe, Uni Insbruck
„Risikostudie — WAA, Möglichkeiten und Grenzen", Projektgruppe Reaktorsicherheit, Darmstadt
„Das Risiko von Atomtransporten", Gruppe Ökologie Hannover
„Gesundheitliche Gefährdung durch Atomanlagen" Prof. Dr. Herbert Begemann, München
„Die technischen Großunternehmen und der menschl. Größenwahn" Prof. Dr. H. Maynarek, Odernheim, Bad Kreuznach
„Der Großausbau der Atomenergienutzung — die lebensfeindliche strategie zur Lösung des Energieproblems", Prof. Dr. Altner, Heidelb.

Sonntag, den 27.2.83
„Anders Denken, um zu Überleben", Prof. Dr. F. Vester, Studiengruppe für Biologie und Umwelt, München
„Der 4. Energiepfad — der Weg aus dem Dilemma der Großtechnologie", Dipl. Biol. D. Teufel, IFEU, Heidelberg.
„Alternative Technologien und ihre Realisierung" N.N.
„Ein neues Wirtschaftskonzept — die vordringliche Aufgabe zur Zukunftsbewältigung" D. Burgmann, ehem. Bundesvors. d. Grünen

Kontakt: Landesgeschäftstelle der Grünen Bayern, Tumblinger Str. 20, 8 München 20, Tel. 089/5309016

COUPON

Ich abboniere hiermit bis auf Widerruf und gegen Rechnung die ATOMMÜLLZEITUNG.

..... Name, Vorname

..... Straße Nr.

..... PLZ Ort

..... Datum, Unterschrift

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber.....

Geldinst.:.....

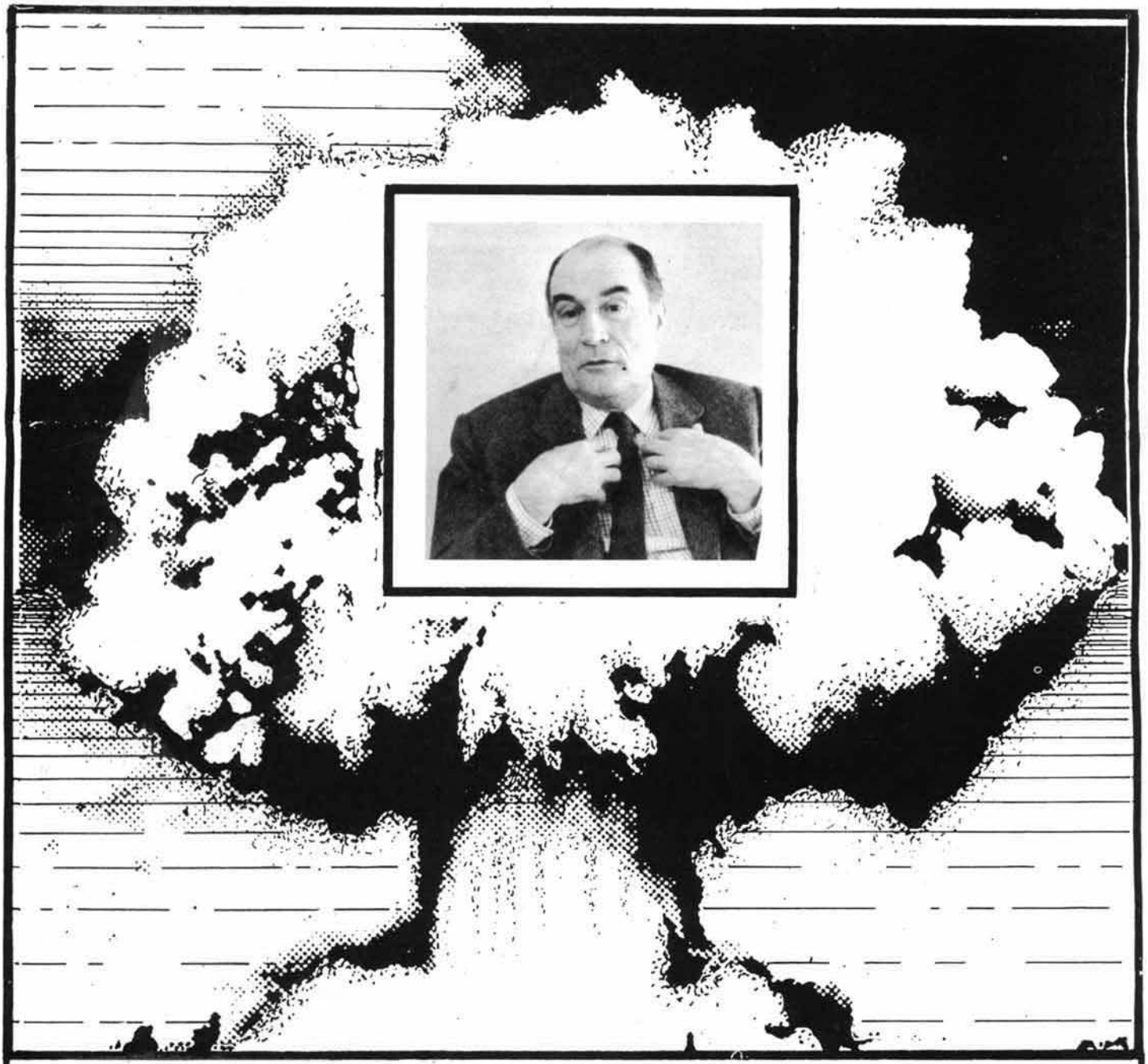
Konto-Nr.:.....

BLZ:.....

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Unterschrift:.....

Die deutsch-französische Atombombe



„Frankreich ist in der Lage, Atomwaffen in jeder Art und jeden Kalibers herzustellen; es wird Atomwaffen in großer Zahl zu vergleichsweise niedrigen Kosten produzieren können, sobald Schnelle Brutreaktoren das dazu erforderlich Plutonium reichlich verfügbar machen." (General Thiry nach einem Bericht von Le Monde 19.1.1978)

Was einigen „unverbesserlichen Querköpfen", die seit Jahr und Tag vor der militärischen Nutzung der zivilen Atomanlagen warnen, schon lange klar war, wurde Ende letzten Jahres in der franz. Wissenschaftszeitung „Science & Vie" aufgedeckt. Die franz. Wissenschaftler Yves Lenoir und Michel Genestout sind die Verfasser des Berichts. Zur Frage der zivilen und militärischen Verquickung der Atomenergie haben sie eine 45-seitige Studie vorgelegt, die mit umfangreichen Berechnungen und Zitaten ihre Behauptung belegt: Der Brüter wird zur Atomwaffenschmiede.

Die ständig gewachsene Skepsis gegenüber der Möglichkeit, den Schnellen Brüter in den nächsten 30 bis 50 Jahren wirtschaftlich zur Stromerzeugung einsetzen zu können, war also berechtigt gewesen. Die Frage, warum Frankreich trotzdem an dieser Technologie festhält, läßt sich leicht beantworten: die fanz. Regierung beabsichtigt, ihre Schnellbrut-Reaktoren militärisch zu nutzen !

Durch die 16 % Beteiligung des westdeutschen Energie-Konzerns RWE am Superphönix in Maville und die enge deutsch-franz. Zusammenarbeit in der Entwicklung der Brütertechnologien erhält die franz. Atomwaffenproduktion mit 'zivilen' Anlagen eine zusätzliche Brisanz.

"Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Schnell-Brüter-Gebiet, die ja sehr umfangreich und schon fünf Jahre alt ist (...) zielt ja ganz bewußt ab auf einen Technologie-Austausch. Ist es denn eigentlich denkbar, daß die beiden Partner völlig verschiedene Absichten mit dieser Zusammenarbeit verknüpfen: Frankreich ganz offen inzwischen die Verfolgung seiner Plutonium-Option zur größeren mengenmäßigen Produktion von Atomsprengstoff und die BRD die ausschließlich friedliche Nutzung dieser Technologie? Wie läßt sich das überhaupt voneinander trennen?"

nach TAZ 23.11.82

www.lako.org
Digitized 2016